

## Standpunkte



## Metropole der Dynamik – Hamburgs Weg in die europäische Spitze

# **Metropole der Dynamik – Hamburgs Weg in die europäische Spitze**

Bearbeitung:

Geschäftsbereiche Infrastruktur und Wirtschaftspolitik

Reinhard Wolf, Dr. Günther Klemm, Heiner Schote, Nicola Wilkens-Caspar

Telefon 040 / 3 61 38-566 / -431 | Telefax 040 / 3 61 38-313 | E-Mail: [janoliver.siebrand@hk24.de](mailto:janoliver.siebrand@hk24.de)

Grafiken: Panajotis Babakoudis, Edward A. Clust, Michael Holfelder, Heike Klemme

Fotos Titel und Leitprojekte: Bongarts Sportfotografie, Romanus Fuhrmann-Rickert, Getty Images, GHS Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung, Frauke Meyer-Speulda, Priener Tourismus GmbH, Frank Scymanska, Stiftung Hamburg Maritim, Reinhard Wolf, Zefa/R. Hackenberg

Übersetzung: Anglobe Business Services GmbH

Alle Grafiken © Handelskammer Hamburg

## Vorwort

Im Wettbewerb der europäischen Metropolen um leistungsstarke Menschen, privates Investitionskapital und internationale Aufmerksamkeit führt Stillstand in den eigenen Bemühungen zwangsläufig zum Rückschritt. Deshalb begrüßt die Hamburger Wirtschaft das Leitbild des Senats »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« ausdrücklich; es gibt der Stadt ein gesamthafes Ziel und zeigt Wege zu seiner Erreichung auf, kurz: es ist das von uns lange eingeforderte Signal zum Aufbruch.

Die maßgeblichen Dimensionen einer wachsenden Stadt sind Bevölkerung, Wertschöpfung und Lebensqualität. Diese gilt es zu optimieren, und zwar in einer Weise, dass sich Wohlstand und Lebensqualität für die in Hamburg lebenden Menschen erhöhen. Hamburg muss so attraktiv sein, dass Menschen in die Hansestadt kommen und hier ihre Begabungen und ihre Kreativität einbringen, zu ihrem eigenen und der Stadt Nutzen. Zugleich braucht eine wachsende Stadt zusätzliche Unternehmen, die zu einer höheren Wertschöpfung beitragen; die Wirtschaft muss schneller wachsen als die Bevölkerung, damit sich der Wohlstand für alle erhöht. Die Voraussetzung für beides ist eine anhaltend hohe Lebensqualität, denn nur eine attraktive Stadt zieht Menschen und Unternehmen an.

Der Ankündigung und den ersten Maßnahmen müssen nun weitere Taten folgen. Eine wachsende Stadt erfordert ein Umsteuern in vielen Politikfeldern. Insbesondere geht es darum, ausreichend Flächen für Wohnen und Gewerbe bereitzustellen, die Hamburg ausweisen kann, ohne sein Bild als grüne Stadt zu gefährden. Der aktuell gültige Flächennutzungsplan ist kein Plan für eine wachsende Stadt; er muss schnell durch einen neuen ersetzt werden, der diesem Ziel entspricht. Hamburg muss sich noch stärker als Technologiestandort und als attraktive »Maritime Metropole« profilieren. Hamburg muss alles tun, um besonders familienfreundlich zu sein, aber gleichzeitig auch eine aktive Zuwanderungsstrategie verfolgen, symbolisiert durch ein »Hamburg Welcome Center«. Der Aufbruch ist offensiv zu kommunizieren, u. a. mittels einer prägnanten Dachmarke. Und schließlich ist die Ernsthaftigkeit des hanseatischen Aufbruchs dadurch zu beweisen, dass die Investitionsquote im Hamburger Haushalt deutlich erhöht wird.

Hamburg muss wachstumsfördernde Strukturen schaffen, die politischen Entscheidungsprozesse beschleunigen und seine Verwaltung noch stärker an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen ausrichten; die Stadt könnte so zu einem bundesweiten Modellfall für unbürokratische Verwaltungspraxis werden. Einen wichtigen Beitrag für eine wachsende Metropole können und müssen die Hamburger Bezirke leisten. Sie sollten mit einem neu zu schaffenden Investitionsfonds zusätzliche Anreize erhalten, sich für konkrete Projekte vor Ort einzusetzen.

Hamburg ist Kristallisationskern einer Metropolregion mit 4,1 Millionen Menschen. Die Region ist auf den Wachstumskurs mitzunehmen, um gemeinsam größer, leistungsfähiger und bedeutender zu werden. Dabei ist Wettbewerb innerhalb der Region ausdrücklich erwünscht, zwischen Geesthacht und Lüneburg ebenso wie zwischen Altona und Pinneberg.

Wenn Politik und Verwaltung auf einen konsequenten Wachstumskurs einschwenken, werden Wirtschaft, Kultur, Sport und andere Bereiche des öffentlichen Lebens mitgezogen. Der Konsens, der die olympische Bewerbung geprägt hat, kann so auf die Wachsende Stadt übertragen werden. Unser gemeinsamer Anspruch muss es sein, aus der »schlafenden Schönen« die Metropole der Dynamik zu machen. Unsere Handelskammer als Vertreterin von 118.000 Unternehmen mit 800.000 Erwerbstätigen wird den Senat hierbei nach Kräften unterstützen.

HANDELSKAMMER HAMBURG

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'K. J. Dreyer', written in a cursive style.

Dr. Karl-Joachim Dreyer  
Präses

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'H. J. Schmidt-Trenz', written in a cursive style.

Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz  
Hauptgeschäftsführer

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Forderungen der Wirtschaft auf einen Blick</b>	7
<b>B. Einleitung</b>	12
<b>C. Ausgangslage</b>	16
I. Strukturen in Politik und Verwaltung	16
II. Wertschöpfung	22
III. Bevölkerung	30
IV. Lebensqualität	38
<b>D. Leitbild des Senats: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt</b>	42
I. Beschreibung der Senatsvorstellungen	42
II. Würdigung	44
<b>E. Konzept der Handelskammer</b>	46
I. Ziele	46
1. Wachstumsfördernde Strukturen in Politik und Verwaltung	46
2. Wertschöpfung	47
3. Bevölkerung	47
4. Lebensqualität	47
II. Wachstumsfördernde Strukturen in Politik und Verwaltung	49
1. Haushalt auf Wachstumskurs bringen	49
2. Reform der Behördenstruktur	49
3. Hamburg Marketing GmbH	50
4. Zukunftsorientierung kommunizieren – das Zukunftsforum Hamburg	51
5. Neuer Flächennutzungsplan für die Wachsende Stadt	51
6. Den Wettbewerb zwischen den Bezirken intensivieren	53
7. Die Bebauungsplanung am Wachstumsziel ausrichten	61
8. Gesetze und Verordnungen auf Wachstumskurs bringen	63
9. Die Kooperation in der Metropolregion ausbauen	64
III. Handlungsfeld Wertschöpfung	67
1. Wirtschaftskluster fördern	67
2. Angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik voranbringen	71
3. Internationalität Hamburgs stärken	76
4. Verkehrsinfrastruktur optimieren	76
5. Lebendige Bezirks- und Stadtteilzentren weiterentwickeln	78
IV. Handlungsfeld Bevölkerung	81
1. Familienfreundlichkeit erhöhen	81
2. Zuwanderungspolitik an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausrichten	82
3. Wohnungsangebot an der Nachfrage orientieren	83
4. Autobahn A7 überdecken	85

V. Handlungsfeld Lebensqualität	87
1. Kulturelle, sportliche und Freizeitattraktivität erhöhen	87
2. Innere Sicherheit und persönliches Sicherheitsgefühl erhöhen	89
3. Sauberkeit im öffentlichen Raum optimieren	90
4. Schulen auf Leistungskurs bringen	90
VI. Leitprojekte	92
1. Hamburgs Brückenschlag nach Süden	93
2. China Cluster Hamburg	97
3. Hamburg Welcome Center	99
4. »HafenWelt Hamburg«	101
5. Pole Position: Sportmetropole Hamburg	105
<b>F. Anhang</b>	<b>108</b>
I. Zur Grundlage der Wachstumsstrategie für die Metropole Hamburg	108
II. Zur Geschichte der Bezirke	110
III. Berechnung des für die Neuansiedlung von Unternehmen erforderlichen Gewerbeflächenbedarfs	110
<b>Summary</b>	<b>112</b>

## A. Forderungen der Wirtschaft auf einen Blick

Unsere Handelskammer hat in den vergangenen Jahren bereits zu vielen politischen Themen Position bezogen und Vorschläge unterbreitet, die stets auf nachhaltiges Wachstum zielten. Einer Auswahl der in den letzten Jahren erschienen Standpunktpapiere ist in der nachstehenden Tabelle aufgeführt. In der

Kontinuität dieser grundsätzlichen Wachstumsausrichtung werden im vorliegenden Papier weitere Handlungsfelder aus Sicht der Wirtschaft behandelt und bisherige Positionen fortentwickelt. Damit liegt eine umfassende Kursbestimmung für die Wachsende Stadt vor.

### Handlungsfelder für eine wachsende Stadt

	Politik und Verwaltung	Wertschöpfung	Bevölkerung	Lebensqualität
Handlungsfelder, die im vorliegenden Standpunktpapier angesprochen werden	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hamburg Marketing</li> <li>- Finanzielle Anreize für die Bezirke</li> <li>- Wirtschaftsfreundliche Verwaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewerbeflächen</li> <li>- Technologieparks</li> <li>- Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft</li> <li>- Verkehrsinfrastruktur</li> <li>- Internationalität</li> <li>- Bezirks- und Stadtteilzentren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Familienfreundlichkeit</li> <li>- Zuwanderung</li> <li>- Integration</li> <li>- Wohnungsbau</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Touristische Attraktivität</li> <li>- Parks und Erholungsflächen</li> <li>- Stadtbild</li> <li>- Innere Sicherheit</li> <li>- Sauberkeit</li> <li>- Schulen</li> <li>- Sport</li> </ul>
Handlungsfelder, die in früheren Standpunktpapieren (Auswahl) <sup>1)</sup> behandelt wurden.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Haushalt konsolidieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Raum für Wachstum – Gewerbeflächenangebot auf die Zukunft ausrichten</li> <li>- Metropolregionen im Wettbewerb</li> <li>- Vision für die Metropole. Leitlinien für die HafenCity</li> <li>- Hamburger Hochschulen reformieren</li> <li>- Technologiekonzept auf dem Prüfstand</li> <li>- Wege zu Wachstum und Wohlstand – Forderung zum Ausbau des Hamburger Straßennetzes</li> <li>- Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt</li> <li>- Nur radikale Maßnahmen helfen – Hamburg und sein Staatshaushalt</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Tourismusstandort Hamburg: Die Zukunft liegt am Wasser</li> <li>- Innere Sicherheit – eine Gemeinschaftsaufgabe</li> <li>- Hamburgs Schulen auf Leistungskurs bringen</li> </ul>

Hamburg soll wachsen, Hamburg soll zur Metropole der Dynamik werden. Dazu sind strukturelle Reformen in Politik und Verwaltung erforderlich. Zudem sind gleichzeitig

und angemessen die Bereiche Wertschöpfung, Bevölkerung und Lebensqualität voranzubringen. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

<sup>1)</sup> Die Standpunkte können über das Servicecenter unserer Handelskammer bezogen werden (s. a. Übersicht auf Seite 119).

## Strukturelle Reformen in Politik und Verwaltung

1. Hamburg braucht mehr öffentliche Investitionen. Hierzu muss die Investitionsquote von derzeit 10,5 Prozent in den kommenden 10 Jahren um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte pro Jahr erhöht werden (siehe Seite 49).
2. Die Reform der Behördenstruktur muss konsequent fortgesetzt werden. Insbesondere ist die Zahl der Fachbehörden von 10 auf 7 in der Endstufe zu verringern (S. 49).
3. Das Hamburg Marketing braucht eine Dachmarke. Mit der Gründung einer Hamburg Marketing GmbH sind das Stadtmarketing neu aufzustellen und kommunikative Aufgaben im Kontext der Wachsenden Stadt wahrzunehmen. Diese Dachmarke muss von allen öffentlichen Unternehmen, die im Marketing aktiv sind, kommuniziert werden (S. 50).
4. Ein neu einzurichtendes »Zukunftsforum Hamburg« soll überregional und international Kompetenz und Zukunftsorientierung signalisieren (S. 51).
5. Hamburg benötigt einen neuen Flächennutzungsplan, mit den Vorbereitungen muss unverzüglich begonnen werden. Ein neuer Flächennutzungsplan muss mindestens 10 Prozent mehr Flächen für Wohn-, Gewerbe- und Mischgebiete ausweisen als der Flächennutzungsplan von 1973 (S. 51).
6. Die Kompetenzen von Fachbehörden und Bezirksämtern müssen klarer als bisher definiert und voneinander abgegrenzt werden, u.a. indem die Verfahrenshoheit für Bebauungspläne entweder dem Bezirksamt oder der Fachbehörde vollständig übertragen wird (S. 53).
7. Die Bezirke müssen spürbare finanzielle Anreize erhalten, sich für mehr Einwohner und mehr Wertschöpfung einzusetzen. Hierzu soll in einem Wettbewerbsmodell ermittelt werden, welche Bezirke in diesem Sinne erfolgreich gearbeitet haben (S. 55).
8. Die Hamburger Verwaltung ist aufgefordert, private Investitionsentscheidungen zu erleichtern. Dazu gehört, dass Genehmigungsverfahren durch klare Fristenregelungen transparenter gestaltet werden und dass in allen Bezirksämtern eine »Stabsstelle Wirtschaft« eingerichtet wird, die im Sinne eines One Stop Shop agiert (S. 59).
9. Die Bebauungsplanverfahren müssen weiter beschleunigt werden. Die Regeldichte von Bebauungsplänen ist auf das gesetzlich vorgegebene Maß zu reduzieren (S. 61).
10. Alle Baustufenpläne sind mittelfristig durch modernes Planungsrecht zu ersetzen (S. 62).
11. Zur Sicherung der alten Gewerbe- und Industriegebiete für produzierende Unternehmen sind in entsprechenden Bebauungsplänen Einzelhandels- und unverbundene Büronutzungen auszuschließen (S. 62).
12. Alle Gesetze und Verordnungen, die über bundesrechtliche Regelungen einschränkend hinaus gehen, sind im Sinne des Wachstumsziels auf ein unverzichtbares Maß zurückzuführen (S. 63).
13. Die Volksgesetzgebung sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheidungen müssen zu konstruktiven Instrumenten der Bürgerbeteiligung weiterentwickelt werden (S. 64).
14. Der Planungsrat der gemeinsamen Landesplanung der Metropolregion ist von den Länderparlamenten zu einem »Ministerrat« aufzuwerten, und die Regionalkonferenz muss innerhalb eines vorgegebenen Finanzrahmens die Entscheidungskompetenz über Maßnahmen und Projekte der Zusammenarbeit erhalten. Die Regionalkonferenz wählt einen Regionspräsidenten, womit die Region erstmals ein Gesicht erhält. Die Geschäftsstelle der Gemeinsamen Landesplanung ist aus der Behörde für Bau und Verkehr auszulagern und als Regionalmanagement-Agentur zu führen. Das Regionalmarketing ist in Public Private Partnership und in Verknüpfung zur Hamburg Marketing GmbH neu zu organisieren (S. 64).

## Wertschöpfung

15. Ausgewählte Wirtschaftskluster müssen weiter gestärkt werden. So sollten zur

- Stärkung der Position Hamburgs als Gesundheitsstandort ein neuer Technologiepark »Alster Life Science Park« und als »Ankerinstitution« ein Forschungsinstitut gewonnen werden. Insbesondere für Unternehmen, die Mikro- und Nanostrukturen untersuchen, ist ein Technologiepark »Hanseatic Nano Valley« einzurichten (S. 67).
16. In der Gewerbeflächenpolitik ist ein Paradigmenwechsel notwendig. Es darf nicht länger der Investor mit konkretem Flächenbedarf Voraussetzung für entsprechende Angebotsplanungen sein. Vielmehr muss im Rahmen einer künftigen angebotsorientierten Flächenpolitik mit einem sofort verfügbaren Angebot in mindestens zweifachem Volumen der jährlichen Gesamtnachfrage gezielte Investorenwerbung betrieben werden (S. 71).
  17. Zusätzliche Gewerbeflächen sollten verstärkt auf den Konversionsflächen gewonnen werden (S. 73).
  18. In jedem Hamburger Bezirk muss mindestens ein großes zusammenhängendes Industrie- und Gewerbegebiet entwickelt werden. Weitere gewerbliche Bauflächen sind insbesondere im Norden und Westen Hamburgs zu erschließen (S. 73).
  19. Die Transparenz des Hamburger Gewerbeflächenmarktes muss durch ein Gewerbe-Standort-Informationen-System (GESIS) optimiert werden (S. 73).
  20. Die Wirtschaftsförderungskriterien müssen überarbeitet und um Sonderkriterien für Logistiker ergänzt werden (S. 71).
  21. Neben der bisherigen Fokussierung auf China, Japan und den Ostseeraum/Osteuropa muss Hamburg auch die Zusammenarbeit mit den USA intensivieren (S. 76).
  22. Zur Stärkung Hamburgs als nordeuropäische Verkehrsdrehscheibe muss die weitere Fahrrinnenanpassung der Unterelbe noch in dieser Dekade umgesetzt sowie die Realisierung des EuroRapids und der festen Fehmarnbelt-Querung entschlossen vorangetrieben werden (S. 77).
  23. Zur Entlastung des gesamten Hamburger Straßennetzes ist der Bau eines Autobahnringes um Hamburg (einschließlich der Hafenumspannung), der Ausbau der Ringe 2 und 3 sowie ihrer Knotenpunkte mit den großen Radialstraßen zügig voranzutreiben (S. 78).
  24. Das S- und U-Bahnnetz ist weiter auszubauen: mit einer Verlängerung der beschlossenen U 4 (Steilshoop – HafenCity) nach Wilhelmsburg und mit S-Bahnen zu den Sportarenen am Volkspark sowie nach Bad Oldesloe, Tostedt und Lüneburg (S. 78).
  25. Die Bezirks- und Stadtteilzentren sollten zukunftsorientiert weiterentwickelt werden, indem hier Planungsrecht für neue Betriebsformen des Einzelhandels und der Freizeitwirtschaft geschaffen wird. Die Aktivitäten der Interessengemeinschaften sowie des professionellen Quartiersmanagements sollten in einem Modellprojekt nach dem Vorbild der nordamerikanischen Business Improvement Districts (BID) gebündelt werden (S. 78).

## Bevölkerung

26. Deutschland muss seine Anstrengungen bei der Familienförderung verstärken, dabei ist insbesondere auf den Ausbau der Betreuungsangebote zu setzen. In Hamburg muss eine vorschulische Kinderbetreuung von fünf Stunden pro Tag sichergestellt sein. Für eine darüber hinaus gehende Betreuung müssen genügend Angebote bereitgestellt werden (S. 81).
27. Die Zuwanderung sollte durch Kontingente gesteuert werden, die sich an den Erfordernissen der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der demographischen Entwicklung ausrichten. Für eine dauerhafte Einwanderung sind Kriterien zu Grunde zu legen, die sich insbesondere auf das Alter, die Ausbildung, auf Deutsch- und andere Sprachkenntnisse, berufliche Erfahrungen und die Integrationsfähigkeit beziehen (S. 82).
28. Die Zuwanderungspolitik muss von einer Integrationspolitik begleitet werden, die dem Grundsatz des Förderns und Forderns folgt (S. 83).
29. Hamburg braucht mehr Wohnungen. Hierzu ist – neben guten Investitionsbedingungen für Unternehmen und private Bauherren – ein ausreichendes Angebot

an Wohnbauflächen erforderlich. Um möglichst vielen Menschen eine Wohnung mit Gartenzugang und gleichzeitig die Eigentumbildung zu ermöglichen, müssen verstärkt Baugebiete für Ein- und Zweifamilienhäuser außerhalb der Inneren Stadt ausgewiesen werden. Zugleich muss das Nachverdichtungspotenzial so weit wie möglich ausgeschöpft werden. Ein Schwerpunkt muss auf familienfreundlichem Wohnen liegen (S. 83).

30. Der Autobahndeckel in Bahrenfeld ist zügig zu realisieren, auf den dadurch anderweitig entstehenden Freiflächen sind vorrangig hochwertige Wohngebiete auszuweisen (S. 85).

## Lebensqualität

31. In einem kulturpolitischen Leitbild für die »Kulturstadt Hamburg« sind allgemeine Ziele festzulegen und in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und fortzuschreiben (S. 87).
32. Hamburg kann sich als »Eventstadt« stärker profilieren, wenn in Zukunft ein »Event-Scout« eingesetzt wird und die »Stabsstelle Wirtschaft« in den Bezirksämtern zusätzlich die Funktion eines »Event-Guides« für die Durchführung von Freiraum- und Großveranstaltungen übernimmt (S. 87).
33. Die ÖPNV-Anbindung der AOL-Arena und der Color Line-Arena ist verbesserungsbedürftig; ein S-Bahnanschluss ist unverzichtbar (S. 88).
34. Die prägenden Elemente des Hamburger Stadtbildes müssen grundsätzlich erhalten werden. Zugleich muss Hamburg durch architektonische Highlights die internationale Öffentlichkeit auf seine neue Dynamik aufmerksam machen (S. 88).
35. In einem sich verschärfenden Standortwettbewerb ist Sicherheit zunehmend ein Standortfaktor, gerade für Familien mit Kindern. Der Senat muss seinen eingeschlagenen Weg der Sicherheitspolitik daher konsequent fortsetzen (S. 89).
36. Die Bezirke und Fachbehörden müssen verstärkt Anreize für die Unternehmen und Grundeigentümer schaffen, die sich

für die Pflege und Reinigung des öffentlichen Raums einsetzen, etwa, indem sie ihnen hier (beschränkte) Nutzungsrechte zu angemessenen Konditionen einräumen. Für mehr privates Engagement ist ein Wettbewerb auszuloben (S. 90).

37. Die Qualität der Hamburger Schulen muss deutlich verbessert werden, damit sie ihren Schülern optimale Entwicklungschancen bieten. Hierzu zählen insbesondere
- eine unabhängige und neutrale »Stiftung Schultest«, die die einzelnen Schulen evaluiert,
  - die Einführung eines Schulfachs »Wirtschaft« an allen Schulen ab der Sekundarstufe I und mehr Praxiselemente an Hauptschulen,
  - mehr Ganztagsschulangebote, auch an Gymnasien,
  - zentrale Elemente in den Abschlussprüfungen,
  - umfassende personalpolitische Kompetenzen für Schulleiter,
  - das Angebot eines Mittagessens in den Schulen und die Ausweitung der Hausaufgabenbetreuung (S. 90).

## Fünf Leitprojekte für die Wachsende Stadt

Die wachsende Stadt muss für die Menschen konkret und nachvollziehbar werden. Deshalb sind Leitprojekte zu definieren, die für mehrere Legislaturperioden Gültigkeit haben und von denen auch hohe emotionale Wirkungen ausgehen. Die folgenden fünf Leitprojekte haben – neben anderen, bereits laufenden Großprojekten wie z. B. der Hafencity – für die Wirtschaft eine besondere Bedeutung und werden dem formulierten Anspruch auf ausgewogenes Befördern aller drei Wachstumsdimensionen gerecht; die Meilensteine werden in den entsprechenden Abschnitten behandelt.

### • Hamburgs Brückenschlag nach Süden (S. 93)

Zwischen der HafenCity und Harburg sollte durch gezielte Entwicklung der Veddel und Wilhelmsburgs eine städtebauliche Entwick-

lungssachse mit besonderer Dynamik geschaffen werden. Meilensteine für den »Brückenschlag nach Süden« sind:

38. der Bau einer zusätzlichen Brücke über die Norderelbe,
39. die Realisierung der Hafenuerspanne (A 252),
40. die Schaffung einer ÖPNV-Verbindung zu Land und zu Wasser,
41. die Erarbeitung eines Masterplans für Wohnen und Arbeiten,
42. die klare Zuweisung von Zuständigkeiten.

#### • **China-Cluster Hamburg (S. 97)**

Durch gezielte Immobilienangebote und die Entwicklung spezifischer Dienstleistungen für Chinesen sind die Voraussetzungen für ein China-Cluster in Hamburg zu schaffen. Meilensteine für das China Cluster sind:

43. der Bau eines speziellen Wohn- und Geschäftshauses – »China Plaza« – in der HafenCity,
44. eine erste Konferenz »China meets Europe«, die 2004 stattfinden sollte.

#### • **Hamburg Welcome Center (S. 99)**

Hamburg muss sich international als attraktives Zuwanderungsziel positionieren, insbesondere in den Beitrittsländern Osteuropas. Dazu gehört, vor Ort für Hamburg zu werben und in unserer Stadt die bürokratischen Hürden zu minimieren bei gleichzeitiger Ausweitung der Serviceangebote. Meilensteine für eine offensive Zuwanderungspolitik sind:

45. die Errichtung eines »Hamburg Welcome Centers«,
46. die Berufung eines »Hamburg Immigration Boards«,
47. die Einrichtung von »Hamburg Info-Points« im Ausland,
48. die Einrichtung einer Patenschaftsbörse.

#### • **»HafenWelt Hamburg« (S. 101)**

Hamburg sollte verstärkt als attraktive Stadt am Wasser vermarktet werden, indem die touristischen Attraktionen am und im Hafen

forciert entwickelt und unter einer neuen Marke, der »HafenWelt Hamburg«, gebündelt beworben werden. Meilensteine für die Entwicklung der HafenWelt sind:

49. die Einrichtung eines Traditionsschiffhafens im Sandtorhafen,
50. die Schaffung einer »Erlebniswelt Hafen« auf dem Areal der »50er Schuppen«,
51. der Bau und die Einrichtung eines attraktiven Auswandererzentrums auf der Veddel,
52. die Überführung der privaten Schifffahrts- und Marinesammlung von Prof. Peter Tamm in ein öffentliches Museum,
53. der Bau eines Großaquariums in der HafenCity,
54. die Einrichtung einer touristischen »Circle-Line« im östlichen Hafen,
55. die Schaffung einer »Hamburg-Hafen-Card«.

#### • **Pole-Position: Sportmetropole Hamburg (S. 105)**

Sport ist eine herausragende Möglichkeit, Hamburg international bekannter zu machen. Dafür sind die Sportsituation in der Stadt durch gezielte Unterstützung des Leistungssports und Ausbau der Sportinfrastruktur zu verbessern und internationale Veranstaltungen zu akquirieren. Meilensteine auf dem Weg Hamburgs an die Spitze der europäischen Sportmetropolen sind:

56. die Erarbeitung eines integrierten Sportkonzeptes,
57. die Einrichtung von Leistungskadern für Spitzensportler,
58. die Verbesserung der vorhandenen Sportinfrastruktur,
59. die Errichtung eines modernen Leichtathletikstadions,
60. die Akquisition bedeutender internationaler Wettbewerbe,
61. die Ausrichtung internationaler Sportfachtagungen,
62. der Aufbau eines sportwissenschaftlichen Kompetenzzentrums,
63. die Einrichtung eines Wirtschaftsclusters Sport.

## B. Einleitung

Im Zuge der Europäisierung und Globalisierung steht Hamburg mit den europäischen Metropolen in einem zunehmenden Wettbewerb. Dabei zeigt ein Vergleich, dass sich z. B. Stockholm, Barcelona, Amsterdam und Wien weitaus dynamischer entwickeln als Hamburg.

Vor diesem Hintergrund hat der Senat eine Analyse der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie der finanzpolitischen Lage durchgeführt. Er ist hierbei zu dem Ergebnis gekommen, dass Hamburg zur Lösung seiner Probleme in Zukunft auf Wachstum setzen muss und hat die erforderliche Wachstumsstrategie im Juli 2002 in ein Leitbild für die künftige Stadtentwicklung gefasst: »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt«.<sup>2)</sup> Messlatte für die weitere Entwicklung Hamburgs sind nach Auffassung des Senats Metropolen wie Barcelona, Wien, Kopenhagen/Malmö und Toronto. Im Juli 2003 hat der Senat die Fortschreibung des Leitbildes<sup>3)</sup> veröffentlicht. Darin werden im Rahmen einer Zwischenbilanz die bislang durchgeführten Maßnahmen aufgelistet und weitere Arbeitsaufträge erteilt.

Der Senat ist zutreffend der Auffassung, dass hierzu ein entschlossenes, dem Wachstumsziel verpflichtetes Regierungshandeln zwar notwendig, allein aber nicht hinreichend ist. Vor allem muss der Wachstumsfunke überspringen auf die Wirtschaft, denn eine überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung ist der entscheidende Treibsatz für das zugleich angestrebte Bevölkerungswachstum und die Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt. Das Leitbild der wachsenden Stadt kann darüber hinaus nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn es in der Bevölkerung und bei der Mehrheit der gesellschaftlichen Gruppen den notwendigen Rückhalt findet. Die wachsende Stadt wird sich verändern, in einigen Bereichen wird es auch zu Belastun-

gen kommen. Vor allem aber bringt ein wachsendes Hamburg mehr Chancen für Unternehmen wie für Bürger – mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität.

Die entscheidenden Dimensionen einer wachsenden Stadt sind Wertschöpfung, Bevölkerung und Lebensqualität. Aufgrund ihrer engen Wechselbeziehungen untereinander ergänzen sie sich zum einen gegenseitig. So ziehen mehr unternehmerische Aktivitäten, mehr Arbeitsplätze und eine höhere Wertschöpfung zusätzliche Menschen an, wie auch umgekehrt zusätzliche Einwohner es den Unternehmen erleichtern, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Zum anderen stehen die drei Dimensionen im Wettbewerb um Flächen und Kapital. So konkurrieren z. B. Wohnbaugebiete (Dimension Bevölkerung) und Gewerbegebiete (Wertschöpfung) um Grundstücksflächen, Verkehrsinfrastrukturvorhaben (Wertschöpfung) und Kulturprojekte (Lebensqualität) konkurrieren um öffentliche Investitionen. Die drei Dimensionen können getrennt betrachtet, sie dürfen aber nicht getrennt verfolgt werden. Vielmehr muss Hamburg das Ziel verfolgen, ihnen gleichzeitig und in ausgewogener Weise gerecht zu werden.

Dieses wird aber nur gelingen, wenn zugleich die Strukturen in Politik und Verwaltung gründlich überarbeitet und effizienter werden. Die »Es geht-Haltung« der Olympiabewerbung muss Maßstab künftigen Verwaltungshandelns in Hamburg sein.

Das vorliegende Standpunktpapier greift diese Zusammenhänge auf und ist wie folgt aufgebaut:

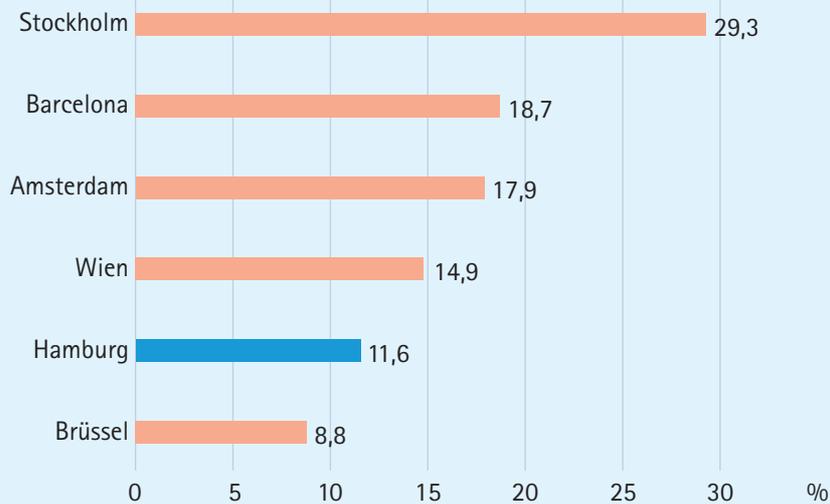
Bei der Betrachtung der Ausgangslage werden die aktuellen Verwaltungsstrukturen und die tatsächliche Entwicklung in allen drei Wachstums-Dimensionen dargelegt. Ferner werden die demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen analysiert, unter denen die Herausforderung der wachsenden Stadt zu meistern sind (Kapitel C). In einer kritischen Würdigung des vom Senat erarbei-

<sup>2)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, Hrsg., 2002: Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt 2002.

<sup>3)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, Hrsg., 2003: Fortschreibung des Leitbildes: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt.



## Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens\* 1995–2000 im europäischen Metropolenvergleich



\*Bruttoinlandsprodukt/Kopf (KKS); die Angaben für Wien, Hamburg und Brüssel beziehen sich auf das Stadtgebiet

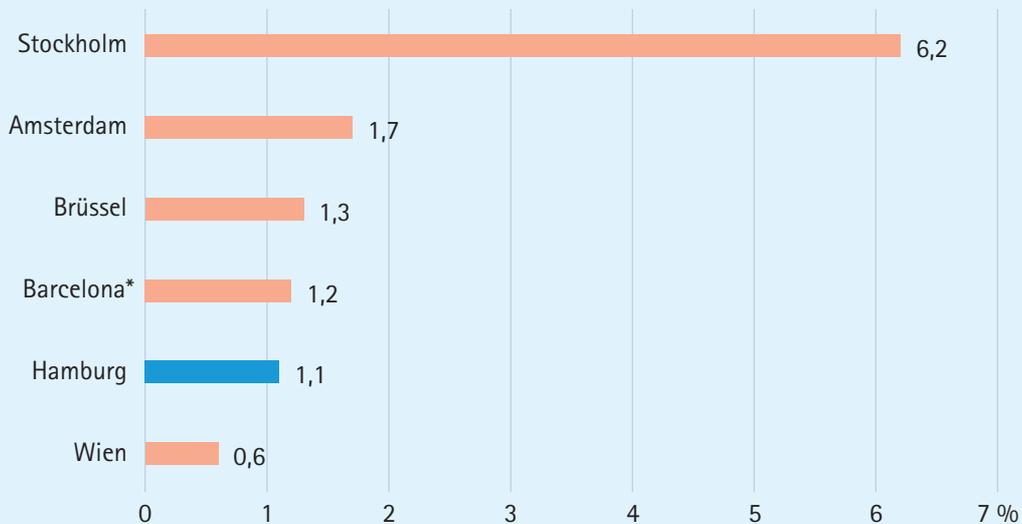
Quelle: Eurostat.; eigene Berechnungen



metropolregion hamburg



## Bevölkerungsentwicklung 1995–2001 im europäischen Metropolenvergleich (in Prozent)



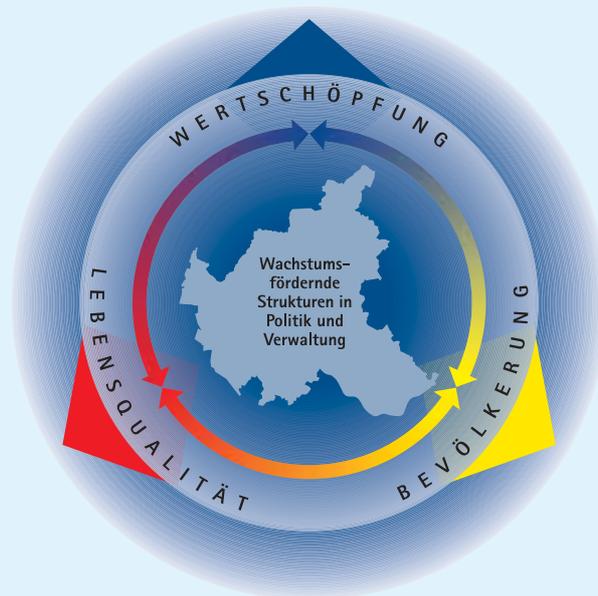
\*Die Zahl für Barcelona bezieht sich auf die Jahre 1996–2002

Quelle: Statistische Ämter der Städte bzw. der Länder; eigene Berechnungen



metropolregion hamburg

## Dimensionen einer wachsenden Stadt



teten Leitbildes »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« und seiner Fortschreibung wird aufgezeigt, dass die dort formulierten Ziele und Handlungsschwerpunkte in die richtige Richtung gehen, in einigen Teilen aber noch zu unbestimmt sind (Kapitel D). Im Kapitel E wird ein geschlossenes Bild für eine Wachsende Stadt gezeichnet. Zunächst werden ambitionierte, aber erreichbare Ziele aus Sicht der Wirtschaft formuliert, mit denen dem Wachstumskurs klarere Koordinaten gegeben werden. Der Anspruch der Wirtschaft ist, Hamburg zur Metropole der Dynamik zu machen. (E. I.)

Anschließend geht das Papier auf die erforderlichen Reformen in Politik und Verwaltung ein (E. II.). Hier geht es darum, die politischen Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, wachstumshemmende Gesetze und Verordnungen auf ein angemessenes Maß zurückzuführen und die Verwaltung noch stärker an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen auszurichten. Insbesondere sind die Hamburger Bezirke angesprochen, in deren Verantwortung die operative Umsetzung des

Leitbildes »Wachsende Stadt« überwiegend fällt. Es werden daher für die Bezirke zusätzliche finanzielle Anreize vorgeschlagen, sich für mehr Einwohner und mehr Wertschöpfung einzusetzen.

Danach werden umfassend die Handlungsfelder behandelt, mit denen das Ziel der wachsenden Stadt erreicht werden kann (E III.–V.). Dabei geht es um Maßnahmen in allen drei Dimensionen. Das reicht von mehr Familienfreundlichkeit und gezielter Zuwanderung (für mehr Bevölkerung) über eine angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik und die Förderung von Wirtschaftsklustern (für mehr Wertschöpfung) bis zu leistungsstarken Schulen und der Steigerung der Attraktivität Hamburgs als Kultur- und Freizeitstadt (für mehr Lebensqualität).

Schon um die Wachsende Stadt für die Bürger begreifbar zu machen, aber auch, um klare Fortschritte sichtbar zu machen, braucht das Leitbild »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« konkrete Leitprojekte. Unabhängig von dem herausragenden Projekt der

HafenCity, die bereits im Realisierungsprozess ist, werden Leitprojekte vorgeschlagen, die eine positive Entwicklung in allen drei Wachstumsdimensionen auslösen. Um eine konkrete Umsetzung der Leitprojekte für die Bürger und die Wirtschaft nachvollziehbar zu machen, werden für alle Projekte Meilensteine definiert (E. VI.).

Hamburg hat nach einem Vergleich der Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsentwicklung mit anderen europäischen Metropolen sein Ballungsoptimum noch nicht erreicht. Der Wachstumskurs ist volkswirtschaftlich so lange sinnvoll, wie der Grenznutzen der Agglomerationsvorteile die Grenzkosten der Agglomerationsnachteile übersteigt. Danach hat Hamburg noch erhebliches Wachstumspotenzial. Darüber hinaus können Innovationen die negativen externen Effekte der

Agglomeration reduzieren (Erläuterungen zur Wachstumsstrategie für die Metropole Hamburg befinden sich im Anhang.)

Mit diesem Standpunktpapier wird der Bogen geschlagen von der Analyse der Ausgangslage bis hin zu konkreten Maßnahmen, mit denen im Interesse einer Wachsenden Stadt jetzt begonnen werden muss. Dabei ist klar, dass auch ein so umfassender Entwurf kein Drehbuch für die nächsten zwanzig Jahre sein kann. Hamburg zurückzubringen in den Kreis der prosperierendsten Metropolen Europas, die Stadt zur Metropole der Dynamik zu machen, ist ein ständiger Prozess, der immer wieder an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden muss. Doch gilt auch für dieses ambitionierte Projekt: Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

## C. Ausgangslage

Mit mehr Wertschöpfung, einer zunehmenden Bevölkerungszahl und mehr Lebensqualität sowie mit wachstumsfördernden Strukturen in Politik und Verwaltung wird Hamburg zu einer dynamischen, wachsenden Stadt.

Basis ist eine im Metropolenvergleich relativ gute Ausgangsposition in diesen Feldern, die aber auch noch Defizite aufweist, wie die nachfolgende Darstellung zeigt.

### I. Strukturen in Politik und Verwaltung

Das staatliche Handeln war bisher nicht am Ziel ausgerichtet, Hamburg zu einer dynamischen, wachsenden Stadt zu machen. Dies betrifft die Finanzpolitik, das Hamburg Marketing, den Flächennutzungsplan, die Bezirksverfassung sowie eine Reihe von Landesgesetzen und -verordnungen.

Ebenso ist – trotz erfolgreicher Reformen<sup>4)</sup> – die Struktur der öffentlichen Verwaltung noch zu wenig am Wachstumsziel ausgerichtet. Dies hat zur Folge, dass Politik und Verwaltungsentscheidungen noch immer zu viel Zeit in Anspruch nehmen und so die Realisierung wichtiger Investitionen verzögern.

#### Finanzpolitik

Der Stand der Staatsverschuldung Hamburgs und die damit verbundene Zinsbelastung sowie große, relativ starre Ausgabenblöcke, die sich vor allem aus dem Personalaufwand und aus gesetzlichen Regelungen ergeben, lassen der Finanzpolitik faktisch nur einen geringen Handlungsspielraum.

Die Investitionsquote des Hamburger Haushalts ist mit 10,5 Prozent vergleichsweise niedrig. Deutlich größer ist der Anteil der Investitionen in den Haushalten der Stadtstaa-

ten Bremen und Berlin sowie der süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg.

Für eine dynamische Entwicklung Hamburgs sind jedoch deutlich mehr öffentliche Investitionen erforderlich. Die vermehrten Anstrengungen von Bürgerschaft und Senat, im Sinne des Leitbildes »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« in die Metropolfunktionen, die Infrastruktur, die Stärkung der Wirtschaftskluster sowie in Bildung und Wissenschaft zu investieren,<sup>5)</sup> sind daher ausdrücklich zu begrüßen.

#### Reform der Behördenstruktur

Mit der 2001 vollzogenen Neuordnung der Fachbehörden – insbesondere der Zusammenlegung von Bau- und Stadtentwicklungsbehörde sowie dem Neuzuschnitt der Behörde für Wirtschaft und Arbeit sowie der Behörde für Soziales und Familie – hat der Senat die Voraussetzungen für mehr Effizienz in der Verwaltung geleistet, auch wenn er damit noch hinter den Forderungen der Wirtschaft zurück bleibt.<sup>6)</sup>

Ebenfalls in die richtige Richtung weisen

- die Zusammenlegung von Ämtern innerhalb der Fachbehörden,
- die Neuorganisation der Liegenschaftsverwaltung und
- die Verwaltungskooperation mit Schleswig-Holstein.

Erhebliche Defizite bestehen jedoch bei der »Behördenabstimmung«, die noch immer zu zeitraubend ist, um politische Entscheidungen zügig umzusetzen und oft nur den kleinsten gemeinsamen Nenner als Ergebnis hat.

<sup>4)</sup> Einen Überblick liefert Kammer, M., 2003: Wie modern ist Hamburgs Verwaltung? In: Bull, H. P., Hrsg.: Verwaltungslehre in Hamburg 1962 – 2002. Beiträge aus Anlass des 40jährigen Bestehens des Seminars für Verwaltungslehre. S. 43-55

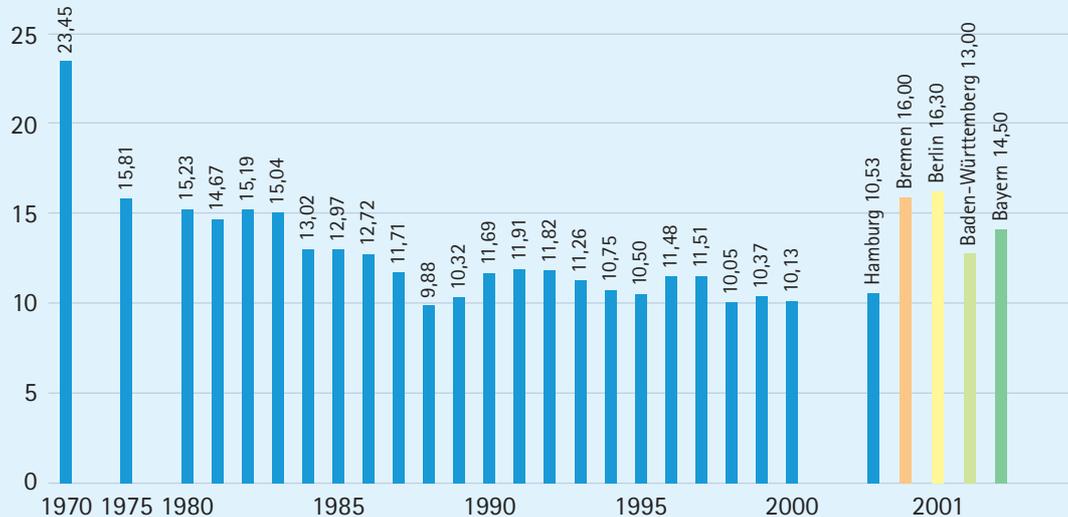
<sup>5)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, 2003: Finanzbericht 2004. Allgemeiner Vorbericht zum Haushaltsplan-Entwurf 2004. Finanzplan 2003-2007. Hamburg, S. 71-74

<sup>6)</sup> Handelskammer Hamburg, 2001: Hamburgs Zukunft unternehmen. Forderungen an die Bürgerschaft und den Senat 2001 – 2005. Hamburg, S. 27-29



## Entwicklung der Investitionsquote in Hamburg 1970–2001 und Vergleich mit ausgewählten Bundesländern (2001)

(in % der Gesamtausgaben)



Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.): 500 Jahre-Zeitreihen, 11/2 (Internetabruf: 26.3.2003), Bayerisches Staatsministerium f. Wirtschaft, Verkehr u. Technologie (Hrsg.): Investorenatlas, S. 6; eig. Berechnungen



Ebenso hat der Senat bisher keine klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen den Fachbehörden und den Bezirksämtern vorgenommen. Im Ergebnis sind, wie die Bezirksamtsleiter in einem Thesenpapier vom Frühjahr 2002 zutreffend feststellten, die Planverfahren in Hamburg immer noch zu aufwändig und kosten zu viel Zeit.<sup>7)</sup>

### Hamburg Marketing

Hamburg wird bislang für jede Zielgruppe getrennt vermarktet: Hamburg Tourismus GmbH, Hamburg Messe und Congress GmbH, Hafen Hamburg Marketing e.V., HWF, hamburg.de, aber auch Flughafen, Handelskammer, City Management, hamburg@work, Hanse Aerospace und viele andere sprechen primär ihre Zielgruppen an, machen aber – oft nebenbei – auch Hamburg Marketing. Hamburg verfügt über ein eingängiges Logo, das

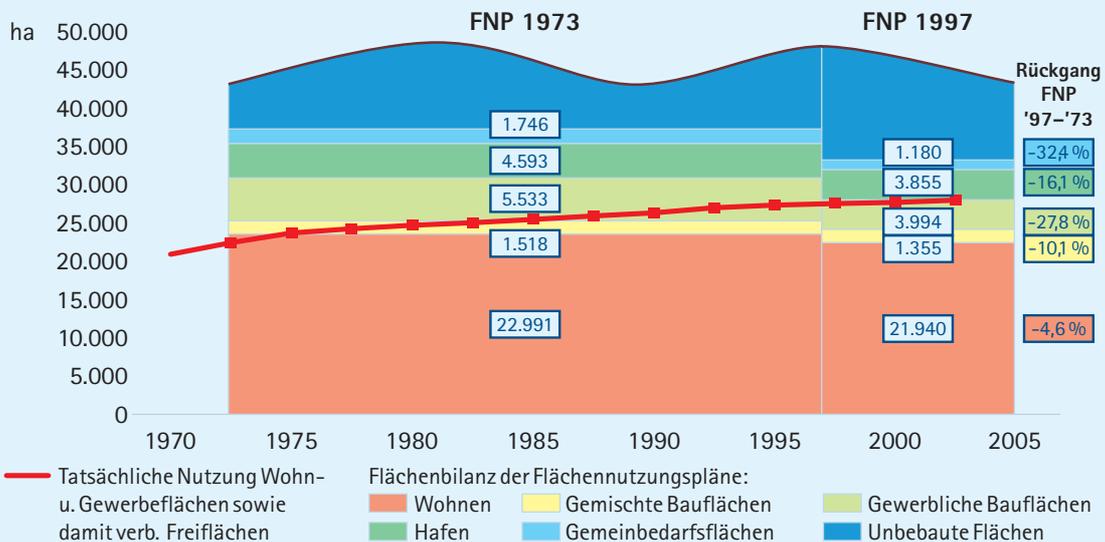
sich zunehmend durchsetzt. Es fehlt aber bislang an einer verbindlichen Festlegung, welche Merkmale für diese Stadt stehen; es fehlt die Dachmarke. Es gibt zudem keine verbindende Klammer, die das Marketing für die Dachmarke verantwortet, aber auch eine effizientere und verbindlichere Koordination der Akteure ermöglicht. Diese Lücke soll durch die jüngst beschlossenen, von Senat und Handelskammer gemeinsam getragene Hamburg Marketing GmbH geschlossen werden, die die bisherigen Aktivitäten und Akteure ergänzen, koordinieren und unterstützen wird. Die Olympiabewerbung hat gezeigt, dass der »Spirit« Hamburgs geweckt werden kann, aber auch kommuniziert werden will. Die Wachsende Stadt erfordert Inhalte, die Hamburg als Metropole voranbringen. Sie erfordert aber auch die kommunikative Umsetzung, wenn die Stadt national und international stärker wahrgenommen werden will.

### Flächennutzungsplan

Der gültige Flächennutzungsplan stammt aus dem Jahre 1997 und spiegelt die stadtent-

<sup>7)</sup> Schreiber, M.; Hornauer, U.; Mantell, J.; Frommann, M.; Fuchs, G.; Krupp, C.; Hellriegel, B., 2002: Mehr Effizienz und Bürgernähe durch Entflechtung und Vermeidung von Doppelarbeit (unveröffentlichtes Thesenpapier der Hamburger Bezirksamtsleiter)

## Entwicklung der Wohn- und Gewerbeflächen sowie Flächenbilanz der Flächennutzungspläne 1973 und 1997



wicklungspolitischen Ziele des damaligen Senats wider, der weder eine offensive Ansiedlungspolitik noch das Ziel einer wachsenden Stadt verfolgte.

Ein Vergleich des Flächennutzungsplans von 1997 mit dem Vorgängerplan von 1973 zeigt eine deutlich veränderte Flächenbilanz. Obwohl die tatsächliche Flächeninanspruchnahme jedes Jahr gewachsen ist, sind die ausgewiesenen Flächen reduziert worden:

- für Gewerbe – 27,8 Prozent,
- für Wohnen – 4,6 Prozent.

Zuwachs verzeichneten dagegen die ausgewiesenen Freiflächen.

Den Anforderungen des Leitbilds »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« wird der gültige Flächennutzungsplan damit nicht gerecht. Hierfür bietet er nicht genügend Entwicklungspotenziale.

Als eine der am dünnsten besiedelten Metropolen Europas bietet Hamburg noch erhebliche Flächenreserven. So sind mindestens

40 Prozent des Hamburger Stadtgebiets unbebaut. Weitere Potenziale sind zu sehen in

- den Konversionsflächen und
- den Hafentflächen, die in Zukunft für eine unmittelbare Hafennutzung nicht mehr benötigt werden.

Allein die Konversionsflächen, vor allem die nicht mehr benötigten Flächen von Bundeswehr, Bahn, Post, Telekom und Krankenhäusern, umfassen mehr als 400 Hektar. Sie sind damit viermal so groß wie die Landfläche der HafenCity.<sup>9)</sup>

### Hamburger Bezirke – wichtiger Akteur in der Metropole der Dynamik

Mit dem Bezirksverwaltungsgesetz von 1997 haben die Bezirke zusätzliche Kompetenzen erhalten.<sup>9)</sup> Sie sind

<sup>8)</sup> Rede von Finanzsenator Dr. Peiner vor dem Übersee-Club am 2. April 2003. – Von den 155 Hektar der HafenCity entfallen 55 Hektar auf Wasser- und 100 Hektar auf Landflächen.

<sup>9)</sup> Näheres zur Geschichte der Hamburger Bezirke finden Sie in Kapitel G.

- für etwa 80 Prozent der Bebauungspläne verantwortlich und entscheiden damit über die Mehrzahl der Stadtentwicklungs- und Infrastrukturprojekte,
- für viele Unternehmer der wichtigste Ansprechpartner, weil sie für viele Genehmigungsverfahren zuständig sind:
  - Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen,
  - Gaststättenkonzessionen,
  - Baugenehmigungen,
  - Bauüberwachung und Bauabnahme von Privatstraßen sowie
  - Sondernutzungen von öffentlichen Flächen.

Über ihren Zuständigkeitsbereich hinaus haben die Bezirke erheblichen Einfluss auf die politische Meinungsbildung. Viele Projekte werden zunächst in den Bezirken diskutiert, bevor sich Bürgerschaft und Senat damit befassen. Die Meinungsbildung in den Bezirken entscheidet daher vielfach schon in einem frühen Stadium über die Ausgestaltung und Realisierungschancen vieler Vorhaben.

### **Bisher nur unzureichende Anreize für die Bezirke**

Die Bezirke besitzen bisher nur unzureichende materielle Anreize, sich für mehr Einwohner und Wertschöpfung in ihrem Bereich einzusetzen. Bei Nutzungskonflikten entscheiden sie sich daher häufig gegen neue Infrastrukturprojekte oder Gewerbegebiete. Sie tun dies oft aus rationalen Erwägungen: Die Umsetzung von Projekten, die in der Öffentlichkeit umstritten sind, erfordert von den Bezirken einen hohen personellen und finanziellen Aufwand: Die Bürgerbeteiligung ist aufwändiger, Politiker müssen mehr Überzeugungsarbeit leisten, in einigen Fällen müssen Bürgerbegehren durchgeführt werden.

Vom Nutzen dieser Projekte profitiert der Bezirk dagegen nur indirekt. Die zusätzlichen Steuereinnahmen, die neue Wohn- und Gewerbegebiete oder eine bessere Verkehrsanbindung generieren, fließen in den Hamburger Gesamthaushalt und vergrößern damit den finanziellen Spielraum der Bezirke kaum.

Im Gegensatz dazu profitieren die Gemeinden in den Flächenländern, die maßgebliche Anteile an der Einkommen- und Gewerbesteuer erhalten, direkt von den positiven wirtschaftlichen Effekten solcher Projekte. In der Folge findet dort ein Wettbewerb um Ansiedlungen statt.

Der finanzielle Rahmen der Hamburger Bezirke orientiert sich in erster Linie daran, die Verwaltung bedarfsgerecht auszustatten und ihr Planungssicherheit zu gewähren sowie an der Leistungsfähigkeit des Gesamthaushalts. Faktisch wird der Finanzrahmen der Vorjahre fortgeschrieben. Um diese, jede Eigeninitiative dämpfenden Regelungen zu modifizieren, hat der Senat bereits ein finanzielles Anreizsystem beschlossen.

### **Erläuterung: Bestehende und vom Senat beschlossene finanzielle Anreize für die Bezirke**

Ab 2003 erhalten die Bezirke nach einem von der Finanzbehörde entwickelten Modell einen Teil der Gebühren für **Baugenehmigungen**. So werden sie bei gewerblichen Vorhaben mit 4 Prozent am Gebührenaufkommen beteiligt, bei anderen Vorhaben mit 2 Prozent. Das Modell soll jährlich anhand von Erfahrungswerten justiert werden. Hierfür wird der Senat den Bezirken jährlich insgesamt 1 Mio. Euro zur Verfügung stellen.<sup>10)</sup>

Bezirke, die **zusätzliche Dienstleistungen** anbieten, erhalten die Hälfte der damit verbundenen zusätzlichen Gebühren, die so genannten »ersteuerten Mehreinnahmen«. Über deren Verwendung entscheiden die Bezirksversammlung sowie die Verwaltung, die sie für effizientere administrative Abläufe einsetzen kann.

Exempel: Eheschließungen im Museumsdorf in Volksdorf. Das Standesamt Wands-

<sup>10)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, Senator für Finanzen, 2003: Städtisches Immobilienmanagement – weiterer Baustein für die Wachsende Stadt umgesetzt. Pressemitteilung von 28.2.2003

bek bietet seine Dienstleistungen nicht nur im Bezirksamt, sondern auch im Volksdorfer Museumsdorf, im Berner Schloss, im Torhaus Wellingsbüttel sowie auf der Elbe und Alster. Damit erwirtschaftet das Bezirksamt »ersteuerte Mehreinnahmen« von 200 Euro je Trauung.

Voraussichtlich ab 2004 werden die Ergebnisse eines Benchmarking die finanzielle Ausstattung der Bezirke beeinflussen. Dann werden die Bezirke, die vergleichsweise effizient arbeiten, begünstigt werden, während die übrigen Bezirksämter mit einem engeren Finanzrahmen arbeiten müssen.

### **Wirtschaftsfreundliche Verwaltung – bisher nur teilweise realisiert**

Für die Umsetzung ihrer Investitionsentscheidungen sind Unternehmen in der Regel auf behördliche Genehmigungen angewiesen. Für sie kommt es nicht nur darauf an, dass sie eine Genehmigung erhalten, sondern auch, wann sie mit ihrem Vorhaben beginnen können.

Für die Unternehmen beginnt ein Antragsverfahren heute mit umfangreichen Recherchen. Zu ermitteln ist,

- welche Genehmigungen für ein Vorhaben erforderlich sind,
- nach welchen Kriterien über Anträge entschieden wird und
- welche Behörde für die Bearbeitung zuständig ist.

#### **Erläuterung:**

Ein Gastronom, der eine neue Gaststätte eröffnen möchte, benötigt eine Konzession. Dafür muss er u.a. Kfz-Stellplätze nachweisen, eine Abluftanlage über dem Dach schaffen sowie den Nachweis über die Einhaltung von Brandschutz- und die

Hygienevorschriften erbringen. Ferner sind die arbeitsrechtlichen Vorschriften und das Steuer- und Abgabenrecht zu beachten.

Genehmigungsverfahren für gewerbliche Bauvorhaben dauern im Durchschnitt knapp drei Monate (2,9).<sup>11)</sup> Dies schließt jedoch den notwendigen »Vorlauf«, d.h. die Antragstellung und das Beschaffen der erforderlichen Unterlagen, nicht mit ein. Insgesamt dauert das Verfahren damit mehr als 3 ½ Monate.

### **Bebauungsplanung**

Die Aufstellung eines Bebauungsplans dauert in Hamburg im Durchschnitt – von der Erarbeitung eines ersten Bebauungsplankonzepts bis zur Verkündung – mehr als drei Jahre. Allein für die Planreife, die die Voraussetzung für eine Vorweggenehmigung ist, sind erfahrungsgemäß mehr als zwei Jahre erforderlich.<sup>12)</sup> Dies ist für eine dynamische, wachsende Stadt unannehmbar lang.

Derzeit wird zwischen Bezirksplänen, die von den Bezirken aufgestellt werden, und Senatsplänen, die die Fachbehörde verantwortet, unterschieden. In beiden Fällen sind die Fachbehörde und das Bezirksamt an der Aufstellung beteiligt, was Doppelarbeit erzeugt und viele Abstimmungsprozesse erforderlich macht (vgl. Grafik auf Seite 55).

Viele Bebauungspläne, sowohl für Gewerbe- wie für Wohngebiete, enthalten zudem detaillierte Vorgaben zu Art und Maß der zulässigen Bebauung sowie zur Gestaltung der Bauvorhaben und Freiflächen. Gerade diese Pläne binden bei der Aufstellung und bei Baugenehmigungen viel Verwaltungskraft. Detaillierte Regelungen erzeugen bei Investoren zudem einen hohen Planungsaufwand, weil funktional durchgeplante Bauten den Festsetzungen des Bebauungsplans anpassen werden müssen.

<sup>11)</sup> Handelskammer Hamburg, 2002: Gewerbliche Genehmigungsverfahren. Befund und Verbesserungsvorschläge.

<sup>12)</sup> Behörde für Bau und Verkehr, 2002: Hamburg macht Pläne ... planen Sie mit! S. 30

## Baustufenpläne – vielfach unklare oder zu detaillierte Regelungen

Die Baustufenpläne, die für weite Teile Hamburgs gelten, sind für viele Unternehmen ein Investitionshemmnis. Sie stimmen vielfach nicht mehr mit dem Bestand und den aktuellen Planungszielen überein. Baugenehmigungen werden daher vielfach nur im Wege der Befreiung erteilt. Dieses Verfahren führt häufig zu Verzögerungen; zudem können die Investoren im Vorhinein kaum einschätzen, ob eine Baugenehmigung erteilt werden wird oder nicht.

### Erläuterung: Baustufenpläne

Für weite Teile Hamburgs regeln Baustufenpläne die Bebaubarkeit von Grundstücken. Ihre gesetzliche Grundlage ist die Hamburgische Baupolizeiverordnung von 1938. Seit 1960 werden Bebauungspläne nach bundesweit geltendem Recht aufgestellt (Bundesbaugesetz bzw. Baugesetzbuch).

## Hamburgisches Landesrecht – Zahlreiche investitionshemmende Regelungen

Bürger und Unternehmen haben derzeit mehr als 5.000 Gesetze und Verordnungen mit mehr als 85.000 einzelnen Regelungen zu beachten.<sup>13)</sup> Schon allein diese Tatsache stellt ein Investitionshemmnis dar.

Hinzu kommt, dass auch viele einzelne Regelungen wachstumshemmend wirken. Zwar sind fast alle diese Gesetze und Verordnungen aus gegebenem Anlass und gutem Grund entstanden. Sie werden aber in der Regel auch dann nicht aufgehoben, wenn der Anlass längst entfallen und ihre investitionshemmende Wirkung ihren Nutzen übersteigt.

Investitionshemmnisse bestehen derzeit beispielsweise in folgenden hamburgischen Regelungen:

- Die Baumschutzverordnung (§ 2) verbietet, Bäume oder Hecken oder Teile von ihnen

zu entfernen oder zu beschädigen. Die strikte Anwendung dieser Verordnung kann zur Folge haben, dass Bauprojekte neu geplant werden müssen, was für den Investor mit erheblichen Kosten verbunden sein kann. Ersatzpflanzungen an anderer Stelle wären zumeist sinnvoller.

- Die Umwandlungsverordnung<sup>14)</sup> (§ 1) sieht vor, dass in Gebieten einer Erhaltungsverordnung Wohnungseigentum nicht ohne eine Genehmigung begründet werden darf. Die Schaffung des insbesondere für Familien so wichtigen Wohneigentums wird damit für bestimmte attraktive Gebiete erschwert.
- Die Hamburgische Bauordnung (§ 83 Abs. 3) regelt, dass bei wesentlicher Änderung baulicher Anlagen gefordert werden kann, dass auch die übrigen Teile der baulichen Anlage den bauordnungsrechtlichen Vorschriften angepasst werden. Aufgrund dieser Vorschrift kann z. B. bei Dachausbauten verlangt werden, dass auch das übrige Gebäude dem aktuellen Bauordnungsrecht angepasst wird, was mit erheblichen Kosten verbunden sein kann und häufig zu einer Verhinderung des Vorhabens führt.

Als investitionshemmend erweisen sich darüber hinaus

- das absehbare Auslaufen von Erbbaurechten,
- der Hamburger Mietenspiegel, der aufgrund der Erhebungsmethoden die aktuellen Marktpreise nicht ausreichend widerspiegelt und
- die Zweckentfremdungsverordnung für Wohnraum.

## Volksgesetzgebung

Hamburg besitzt mit der Volksgesetzgebung (aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) auf der gesamtstädtischen Ebene sowie mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf der Bezirksebene seit 1996/97 Elemente der Bürgerbeteiligung.<sup>15)</sup>

<sup>13)</sup> Deutscher Industrie- und Handelskammertag, 2003: Bürokratie-Hemmnisse aus dem Weg räumen! Berlin, S. 1

<sup>14)</sup> Die Geltungsdauer der Umwandlungsverordnung ist bis zum 31. Dezember 2003 befristet. Sie gilt derzeit für Eimsbüttel-Nord, Barmbek-Süd/Uhlenhorst und die südliche Neustadt

<sup>15)</sup> Hamburgisches Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid; Bezirksverwaltungsgesetz (§ 8a)

In der politischen Diskussion werden sie in erster Linie als Instrumente einer verstärkten Bürgerbeteiligung und – im Sinne von mehr Demokratie – als Ergänzung der parlamentarischen politischen Prozesse angesehen.

Gerade bei den Bürgerbegehren hat sich gezeigt, dass sie bislang fast ausschließlich gegen Stadtentwicklungs- und Infrastrukturvorhaben eingesetzt wurden. Deren Realisierung ist dadurch verhindert oder deutlich verzögert worden. Das Instrument wird dagegen kaum genutzt, um Vorhaben voranzubringen.<sup>16)</sup> Im Ergebnis haben sich damit vielfach Partikularinteressen gegen das Gesamtinteresse durchgesetzt.

### **Organisationsstruktur der Metropolregion Hamburg**

Nicht nur im Hinblick auf das Konzept der wachsenden Stadt, sondern auch unter Berücksichtigung des zunehmenden Wettbewerbs unter den Metropolregionen ist die derzeitige Organisationsstruktur im Vergleich zu konkurrierenden Regionsverbänden zu schwach. Der Absicht des Senats, »...die Organisationsstruktur der Metropolregion Hamburg im Hinblick auf die Anforderungen der wachsenden Stadt zu überprüfen und einen Reorganisationsvorschlag zu erarbeiten«,<sup>17)</sup> ist daher ausdrücklich zuzustimmen.

#### **In Kürze:**

Das staatliche Handeln und die Strukturen in Politik und Verwaltung sind noch nicht konsequent am Wachstumsziel ausgerichtet:

- Die Investitionsquote ist mit 10,5 Prozent zu niedrig.
- Das Hamburg Marketing der städtischen Gesellschaften wird zu wenig koordiniert.

<sup>16)</sup> Vgl. Übersicht über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bei Dressel, A., 2003: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Hamburger Bezirken. Ein Beitrag zur direkten Demokratie in Hamburg unter Berücksichtigung von Berlin und Bremen. Baden-Baden. S. 374-376

<sup>17)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, 2003: Fortschreibung des Leitbildes: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt, S. 80f

- Der gültige Flächennutzungsplan von 1997 bietet nicht genügend Entwicklungspotenziale für ein wachsendes Hamburg.
- Bezirke besitzen nur unzureichende Anreize, sich für mehr Wertschöpfung und Einwohner einzusetzen.
- Behördliche Genehmigungsverfahren sind für die Antragsteller noch immer zu wenig transparent, ihre Dauer ist kaum zu kalkulieren.
- Die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Behördenabstimmung dauern zu lange, die Umsetzung vieler politischer Entscheidungen wird dadurch verzögert.
- Viele Landesgesetze und -verordnungen behindern Investitionen.
- Die derzeitige Ausgestaltung der Volksgesetzgebung sowie der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide hat dazu geführt, dass die Realisierung vieler Stadtentwicklungs- und Infrastrukturvorhaben verhindert oder verzögert worden ist.

Handlungsempfehlungen hierzu finden Sie in Kapitel E.II.

## **II. Wertschöpfung**

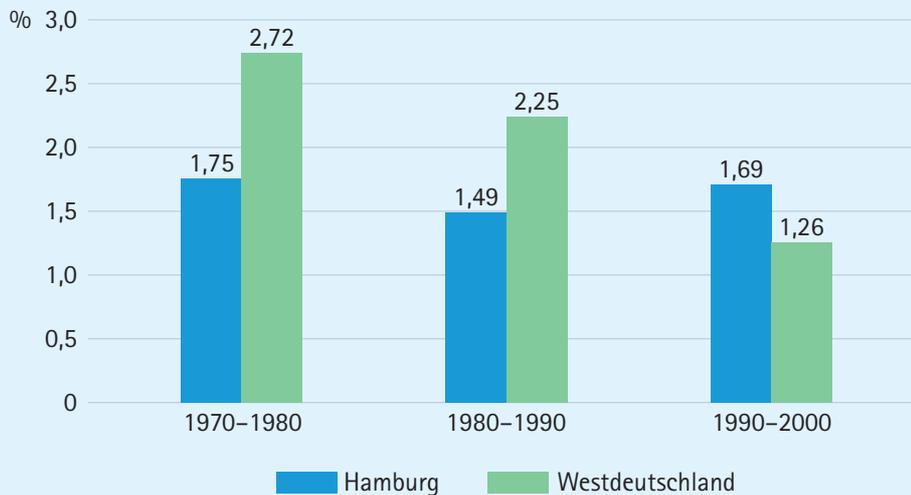
### **Wachstum in den 1990er Jahren über dem deutschen Trend**

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Hamburger Wirtschaft lag in den 1970er und 1980er Jahren deutlich unterhalb des Bundestrends. In den 1990er Jahren dagegen wuchs die Hamburger Wirtschaft – auch dank erfolgreicher Strukturanpassungen und der Wiedervereinigung – mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 1,69 Prozent deutlich schneller (um rund 0,4 Prozentpunkte) als die westdeutsche Wirtschaft insgesamt, die nur um 1,26 Prozent zulegte.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung kommt auch in der Hamburger Erwerbstätigenstatistik zum Ausdruck. So stieg die Zahl



## Durchschnittliches jährliches Wachstum in Hamburg im Vergleich zu Westdeutschland in Dekaden



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Handelskammer Hamburg



der Erwerbstätigen von 1990 (1.024.400) bis 2002 (1.045.700) um mehr als 20.000 an.<sup>18)</sup>

Parallel stieg die Wertschöpfung je Erwerbstätigem real von 77.940 (1990) auf 86.911 Euro (2000),<sup>19)</sup> was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 1,1 Prozent entspricht. In gleichem Maße ist das Pro-Kopf-Einkommen gestiegen: von 36.818 Euro auf 41.123 Euro (2001 gegenüber 1991).

Die Produktivität der Hamburger Unternehmen ist mit 69.000 Euro je Erwerbstätigen (2000) deutlich höher als in der deutschen Wirtschaft insgesamt (52.300 Euro), sie liegt damit aber unter derjenigen in Frankfurt/Main und Düsseldorf (75.400 bzw. 79.900 Euro).

Der Produktivitätszuwachs der Hamburger Wirtschaft ist ebenfalls höher als in Deutschland insgesamt (1992 bis 2000 nominal um 2,8 Prozent in Hamburg gegenüber 2,6 Pro-

zent im deutschen Durchschnitt). Aber auch hier schneiden einige der Wettbewerber Hamburgs deutlich besser ab: Im gleichen Zeitraum wuchs die Produktivität in Düsseldorf und München jeweils um 3,1 Prozent (nominal).<sup>20)</sup> Der Abstand ist zwar nicht dramatisch, er ist aber ein offenkundiges Indiz für noch nicht gänzlich bewältigte Strukturanpassungen.

### Differenzierte Wirtschaftsstruktur

Hamburg ist gekennzeichnet durch eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer international konkurrenzfähigen Industrie, einer vielfältigen Handelslandschaft und einem starken Dienstleistungssektor.

Besondere Schwerpunkte des produzierenden Gewerbes, das knapp ein Fünftel der Bruttowertschöpfung repräsentiert,<sup>21)</sup> sind die Luftfahrt- und Luftfahrtzulieferindustrie, die

<sup>18)</sup> Statistisches Landesamt Hamburg.

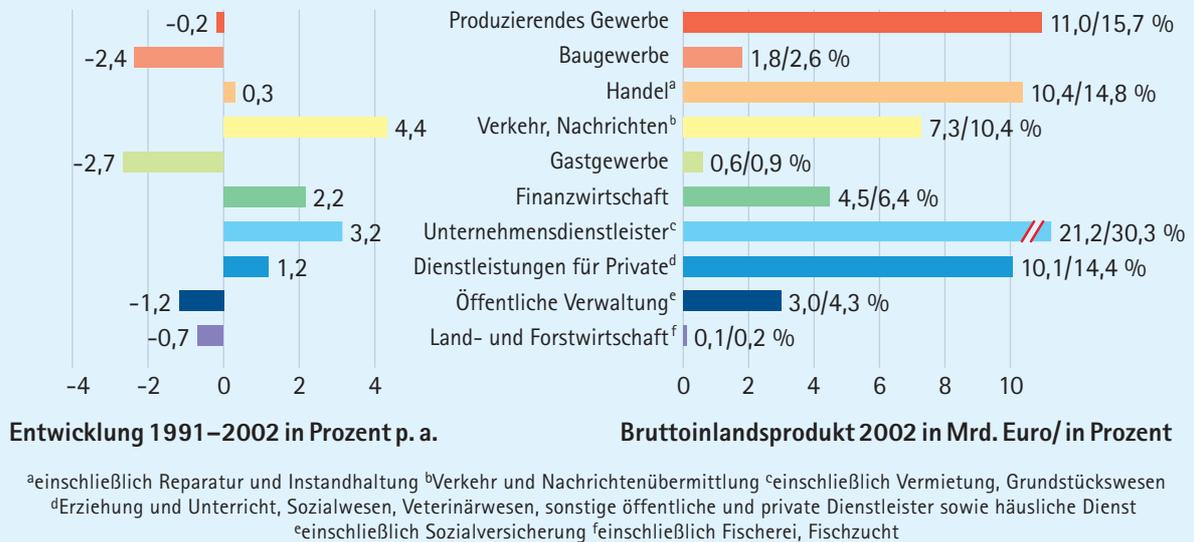
<sup>19)</sup> Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995.

<sup>20)</sup> Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, 2003: Kreisergebnisse, Reihe 2, Bd. 1

<sup>21)</sup> einschl. Baugewerbe



## Wertschöpfung – Bruttoinlandsprodukt in Hamburg nach Wirtschaftszweigen 2002 und Entwicklung 1991–2002



Entwicklung 1991–2002 in Prozent p. a.

Bruttoinlandsprodukt 2002 in Mrd. Euro/ in Prozent

<sup>a</sup>einschließlich Reparatur und Instandhaltung <sup>b</sup>Verkehr und Nachrichtenübermittlung <sup>c</sup>einschließlich Vermietung, Grundstückswesen  
<sup>d</sup>Erziehung und Unterricht, Sozialwesen, Veterinärwesen, sonstige öffentliche und private Dienstleister sowie häusliche Dienst  
<sup>e</sup>einschließlich Sozialversicherung <sup>f</sup>einschließlich Fischerei, Fischzucht

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg, Statistischer Bericht P11 (3) j02; eigene Berechnungen

Grundstoffindustrie, die Umwelt- und die Medizintechnik sowie die Biotechnologie. Dieser vergleichsweise geringe Industrialisierungsgrad der Hansestadt ist vor allem die Folge einer Schwerpunktverlagerung innerhalb der Hamburger Industrie.

Die starke Stellung besitzt Hamburg als Logistik- und Distributionszentrum auf nationaler und europäischer Ebene. Den Kristallisationskern bildet der Hafen, der in den vergangenen Jahren im Containerumschlag Zuwachsraten von über 10 Prozent zu verzeichnen hatte; Initialzündung dafür war die letzte Fahrrinnenanpassung der Unterelbe.

Hamburg ist zugleich – mit rund 10.000 Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen ins Ausland unterhalten, weiteren 3.500 Töchtern ausländischer Muttergesellschaften und mehr als 90 Konsulaten – ein bedeutendes Außenwirtschaftszentrum. Diese Position wird durch Handelsbüros, Kulturinstitute und seit 1996 durch den Internationalen Seegerichtshof noch weiter gestärkt.

Bei den gehobenen Dienstleistungen – vor allem den beratenden Diensten und Teilen der Medienwirtschaft – hat Hamburg zwar eine starke Stellung. Hier steht die Hansestadt aber in einem intensiven Wettbewerb mit anderen Stadtregionen.

Die genannten Stärken der Hamburger Wirtschaft manifestieren sich in Wirtschaftsclustern. Hierzu zählen z. B. die Luftfahrt- und Luftfahrtzulieferindustrie, die Medienwirtschaft, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Bereiche Logistik/Verkehrswirtschaft und Biotechnologie/Life Science. Sie bieten Unternehmen, die in vergleichbaren Geschäftsfeldern tätig sind, die Chance, Synergieeffekte aufgrund von Führungsvorteilen zu generieren und ihre Innovationstätigkeit durch Netzwerke zu erhöhen.

### Zentralität

Zu den Stärken des Wirtschaftsstandorts Hamburg gehört die solide Mischung aus Großunternehmen sowie einer großen Zahl mittelständischer Unternehmen. Eine nach-

rangige Rolle spielt Hamburg jedoch bei den besonders namhaften Unternehmen, den so genannten Global Playern. In Hamburg sind zudem viele Großunternehmen ansässig, deren wesentliche unternehmerische Entscheidungen von Konzernzentralen außerhalb der Hansestadt getroffen werden.

Hamburg hatte in den vergangenen Jahren – vor allem bei den privatwirtschaftlichen Entscheiderstrukturen – erheblich an Zentralität eingebüßt. Insbesondere bei den Banken und in der Versicherungswirtschaft hat Hamburg einen erheblichen Kompetenzverlust hinnehmen müssen. Von den nach dem Umsatz 500 größten Unternehmen in Deutschland aus Industrie, Handel und Dienstleistungen haben derzeit noch rund 40 ihren Sitz in Hamburg.<sup>22)</sup> Auch ist in Hamburg keines der 30 DAX-Unternehmen ansässig.

### Existenzgründungen

Starke Dynamik kommt in der großen Zahl von Existenzgründungen zum Ausdruck. 2002 wurden in der Hansestadt 16.642 Unternehmen neu gegründet. Mit 7,6 Gründern und jungen Unternehmern pro 1.000 Erwachsene ist Hamburg unter den deutschen Bundesländern die Gründer-Hochburg. Bei einem regionalen Vergleich liegt Hamburg dagegen – nach Nürnberg/Mittelfranken; Köln und München mit Werten zwischen 8,0 und 10,5 – nur auf dem vierten Platz.<sup>23)</sup>

### Innenstadt, Bezirks- und Stadtteilzentren

Das Einzelhandels- und Dienstleistungsangebot der Hansestadt ist durch ein polyzentrisches Standortmuster aus der Innenstadt sowie 29 Bezirks- und Stadtteilzentren gekennzeichnet. Die Mehrzahl von ihnen besitzt einen Nutzungsmix aus Einzelhandel, Gastronomie, Freizeitwirtschaft und Kultur.

Die Innenstadt und hier vor allem die exklusiven Einkaufsstraßen sowie die innenstadt-

nahen Quartiere stärken Hamburgs Charakter als Metropole. Viele gewachsene Bezirks- und Stadtteilzentren stehen jedoch, vor allem wegen der teilweise uneinheitlichen Ladenöffnungszeiten und Werbeauftritte, unter starkem Wettbewerbsdruck vor allem der zentral geführten Einkaufszentren.

Einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität der Bezirks- und Stadtteilzentren leisten die Interessengemeinschaften, in denen sich Kaufleute, Grundeigentümer sowie engagierte Bürger und Kulturschaffende zusammenschließen. Sie bündeln ihre Aktivitäten vor Ort und setzen sich für die Interessen ihres Quartiers ein.

Bei der Zusammenarbeit zwischen Interessengemeinschaften und Bezirksämtern gibt es erfolgreiche Beispiele, aber auch eine Reihe von Defiziten. Häufig finanzieren die Bezirke aus »Bordmitteln« Planungs-Workshops, bevor die Umsetzung der Projekte finanziell abgesichert ist. Das Engagement der Interessengemeinschaften erlahmt vielfach, wenn sich herausstellt, dass die Planungen nicht oder erst Jahre später umgesetzt werden.

### Forschungsaktivitäten

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland sind in den vergangenen Jahren leicht gestiegen; mit 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich aber – trotz erheblicher Anstrengungen der Wirtschaft – nur im Mittelfeld. Auch erreicht Deutschland damit nicht die beim Lissaboner EU-Gipfel (2000) vereinbarte Zielmarke von 3 Prozent des BIP.<sup>24)</sup>

Ein Vergleich der Bundesländer zeigt, dass Norddeutschland – bezogen auf die Bevölkerungszahl – deutlich weniger in Forschung investiert als die süddeutschen Länder Baden-Württemberg und Bayern.<sup>25)</sup>

Hamburg profitiert dagegen mit 189 Euro pro Einwohner überdurchschnittlich von den

<sup>22)</sup> Handelskammer Hamburg, 2000: Metropolregionen im Wettbewerb, S. 35; Top 500. Die größten Unternehmen in Deutschland. [www.welt.de/extra/ranglisten](http://www.welt.de/extra/ranglisten) (17.7.2003)

<sup>23)</sup> Daten der Handelskammer Hamburg; – Sternberg, R., Bergmann, H., 2003: Global Entrepreneurship Monitor. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2002. Köln, S. 37, 38

<sup>24)</sup> Institut der deutschen Wirtschaft, 2003: Blauer Brief für Deutschland. – iw-trend 26/2003, S. 6-7

<sup>25)</sup> Unternehmerkuratorium Nord, 1999: Investitionsstandort Norddeutschland. Stärken stärken, Schwächen abbauen.

## Forschungslandschaft in den deutschen Ländern

	Forschungs- institute**		FuE-Ausgaben des Bundes		FuE-Ausgaben der Länder***		FuE-Personal (Vollzeitäquivalent)***	
	Anzahl	pro 1 Mio. Einwohner	Mio. Euro	Euro pro Einw.	Mio. Euro	Euro pro Einw.	Anzahl	in % Erwerbstätig
Baden-Württemberg	31	3,0	1.185,4	113	1.000	95	97.555	2,0
Bayern	27	2,2	1.269,2	104	1.183	97	95.345	1,6
Berlin	24	7,1	738,8	218	556	164	30.544	2,1
Brandenburg	13	5,0	245,3	94	198	76	7.039	0,6
<b>Bremen</b>	<b>5</b>	<b>7,6</b>	<b>202,3</b>	<b>306</b>	<b>96</b>	<b>145</b>	<b>4.844</b>	<b>1,7</b>
<b>Hamburg</b>	<b>7</b>	<b>4,1</b>	<b>324,0</b>	<b>189</b>	<b>229</b>	<b>134</b>	<b>12.088</b>	<b>1,5</b>
Hessen	13	2,1	383,9	63	478	79	46.641	1,7
<b>Mecklenburg-Vorp.</b>	<b>6</b>	<b>3,4</b>	<b>126,8</b>	<b>71</b>	<b>165</b>	<b>93</b>	<b>3.741</b>	<b>0,5</b>
<b>Niedersachsen</b>	<b>16</b>	<b>2,0</b>	<b>613,4</b>	<b>78</b>	<b>599</b>	<b>76</b>	<b>36.340</b>	<b>1,1</b>
Nordrhein-Westfalen	32	1,8	1.285,3	71	1.442	80	77.953	1,0
Rheinland-Pfalz	7	1,7	127,7	32	262	65	19.449	1,1
Saarland	4	3,7	41,0	38	101	94	2.675	0,6
Sachsen	18	4,1	398,0	90	524	118	22.569	1,2
Sachsen-Anhalt	9	3,4	158,9	60	232	88	7.041	0,7
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>8</b>	<b>2,9</b>	<b>202,2</b>	<b>73</b>	<b>190</b>	<b>68</b>	<b>7.494</b>	<b>0,6</b>
Thüringen	6	2,5	136,3	56	266	109	8.744	0,8
<b>Nordeutschland*</b>	<b>42</b>	<b>2,8</b>	<b>1.468,7</b>	<b>99</b>	<b>1.279</b>	<b>86</b>	<b>64.507</b>	<b>1,0</b>
Bayern/Baden-Württ.	58	2,6	2.454,6	108	2.183	96	192.900	1,8
Deutschland	226	2,7	7.438,5	91	7.521	92	480.062	1,3

\* Norddeutsche Küstenländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

\*\* Institute der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft.

\*\*\* 1999.

Quellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Hrsg., 2002: Faktenbericht Forschung 2002; Statistisches Bundesamt, Hrsg.: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2002; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; www.wgl.de; eigene Berechnungen; Angaben für 2000, soweit nicht anders angegeben.

FuE-Ausgaben des Bundes (Bundesdurchschnitt 91). Noch deutlich günstigere Werte weisen aber die Stadtstaaten Berlin und Bremen auf. Ebenso sind die FuE-Ausgaben des Hamburger Haushalts überdurchschnittlich; aber auch hier schneiden die beiden anderen Stadtstaaten deutlich besser ab.

Vergleichsweise hoch ist in Hamburg der Anteil des FuE-Personals an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (1,5 Prozent). Aber auch hier liegt Hamburg nicht an der Spitze; deutlich bessere Werte haben Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und wiederum Berlin und Bremen.

### Forschungsinstitute in Hamburg

Hamburg besitzt zwar mit seinen zehn Hochschulen<sup>26)</sup> eine breit gefächerte Forschungs-

landschaft. Die Qualität und der Ruf von Forschung und Lehre sind jedoch, wie verschiedene Untersuchungen belegen, verbesserungsbedürftig.<sup>27)</sup> Daneben arbeiten in der Hansestadt zwei Institute und eine Arbeitsgruppe der Max-Planck-Gesellschaft sowie vier Institute der Leibniz-Gemeinschaft.<sup>28)</sup>

<sup>26)</sup> Universität Hamburg, Technische Universität Hamburg-Harburg, Hochschule für bildende Künste, Hochschule für Musik und Theater, Hochschule für angewandte Wissenschaften, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Universität der Bundeswehr, Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik des Rauhen Hauses, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fernfachhochschule

<sup>27)</sup> u. a. Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), 2003: Hochschulranking. Stern Campus und Karriere, 4/2003

<sup>28)</sup> Im einzelnen handelt es sich um die Max-Planck-Institute für Meteorologie sowie ausländisches und internationales Privatrecht, das zur Helmholtz-Gemeinschaft gehörende DESY sowie das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, das Deutsche Übersee-Institut, das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv und das Heinrich-Pette-Institut für Experimentelle Virologie und Immunologie, die zur Leibniz-Gemeinschaft gehören.

Mit dem deutschen Elektronen Synchrotron (DESY) besitzt Hamburg eine herausragende Forschungseinrichtung. Hier werden mit der aktuell diskutierten Schaffung eines »Freien Elektronenlaser« (FEL) zusätzliche Forschungskapazitäten geschaffen, die auch für technologieorientierte Unternehmen, die kleinste Strukturen untersuchen – besonders aus dem Bereich der Mikro- und Nanostrukturen – von Bedeutung sind.

Hamburg besitzt jedoch – im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern – kein Fraunhofer-Institut. Dies wiegt umso schwerer, als gerade die Institute dieser Gesellschaft auf die angewandte Forschung konzentriert sind und von ihnen vielfältige Impulse für die Entwicklung marktfähiger Produkte ausgehen.

### **Verkehrsinfrastruktur: Hamburg eher im Mittelfeld**

Die Verkehrsinfrastruktur in der Metropolregion Hamburg ist – trotz erheblicher Zunahme des Verkehrsvolumens – in den vergangenen zehn Jahren kaum ausgeweitet worden.<sup>29)</sup> Die wichtigsten Verkehrsverbindungen in den Westen und Süden Deutschlands sind inzwischen stark überlastet.

Als Defizit erweist sich zudem,

- dass die modernsten Containerschiffe den Hamburger Hafen derzeit wieder nur mit Beschränkungen anlaufen können;
- dass Hamburg im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Metropolen keinen Autobahnring besitzt,
- dass Hamburg nur wenige interkontinentale Flugverbindungen bietet und insbesondere kein Direktflug in die USA angeboten wird und
- dass die Straßen- und Schieneninfrastruktur im Norden und Osten Europas nur mangelhaft ausgebaut ist.

<sup>29)</sup> Handelskammer Hamburg, 1998: Wege zu Wachstum und Wohlstand. Forderungen zum Ausbau des Hamburger Straßennetzes.

In der Erreichbarkeit der Metropolregion Hamburg kommt dies zum Ausdruck. So besitzt die Region im nationalen Maßstab nur eine mittlere Verkehrszentralität. Bei den Verbindungen in die wichtigsten europäischen Zentren nimmt Hamburg sogar nur den vorletzten Rang ein.<sup>30)</sup>

### **Stadtverkehr: Engpass bei den Hauptverkehrsstraßen**

Für die Wirtschaft ist ein reibungsloser Ablauf des städtischen Verkehrs von zentraler Bedeutung. In der Realität kommt es jedoch immer wieder zu Engpässen auf den Hamburger Hauptverkehrsstraßen. Besonders betroffen sind die Ringe 2 und 3 und die Kreuzungspunkte der Ringe mit den großen Radialstraßen.

Die Stadtstraßen müssen zudem erheblichen Durchgangsverkehr aufnehmen, weil Hamburg keinen Autobahnring besitzt. Engpässe sind zudem dadurch entstanden, dass das Grundgerüst des Hamburger Straßennetzes, das so genannte Vorbehaltsnetz, in der Vergangenheit immer wieder Einschränkungen erfahren hat.

Mit einer werktäglichen Verkehrsleistung von 1,5 Mio. Fahrgästen leisten die Hamburger S- und U-Bahnen sowie die Busse und Fähren einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des Stadtverkehrs. Das Netz weist jedoch vor allem bei einigen kompakt bebauten Stadtteilen und in Bezug auf die tangentialen Verbindungen noch Lücken auf.

### **Gewerbeflächenangebot: im Stadtgebiet sehr ungleich verteilt**

Die im geltenden Flächennutzungsplan ausgewiesenen Gewerbeflächenreserven Hamburgs werden von der Behörde für Bau und Verkehr auf rund 720 Hektar beziffert. Davon entfallen etwa 540 Hektar auf städtische Flächen, von denen 140 Hektar sofort, kurz- oder mittelfristig verfügbar sind. Diese Flächen sind jedoch ungleichmäßig auf die Hamburger Bezirke verteilt:

<sup>30)</sup> Handelskammer Hamburg, 2000: Metropolregionen im Wettbewerb, S. 23-25.

- Hamburg-Mitte: 24,0 Hektar,
- Altona: 0,3 Hektar,
- Eimsbüttel: 8,0 Hektar,
- Hamburg-Nord: 2,0 Hektar,
- Wandsbek: 5,0 Hektar,
- Bergedorf: 68,0 Hektar,
- Harburg: 37,0 Hektar.

Dabei konzentriert sich das Angebot auf kleinere und mittelgroße Grundstücke; Areale ab fünf Hektar stehen kaum zur Verfügung.

Die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) vermittelt jährlich etwa 25 Hektar an Gewerbeflächen aus städtischem Besitz. Das entspricht einschließlich der notwendigen Erschließungsflächen brutto rund 30 Hektar. Darüber hinaus existiert ein privater Gewerbeflächenmarkt, über den keine genauen Zahlen vorliegen.

Ausgehend von der bisherigen jährlichen Inanspruchnahme von 30 Hektar an städtischen Flächen – also ohne zusätzliche Nachfrage infolge erfolgreicher Ansiedlungspolitik – reicht die Reserve an sofort, kurz- oder mittelfristig verfügbaren Flächen für etwa vier Jahre.

Bei einer näheren Untersuchung der Hamburger Gewerbeflächenreserven (720 Hektar) zeigt sich, dass ein Teil nicht oder kaum aktivierbar ist.<sup>31)</sup> Hierfür sind insbesondere Altlasten und Kampfmittel, eine nicht ausreichende Erschließung oder Einschränkungen hinsichtlich der Bebaubarkeit verantwortlich. Hinzu kommt, dass einige Grundeigentümer die Flächen in der Erwartung, zu einem späteren Zeitpunkt höhere Verkaufserlöse erzielen zu können, nicht auf den Markt bringen.

Viele Gewerbe- und Industriegebiete – insbesondere solche, in denen Baustufenpläne oder ältere Bebauungspläne nach der Bau-nutzungsverordnung 1962/1968 gelten – entwickeln sich zunehmend zu Bürogebieten. Zudem siedeln sich hier verstärkt Einzelhandelsunternehmen an. Im Ergebnis kommt es zu einer weiteren Verknappung des Angebots an Flächen für das produzierende Gewerbe.

<sup>31)</sup> Handelskammer Hamburg, 1998: Raum für Wachstum. Gewerbeflächenangebot auf die Zukunft ausrichten. S. 16

## Gewerbeflächennachfrage: weiter ungebrochen

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen hält weiter an. Auf der Basis einer Unternehmensbefragung ermittelten Kohlbrenner und Regioconsult für Hamburg einen jährlichen Bedarf in einer Größenordnung von 60 Hektar an Gewerbeflächen; der sich aus dem Unternehmensbestand ergebende zusätzliche Bedarf<sup>32)</sup> wird auf 50 Hektar geschätzt, der aus Neuansiedlungen auf 10 Hektar.<sup>33)</sup> In einer wachsenden Stadt fällt dieser Flächenbedarf entsprechend höher aus. Angaben hierzu finden sich in Kapitel E.III.2. Die Befragung ergab weiter, dass vor allem Standorte in der Inneren Stadt sowie im Norden und Westen Hamburgs nachgefragt werden.

Ein Vergleich zwischen dem Gewerbeflächenangebot und der erkennbaren Nachfrage nach Flächen zeigt die Defizite. Es fehlt insbesondere

- an Gewerbeflächen im Nordwesten Hamburgs (Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord) und
- an größeren Gewerbegebieten, die eine großzügige Parzellierung (Grundstücke ab fünf Hektar) ermöglichen.

Um den Gewerbeflächenmangel zu beseitigen, hat die Senatskommission für Stadtentwicklung im April 2002 und im Mai 2003 Beschlüsse zu den künftigen Entwicklungsflächen (»1. und 2. Tranche«) gefasst. Mit der Vergabereife der Flächen der 1. Tranche ist frühestens 2005 zu rechnen. Insgesamt werden 19 neue Gewerbeflächen benannt. Als Defizit erweist sich, dass

- nur fünf der 19 Flächen im Nordwesten Hamburgs liegen und
- nur an drei Standorten größere Gewerbegebiete ab 40 Hektar verfügbar sind.

<sup>32)</sup> Dieser Bedarf kann sich aufgrund von Verlagerungen, Erweiterungen und Funktionsausgliederungen ergeben.

<sup>33)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, Stadtentwicklungsbehörde, 2001: Gewerbliche Bauflächen – gesamtstädtische Entwicklungsplanung, S. 46.

### **Erläuterung:**

Als vergabereif sind städtische Gewerbeflächen zu verstehen, die baugenehmigungsreif sind, deren Erschließung vorhanden ist, die flexibel parzellierbar sind, deren eventuelle Altlasten schnell beseitigt und die kurzfristig bebaut werden können.

### **Büroflächenmarkt – wenig Transparenz für internationale Investoren**

Mit einer Bürofläche von rund 12,5 Mio. Quadratmetern ist Hamburg hinter Berlin (17,2 Mio. qm) und München (16,9 Mio. qm) der drittgrößte Markt für Büroimmobilien in Deutschland. Über das Marktgeschehen des Hamburger Büroflächenmarkt werden regelmäßig Studien vor allem der lokal ansässigen Makler veröffentlicht. Diese stützen sich meist auf die Erfahrungswerte des jeweiligen Unternehmens. Dies führt zu teilweise sehr unterschiedlichen Einschätzungen über die Struktur und Entwicklungsperspektiven des Hamburger Büromarktes. Die Immobilienentwicklung liegt zudem zumeist in der Hand vornehmlich lokal orientierter Projektentwickler. Für international agierende Investoren ist der Hamburger Büroflächenmarkt vor allem aufgrund der fehlenden Transparenz nur von zweitrangiger Bedeutung. Die Magnetwirkung des Immobilienstandortes auf die Unternehmensansiedlung ist verbesserungswürdig.

### **Logistik- und Großhandelsunternehmen – Expansion wird erschwert**

Gerade expansionswillige Logistik- und Großhandelsunternehmen, die für den Standort Hamburg große Bedeutung haben, können häufig nur schwer städtische Flächen erwerben. Hintergrund sind die Wirtschaftsförderungskriterien, die die Behörde für Wirtschaft und Arbeit entwickelt hat.

Die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) muss die Wirtschaftsförderungskriterien beachten, wenn sie ihre Empfehlungen zur Vergabe von städ-

tischen Grundstücken abgibt. Dabei wird u. a. geprüft, inwieweit das ansiedlungswillige Unternehmen zur Stärkung des Arbeitsplatzangebots beiträgt, in welchem Maße es über interregionale Absatzverflechtungen verfügt und ob es mit den Flächen sparsam umgeht. Vielen Logistik- und Großhandelsunternehmen, die in der Regel sehr große Flächen benötigen, aber in Relation zur Fläche nur wenige Mitarbeiter vor Ort beschäftigen, wird daher die Ansiedlung auf städtischen Flächen verwehrt. Damit wird man der ökonomischen Bedeutung dieser Branche für den Standort Hamburg nicht gerecht.

### **In Kürze:**

In den 1990er Jahren lag das Wirtschaftswachstum in Hamburg deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt. Einen wichtigen Beitrag hierzu lieferten die erfolgreiche Strukturanpassung, die deutsche Wiedervereinigung und die Öffnung Osteuropas. Zu Hamburgs Stärken zählt nicht zuletzt die Internationalität; bei den Forschungsinstituten, den überregionalen Verkehrsverbindungen und der innerstädtischen Straßeninfrastruktur bestehen dagegen Defizite.

Ein Vergleich zwischen dem Gewerbeflächenangebot und der erkennbaren Nachfrage zeigt, dass insbesondere Flächen im Nordwesten Hamburgs und größere Gewerbegebiete nicht ausreichend vorhanden sind.

Handlungsempfehlungen hierzu finden sich in den Kapiteln E.III. sowie E.VI.

### **Exkurs: Globalisierung und Europäisierung – Wettbewerb der Metropolregionen**

Im Zuge der zunehmenden Integration der europäischen Volkswirtschaften – der Europäisierung – und der parallel verlaufenden Globalisierung hat sich der Wettbewerb der Metropolregionen, in dem sich Hamburg als wirtschaftlicher Kristallisa-

tionskern mit internationaler Ausstrahlung behaupten muss, deutlich verstärkt.

Eines der wesentlichen qualitativen Merkmale, das über die Zentralität einer Metropole im überregionalen Wettbewerb entscheidet, ist die Zahl der Unternehmenssitze. Dahinter steht die Erfahrung, dass in Unternehmens- und Konzernzentralen die Entscheidungen über Investitionen fallen, die für andere Unternehmen aus dem Zuliefer- und Dienstleistungsbereich Aufträge und Beschäftigung bedeuten.

Bei steigender Bevölkerungszahl und steigender Wertschöpfung verbessern sich Hamburgs Chancen, die Zentralität zu stärken, weil sich die Standortfaktoren für international agierende Unternehmen verbessern:

- durch ein breiteres Angebot an qualifizierten Arbeitskräften,
- durch ein besseres Verkehrsinfrastrukturangebot und
- durch ein Dienstleistungs- und Kulturangebot auf internationalem Niveau.

Dies kann einen selbstverstärkenden Effekt auslösen, weil ansässige und neue Unternehmenszentralen – aufgrund der Führungsvorteile – weitere Entscheider anziehen.

Für Unternehmen, die die lokale Nachfrage bedienen, ist zudem eine große Bevölkerungszahl mit hoher Kaufkraft ein wichtiger Standortfaktor.

### III. Bevölkerung

#### Bevölkerungsentwicklung: Zuwachs seit Mitte der 1980er Jahre

In Hamburg leben derzeit 1,73 Mio. Menschen. Seit dem Tiefststand 1986 hat sich die Einwohnerzahl – mit Ausnahme zweier Jahre – kontinuierlich erhöht. Im Durchschnitt wächst die Bevölkerung Hamburgs seit 1986 jährlich um rund 10.000 Einwohner.

Die steigenden Bevölkerungszahlen Hamburgs sind in erster Linie auf die Wanderungsgewinne zurückzuführen.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung in Hamburg ist dagegen negativ: So übersteigt die Zahl der Sterbefälle die der Geburten deutlich (1990 bis 2002 um 44.531). Ursächlich hierfür ist die Entwicklung bei den Deutschen (- 76.138), während die ausländischen Einwohner einen positiven Saldo zu verzeichnen haben (+ 31.607).

Vergleicht man die Geburtenraten – die durchschnittliche Anzahl lebendgeborener Kinder pro Frau während ihrer gesamten Lebensspanne – der deutschen Bundesländer, so belegt Hamburg mit einem Wert von 1,2 den 13. Platz. Spitzenreiter ist Niedersachsen mit einem Wert von 1,5.

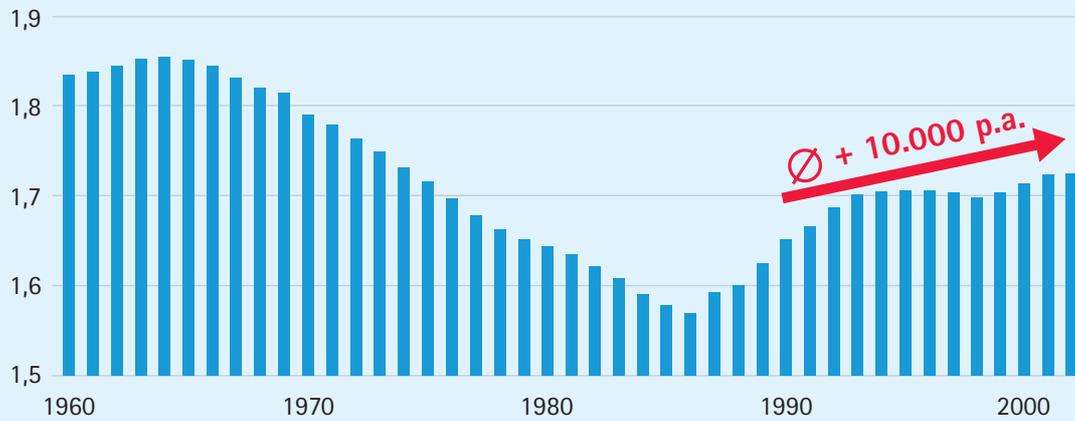
Im europäischen Vergleich weist auch Deutschland mit 1,29 einen sehr niedrigen Wert auf. Hintergrund hierfür dürfte nicht zuletzt sein, dass die Kinderbetreuungsangebote in Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern unterdurchschnittlich sind. Vorbildlich ist in diesem Zusammenhang Frankreich, das auch eine sehr viel höhere Geburtenrate aufweist.

#### Erläuterung:

##### Kinderbetreuung in Frankreich

In Frankreich haben Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder bereits im Alter von zweieinhalb Monaten in eine Ganztagskrippe zu geben. Die Beiträge für die Krippen sind nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt. Nach dem dritten Lebensjahr kommen die Kinder in die »Ecole Maternelle«, den Vorschulkindergarten. Dort werden sie täglich – außer mittwochs – bis 16.30 Uhr kostenlos betreut. Sie erhalten dort auch ein Mittagessen. In der »Ecole Maternelle« werden sie auch dann noch betreut, wenn sie bereits zur Schule gehen. Für alle Kinder, die nach 16.30 Uhr oder mittwochs betreut werden müssen, gibt es gegen ein geringes Entgelt in den Schulen und Vorschulen einen Hortplatz.

## Bevölkerungsentwicklung in Hamburg (1960–2002; in Mio. Einwohner)



Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg (überhöhte Darstellung)

### Strukturdaten zur Entwicklung der Hamburger Bevölkerung 1990 bis 2002

	Natürliche Bevölkerungsentwicklung			Wanderungen			Saldo der Staatsangehörigkeitswechsel	Bevölkerungsentwicklung insgesamt
	Geburten	Sterbefälle	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo		
Hamburger Bevölkerung	211.566	256.097	-44.531	1.052.684	904.857	147.827	0	103.296
Deutsche	174.315	250.453	-76.138	644.916	613.688	31.228	68.269	23.359
Ausländer	37.251	5.644	31.607	407.768	281.169	116.599	-68.269	79.937

Quelle: Hamburger Statistisches Jahrbuch 2002/2003, Statistischer Bericht A I 1-m 12/02, S. 16-18; eigene Berechnungen

#### Gewinne durch überregionale Wanderungen, Verluste durch Umlandwanderung

Die Wanderungsgewinne Hamburgs sind vorwiegend auf die nationale und internationale Fernwanderung zurückzuführen.

Innerhalb Deutschlands genießt Hamburg eine hohe Attraktivität vor allem bei jungen Menschen (18- bis 30-Jährige; vgl. Übersicht auf Seite 33). Die Mehrzahl der Zuziehenden kommt aus den norddeutschen

Ländern und Nordrhein-Westfalen nach Hamburg.<sup>34)</sup>

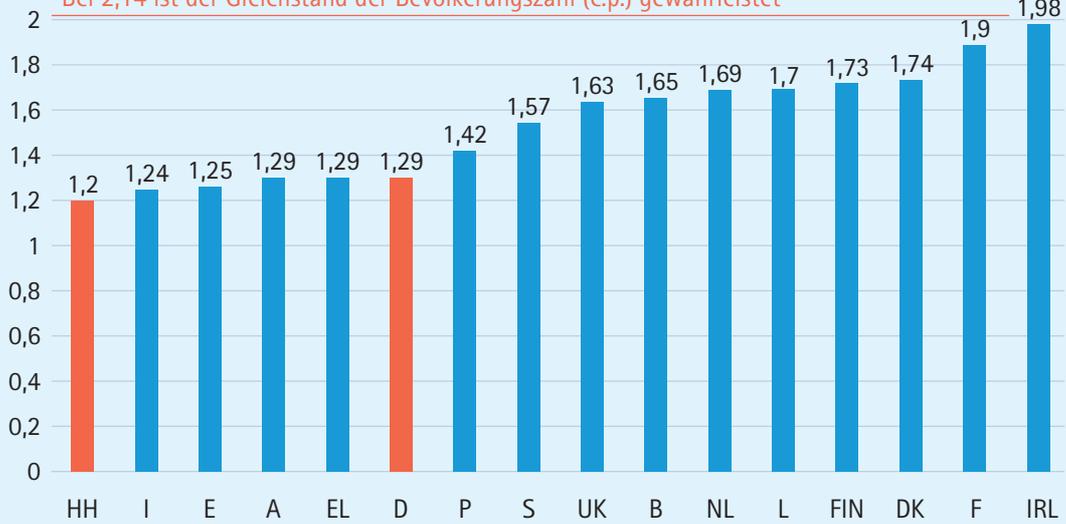
Zugleich ist Hamburg ein Ziel der internationalen Migration. Die Zuwanderer kommen vor allem aus Polen, Russland und der Türkei.<sup>35)</sup> Die Zahl der Ausländer und ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung Hamburgs sind – aufgrund der Zuwanderung und einer positiven natürlichen Bevölkerungsentwicklung –

<sup>34)</sup> <sup>35)</sup> Statistisches Landesamt Hamburg.



## Geburtenrate: EU-Länder und Hamburg im Vergleich

Bei 2,14 ist der Gleichstand der Bevölkerungszahl (c.p.) gewährleistet

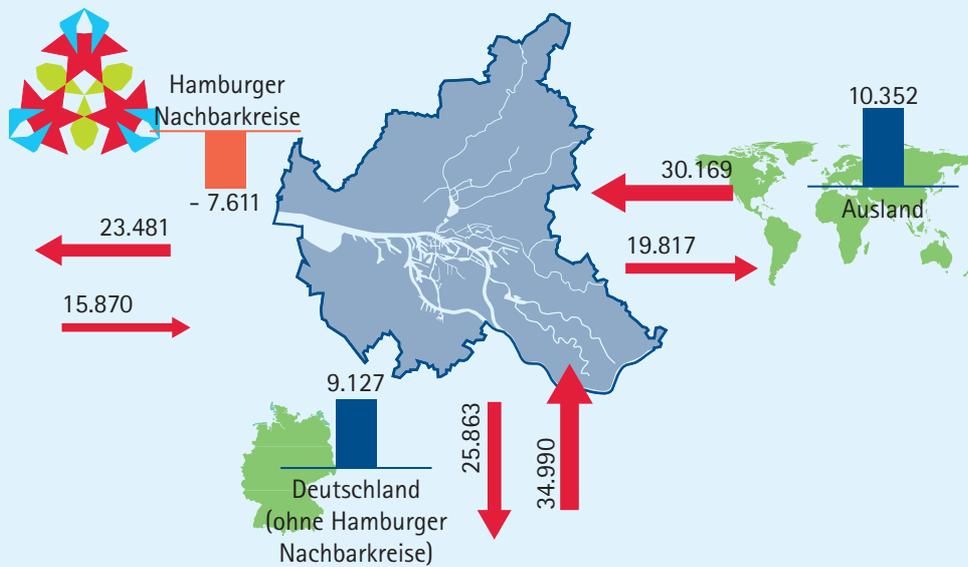


Die Geburtenrate ist die durchschnittliche Anzahl lebend geborener Kinder pro Frau während ihrer gesamten Lebensspanne.

Quelle: Eurostat Jahrbuch, 2003, S.89; Statistisches Landesamt Hamburg; Zahlen jeweils für 2001



## Zuzüge nach Hamburg und Fortzüge aus Hamburg p. a. (im Durchschnitt der Jahre 1990–2001)



Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg; eigene Berechnungen



## Zuzüge nach Hamburg nach Altersgruppen

	0 bis unter 18	18 bis unter 25	30 bis unter 65	65 und älter	insgesamt
Zuzüge nach Hamburg 1990-2001 in Prozent aller Zuziehenden	151.039 16	427.911 44	366.761 38	26.638 3	972.349 100
Zuzüge nach Hamburg pro 1000 Einwohner der jeweiligen Alters- gruppe in Deutschland (1995)	9	32	9	2	12

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

kontinuierlich gestiegen: von 1990 bis 2002 von 196.000 auf 261.000 bzw. von 11,9 auf 15,3 Prozent.<sup>36)</sup> Im gleichen Zeitraum haben 68.000 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, so dass der eigentliche Wanderungssaldo noch höher liegt.

Innerhalb der Metropolregion führen die Wanderungen dagegen – wie in anderen deutschen Metropolen auch – bis heute zu Bevölkerungsverlusten für Hamburg. An der Stadt-Umland-Wanderung beteiligen sich zum überwiegenden Teil Personen in der Familiengründungs- bzw. -erweiterungsphase mit mittlerem bis gehobenem Einkommen. Hintergründe für diese Wanderungen bilden vor allem finanzielle Aspekte beim Erwerb von Wohneigentum, die Wohnumfeldqualitäten<sup>37)</sup> und die Qualität der Schulen.

### Exkurs: Demographischer Wandel – Zukunftsfrage für Hamburg

Der grundlegende demographische Wandel in Deutschland<sup>38)</sup> betrifft nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Altersstruktur, die ethnische Struktur und nicht zuletzt das Potenzial an Erwerbstätigen.

Nach den Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird die Einwohnerzahl Deutschlands ab etwa 2010 deutlich

zurückgehen. Demnach werden 2050 nur noch 75,1 Millionen Menschen in Deutschland leben. Gegenüber 2000 entspricht das einem Rückgang der Bevölkerungszahl um 7,3 Millionen.<sup>39)</sup>

Parallel zum Bevölkerungsrückgang wird es zu Veränderungen der Altersstruktur kommen. Der Anteil der jungen Menschen und der Menschen im mittleren Alter wird zurückgehen, während der Anteil der alten Menschen (ab 65) zunehmen wird. In der Folge wird – trotz der zunehmenden Erwerbsbeteiligung vor allem der Frauen – die Zahl der Erwerbstätigen zurückgehen. So schätzt das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung deren Zahl für das Jahr 2050 auf 33,9 Millionen. Das entspricht einem Rückgang von 7,5 Millionen gegenüber 2000.<sup>40)</sup>

Für Hamburg würde dies – unter der Annahme, dass der Anteil Hamburgs an der Gesamtzahl der Einwohner bzw. der Erwerbstätigen in Deutschland konstant bliebe – bedeuten, dass 2050 nur noch 1,57 Millionen Menschen in der Hansestadt leben werden und die Zahl der Erwerbstätigen von 1.045.700 (2001) bis

<sup>36)</sup> Im Vergleich hierzu liegen die Ausländeranteile in Berlin und Köln bei 13,1 bzw. 17,8 Prozent.

<sup>37)</sup> Empirica, 2000: Stadtentwicklung und Demographie. Möglichkeiten der Strukturbeeinflussung durch Städtebau und Wohnungsbau, S. 97.

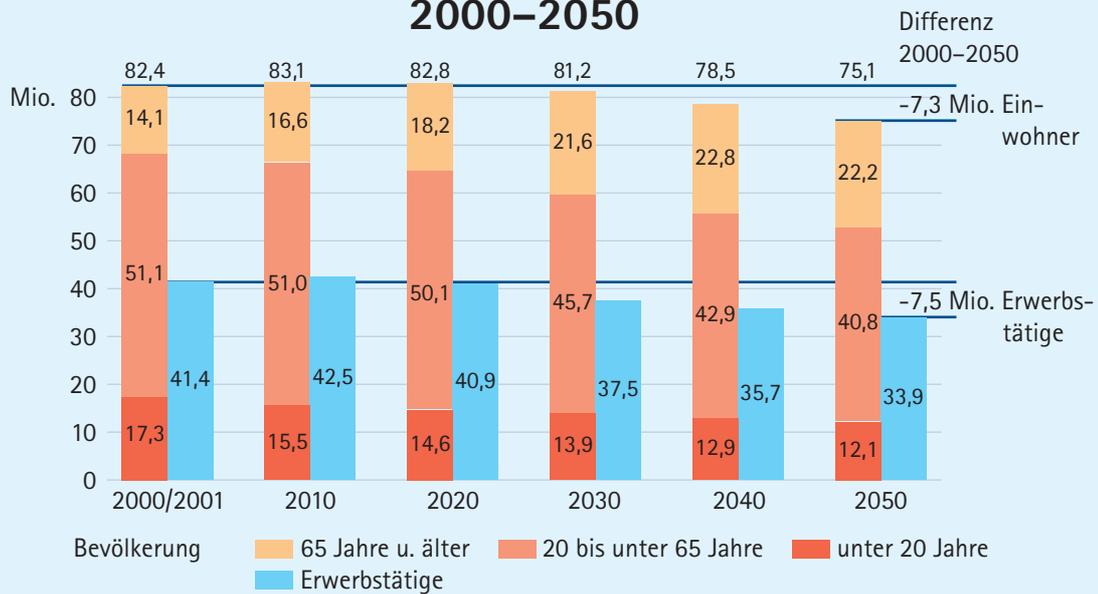
<sup>38)</sup> Birg, H., 2001: Die demographische Zeitenwende. Berlin

<sup>39)</sup> Statistisches Bundesamt, 2000: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050. Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung; die hier wiedergegebenen Zahlen beziehen sich auf die Variante 5 (mittlere Lebenserwartung, mittlerer Wanderungssaldo von mindestens 200.000 Zuwanderern p. a.)

<sup>40)</sup> Werdning, M.; Blau, H., 2002: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die staatlichen Alterssicherungssysteme. Modellrechnungen bis 2050. ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 8, S. 16



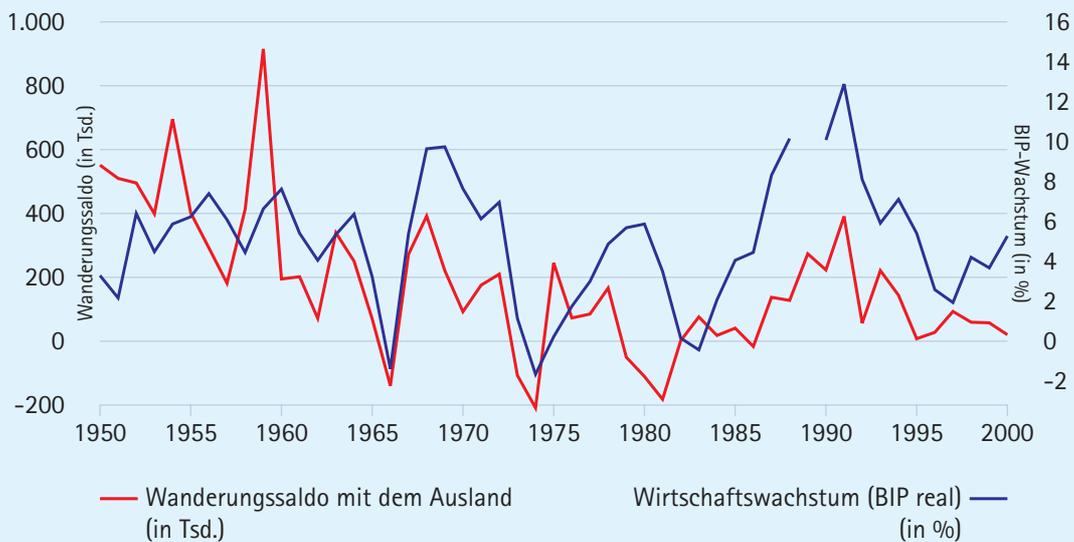
## Bevölkerung und Erwerbstätige in Deutschland 2000–2050



Quelle: Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, 2003, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung, Var. 5, Erwerbstätige: Werding, M; Blau, H, 2003: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Alterssicherungssysteme; ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung 8, S. 17; eigene Berechnungen



## Wanderungssaldo und Wirtschaftswachstum in Deutschland 1950 bis 2001



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen; bis 1990 bezogen auf Westdeutschland, seit 1991 auf Gesamtdeutschland; für 1990 liegen keine Angaben zum Wanderungssaldo vor



2050 auf etwa 857.000 zurückgehen wird. Für die Metropolregionen wie Hamburg ergeben sich allerdings etwas günstigere Perspektiven, da sie voraussichtlich die Gewinner der innerdeutschen Wanderungsbewegungen<sup>41)</sup> und der Zuwanderung aus dem Ausland sein dürften. Zudem kann die Entwicklung auch durch ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum positiv beeinflusst werden.

Der prognostizierten demographischen Entwicklung in Deutschland kann vor allem durch die – eher mittel- bis langfristig wirkende – Beeinflussung der Geburtenrate und durch eine gezielte Zuwanderung entgegengewirkt werden.

Durch eine familienfreundliche Politik mit guten Kinderbetreuungsangeboten kann, wie Erfahrungen aus Frankreich zeigen, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und damit die Geburtenrate positiv beeinflusst werden. Zugleich kann damit die Erwerbsbeteiligung vor allem der Frauen deutlich erhöht werden.

Während die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland von einer im Vergleich zur bisherigen Entwicklung eher moderaten Zuwanderung ausgeht, erscheint ein günstigerer Wanderungssaldo durchaus realistisch.<sup>42)</sup> Dies gilt vor allem vor allem unter den Bedingungen einer steigenden Wertschöpfung, wie die wirtschaftliche und demographische Entwicklung Deutschlands in den vergangenen fünf Jahrzehnten zeigt.

Durch die Zuwanderung kann darüber hinaus auch die Altersstruktur einer Bevölkerung beeinflusst werden. Dies belegen Erfahrungen aus den USA. Dort sind vor allem die Migranten für die positive natürliche Bevölkerungsentwicklung verantwortlich. Im Ergebnis sind in den USA in den 1990er Jahren alle Altersgruppen in etwa gleich stark gewachsen.

Das Erwerbspersonenpotenzial könnte darüber hinaus durch eine Verkürzung der Ausbildungszeiten sowie ein späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben erhöht werden.

Deutschland				Vereinigte Staaten von Amerika			
Altersgruppen	1990	2000	Entwicklung	Altersgruppen	1990	2000	Entwicklung
unter 18	15,3	15,5	1,0	unter 18	63,6	72,3	13,7
18 bis unter 65	52,5	53,1	1,1	18 bis unter 65	159,9	174,1	13,1
65 und älter	11,9	13,7	15,0	65 und älter	31,2	35,0	12,2
insgesamt	79,7	82,3	3,1	insgesamt	248,7	281,4	13,1

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland; U.S. Census Bureau, eigene Berechnungen

<sup>41)</sup> Hoppe, A.; Bergheim, S., 2003: Migration in Deutschland: Umverteilung einer schrumpfenden Bevölkerung. Deutsche Bank Research 263, S. 16; – Bucher, H., 2003: Die BBR-Bevölkerungsprognose 2020. Informationen aus der Forschung des BBR 2/2003, S 12-15

<sup>42)</sup> Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung geht in drei Szenarien von einem jährlichen Wanderungsüberschuss von 100.000, 200.000 bzw. (ab 2011) 300.000 Menschen für Deutschland aus. Tatsächlich jedoch lag der Wanderungssaldo – bei erheblichen Schwankungen – seit 1951 in 21 Jahren über dem Wert von 300.000.

### In Kürze:

Der prognostizierten demographischen Entwicklung und dem damit verbundenen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen kann vor allem entgegengewirkt werden – mit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die darauf zielt, die Geburtenrate und die Erwerbsbeteiligung vor allem der Frauen zu erhöhen, sowie

- mit einer Zuwanderung, die sich an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientiert und zudem in erster Linie auf jüngere Menschen gerichtet ist.

Dagegen wurden seit 1990 nur etwa 17.000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern geschaffen; dies entspricht etwa 25 Prozent aller Wohnungen. Im Gegensatz hierzu liegen die Werte in den Nachbarkreisen bei über 50 Prozent.

## Wohnungsbau in Hamburg

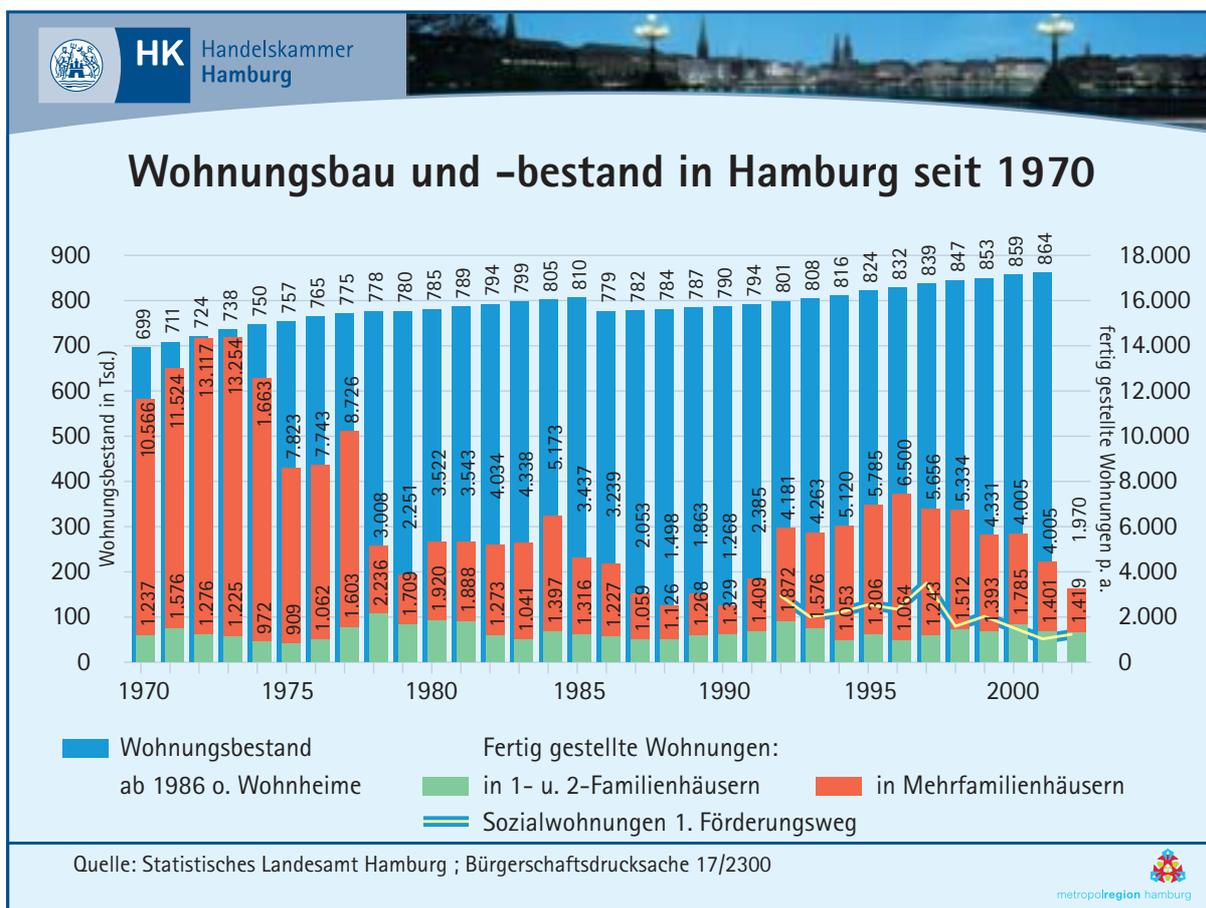
Die Wohnungsbautätigkeit in Hamburg unterliegt starken Schwankungen. Nach einer regen Bautätigkeit in den 1990er Jahren ist die Zahl der fertig gestellten Wohnungen in den Jahren 2001 und 2002 wieder deutlich zurückgegangen. Insgesamt sind seit 1990 84.000 neue Wohnungen geschaffen worden. Davon entfallen knapp 30 Prozent (23.100) auf Sozialwohnungen, die im 1. Förderweg<sup>43)</sup> gefördert wurden.

Unter den frei finanzierten Wohnungen finden eine hohe Akzeptanz

- der Geschosswohnungsbau in der Inneren Stadt,
- Ein- und Zweifamilienhäuser in allen Stadtbereichen, vor allem bei einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis, sowie
- individuelle Bauformen, die der zunehmenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft gerecht werden.

Als problematisch erweist sich dagegen die Vermarktung von Wohnungen im Geschosswohnungsbau außerhalb der Inneren Stadt (mehr als fünf Kilometer von der Innenstadt entfernt).

<sup>43)</sup> Die Berechtigung zum Bezug einer Sozialwohnung im 1. Förderweg ist davon abhängig, dass bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden (Alleinstehende 11.760 Euro, 2 Personenhaushalt 17.077 Euro und jede weitere Person 4.090 Euro).



Als Spiegelbild zur Schwerpunktsetzung im sozialen Wohnungsbau – die noch begleitet wurde durch eine restriktive Politik bei der Aufteilung von Altbauten in Wohnungseigentum – beträgt die Eigentumsquote in Hamburg nur 20 Prozent. Sie liegt damit nicht nur weit unter dem deutschen Durchschnitt – der mit 41 Prozent wiederum zu den niedrigsten im europäischen Vergleich zählt –, sondern auch z. B. unter der Bremens, wo 38 Prozent der Haushalte im Wohnungseigentum leben.

### Wohnflächen: kontinuierlich steigende Nachfrage

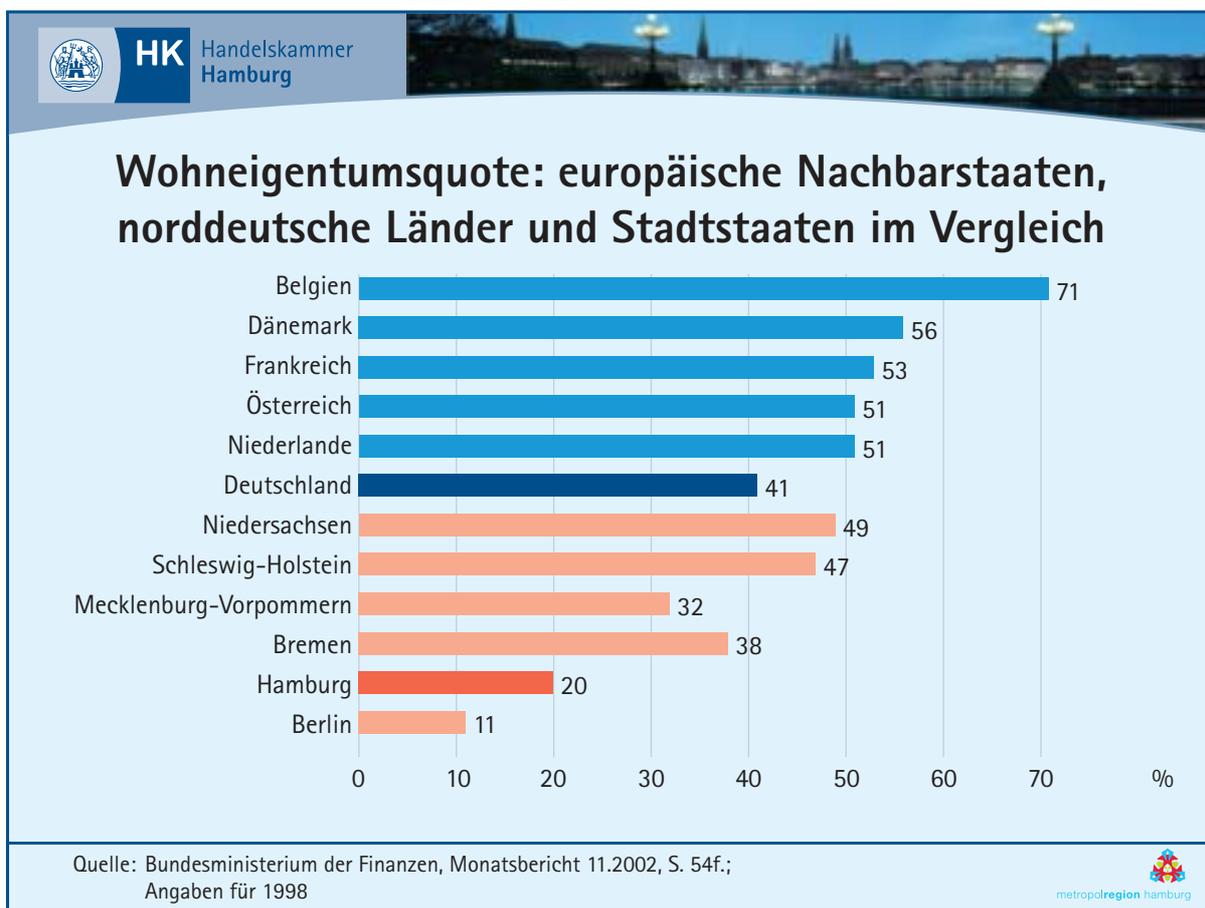
Die durchschnittliche Wohnfläche, die die Hamburger pro Kopf beanspruchen, nahm im Zuge sinkender Haushaltsgrößen und gestiegener Einkommen kontinuierlich zu. Allein in den vergangenen zehn Jahren stieg die Nachfrage um 0,2 m<sup>2</sup> pro Jahr und Einwohner. Sie lag 2001 bei 35,6 m<sup>2</sup>.<sup>44)</sup> Es ist zu erwarten, dass dieser Trend weiter anhält.

<sup>44)</sup> Statistisches Landesamt Hamburg

Berechnung des zusätzlichen Bedarfs an Bauflächen für Wohnungen aufgrund der wachsenden Wohnflächennachfrage bei **gleichbleibender Bevölkerungszahl**<sup>45)</sup>

Zusätzliche Wohnflächennachfrage pro Jahr pro Einwohner	0,2 m <sup>2</sup>
das entspricht einer zusätzlichen Wohnflächennachfrage von jährlich	345.000 m <sup>2</sup>
daraus resultiert eine jährliche Nachfrage nach Wohnungen (Ausnahme: durchschn. Wohnungsgröße: 80 m <sup>2</sup> )	4.310 WE
davon entfallen (Annahme)	
10 Prozent auf Nachverdichtungen und	
90 Prozent auf Neubaugebiete	3.880 WE
davon Einfamilienhäuser (25 Prozent)	970 WE
davon Geschosswohnungen (75 Prozent)	2.910 WE
Daraus resultiert ein jährlicher Bedarf an Bauflächen für Wohnungen:	
für Einfamilienhäuser (24 WE/ha)	40 ha
für Geschosswohnungsbau (105 WE/ha)	28 ha
<b>Jährlicher Bedarf an Bauflächen für Wohnungen bei gleichbleibender Bevölkerung insgesamt</b>	<b>68 ha</b>

<sup>45)</sup> Eigene Berechnungen in Anlehnung an Empirica, 2000: Stadtentwicklung und Demographie, S. 101; Dies., 2001: Wohnbauflächenbereitstellung und Projektentwicklung in Hamburg – Ein Beitrag zur Thematischen Entwicklungsplanung Wohnen, Kurzfassung, S. 13.



Selbst bei einer vorsichtigen Schätzung resultiert daraus bei stagnierender Bevölkerung ein jährlicher Bedarf an 4.300 Wohnungen. Schreibt man das Verhältnis zwischen Einfamilien- und Geschosswohnungsbau der 1990er Jahre fort und unterstellt, dass 10 Prozent des Bedarfs durch Nachverdichtung gestellt werden, ergibt sich ein jährlicher Flächenbedarf von etwa 70 Hektar Wohnbauland. Bei einer wachsenden Bevölkerung fällt dieser Flächenbedarf entsprechend höher aus. Angaben hierzu finden sich in Kapitel E.IV.3.

### **Flächenreserven in wenigen Jahren aufgebraucht**

Im geltenden Flächennutzungsplan aus dem Jahre 1997, in dem die zukünftige städtebauliche Entwicklung Hamburgs geregelt ist, sind derzeit rund 450 Hektar an zukünftigem Wohnbauland gesichert. Hinzu kommen die Entwicklungsflächen der »2. Tranche«<sup>46)</sup>, die von der Senatskommission im Mai 2003 beschlossen worden sind. Davon sind nur zehn Hektar bislang nicht als Wohnbauland im Flächennutzungsplan gesichert. Es ist damit von einer Reserve von 460 Hektar auszugehen, die – nur um die Bevölkerungszahl Hamburgs konstant zu halten – innerhalb von sechs Jahren nahezu vollständig bebaut sein wird.

#### **In Kürze:**

Hamburg wächst seit 1986 durchschnittlich um rund 10.000 Menschen pro Jahr, vor allem durch Fernwanderungen aus Deutschland und dem Ausland. Zugleich verliert Hamburg Einwohner an die Nachbarkreise. Im Wohnungsbau setzte Hamburg den Schwerpunkt im Sozialen Wohnungsbau, dies führte mit zu einer sehr niedrigen Wohnungs-Eigentumsquote. Die im geltenden Flächennutzungsplan ausgewiesenen Wohnbauflächen werden schon bei einer gleichbleibenden Bevölkerungszahl durch den ständig steigenden Wohnflächenbedarf innerhalb von sechs Jahren nahezu vollständig bebaut sein. Handlungsempfehlungen hierzu finden sich in den Kapiteln E.IV. und E.VI.

## **IV. Lebensqualität**

Viele Menschen, gerade die kreativen und hoch qualifizierten, machen die Wahl ihres Wohn- und Arbeitsortes maßgeblich davon abhängig, wie hoch die Lebensqualität ist. Da gerade diese Menschen, vor allem angesichts des demographischen Wandels, zunehmend zu einem Engpassfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt werden, ist die Lebensqualität ein immer wichtiger werdender Standortfaktor.

Neben den materiellen Faktoren der Lebensqualität – Selbständigkeit/Beschäftigung, Wohnungsangebot und Verkehrsinfrastruktur –, die bereits in den vorangegangenen Abschnitten angesprochen wurden, sind immaterielle Faktoren von Bedeutung für eine langfristige Standortwahl. Zu beachten sind vor allem die Aspekte, auf die die Hamburger Politik und Verwaltung maßgeblich Einfluss nehmen können: die Umweltsituation, das Sport-, Freizeit- und Kulturangebot, das Stadtbild, die innere Sicherheit und die Sauberkeit sowie die Qualität der Schulen.

Entscheidend für die »gefühlte« Lebensqualität sind die Wahlmöglichkeiten, die eine Stadt bietet – von den Arbeitsplatz- über die Schul- bis hin zu Freizeitangeboten. Als Millionen-Metropole steht Hamburg schon jetzt relativ gut da. Die einzelnen Faktoren müssen sich aber unter dem Ziel der wachsenden Stadt noch an deutlich höheren Anforderungen messen lassen.

### **Natur in der Stadt:**

#### **Die »Grüne Metropole« am Wasser**

Die Lage am Wasser – mit der Elbe und ihren Nebenflüssen, der Alster und den Kanälen – prägt maßgeblich das Image Hamburgs als einer Stadt mit hoher Lebensqualität.

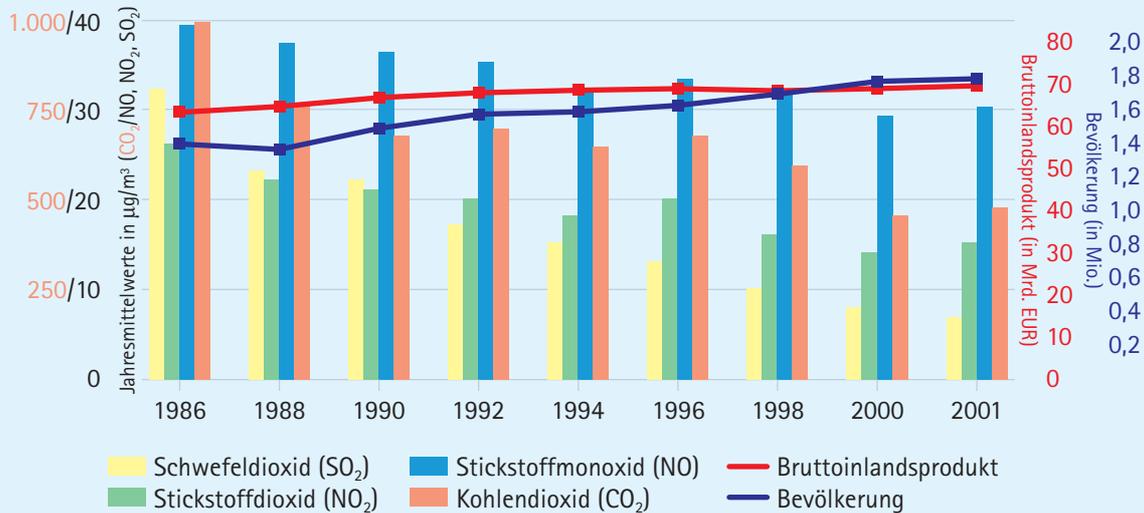
Hamburg ist gekennzeichnet durch zahlreiche Parks und Grünanlagen, die mit rund 3.000 Hektar etwa 18 Mal so groß<sup>47)</sup> sind wie

<sup>46)</sup> Die Entwicklungsflächen der 1. Tranche (Sofortprogramme Wohn- und Gewerbeflächen für die wachsende Stadt) wurden im April 2002 von der Senatskommission für Stadtentwicklung beschlossen und sind in der Flächenreserve bereits enthalten.

<sup>47)</sup> Möller, I., 1999: Hamburg. Stuttgart



## Luftqualität, Wertschöpfung und Bevölkerung in Hamburg – Entwicklung 1986–2001



Quelle: Hamburger Luftmessnetz; Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen

die Außenalster. Hamburg gehört damit zu den am besten mit Grünflächen ausgestatteten deutschen Großstädten und kann sich damit zu Recht als »Grüne Metropole« bezeichnen.

Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass Hamburg mit 2.271 Einwohnern pro Quadratkilometer unter den fünf größten deutschen Städten die geringste Bevölkerungsdichte aufweist.

### Lebensqualität im Metropolenvergleich

	Hamburg <sup>1)</sup>	Berlin <sup>2)</sup>	München <sup>3)</sup>	Köln <sup>3)</sup>	Frankfurt <sup>3)</sup>
Erholungs-, Wald-, ländw. Flächen (ha) je 1.000 einwohner (2001)	17,5	9,2	9,2	18,2	<b>18,3</b>
Bevölkerungsdichte Einwohner je km <sup>2</sup>	<b>2.271</b>	3.793	3.897	2.377	2.603
Jahresmittelwerte der Luftbelastung mit SO <sub>2</sub> in µg/m <sup>3</sup>	5,55	7,11	<b>3,5</b>	6	5
Übernachtungen in Hotels je 1.000 Einwohner (2002)	2.961	3.257	5.717	3.429	<b>6.015</b>
Straftaten je 100.000 Einwohner (2002)	15.589	17.236	<b>9.126</b>	13.670	15.578

rot = günstigster Wert

<sup>1)</sup> Stand der Luftbelastung: 2001, <sup>2)</sup> Stand der Luftbelastung: 1998, <sup>3)</sup> Stand der Luftbelastung: 2002

Quelle: Liegenschaftsämter, Statistische Ämter München, Frankfurt, Statistische Landesämter Hamburg, Berlin, Deutscher Städtetag, Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen, Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Hamburger Luftmessnetz, Landeskriminalamt Hamburg, eigene Berechnungen

## **Umweltsituation – kontinuierliche Verbesserung**

Auch die hohe Umweltqualität trägt in erheblichem Maße zur Lebensqualität Hamburgs bei. Die Qualität des Wassers und der Luft haben sich trotz Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in den vergangenen 15 Jahren kontinuierlich verbessert. Vor allem auf den technischen Fortschritt und seine konsequente Anwendung im Umweltschutz ist dies zurückzuführen. Der Städtevergleich zeigt, dass die Schwefeldioxid(SO<sub>2</sub>)-Belastung der Hamburger Luft heute geringer ist als in Berlin und Köln.

Die Elbe, die bis zur deutschen Wiedervereinigung einer der am stärksten belasteten Flüsse Europas war, ist wesentlich sauberer geworden. Die Wasserqualität ist nach biologischen Kriterien der Güteklasse II-III (kritisch belastet) mit Tendenz zur Güteklasse II zuzurechnen.<sup>48)</sup> Sie hat inzwischen nahezu Badequalität. Verbessert hat sich auch die Wasserqualität der Alster, der Bille sowie der meisten anderen Hamburger Fließgewässer.

## **Kultur und Sport – Erlebnisstadt Hamburg**

Mit einem vielfältigen kulturellen Angebot, das sowohl höchsten Ansprüchen von Kunst- und Kulturliebhabern als auch dem auf Unterhaltung ausgerichteten Publikumsgeschmack gerecht wird, ist Hamburg gut aufgestellt. Hierzu hat in erheblichem Maße die private Kulturförderung beigetragen, die Mäzenatentum, Sponsoring sowie 90 Kulturstiftungen umfasst. Mit drei Staatstheatern sowie einer Vielzahl von privaten Theatern nimmt Hamburg deutschlandweit einen der vorderen Plätze ein. Gleiches gilt für die Konzerthäuser sowie für die Museumslandschaft.

Die öffentliche Kulturförderung ist aber wenig transparent und damit schwer nachvollziehbar. Ein kulturpolitisches Leitbild, in dem Schwerpunkte gesetzt werden und aus dem sich Zielgrößen für finanzielle Förderungen ableiten lassen, fehlt bislang.

<sup>48)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, Umweltbehörde, 2000: Gewässergütebericht Hamburg 1999. Hamburger Umweltberichte 59/2000, S. 13.

Große Sportevents, wie z. B. die HEW-Cyclastics, tragen wesentlich zur Attraktivität Hamburgs bei. Hier hat sich Hamburg in den vergangenen Jahren sehr stark engagiert.

Für Großveranstaltungen bieten sich mit der Color Line-Arena und der AOL-Arena zwei der modernsten deutschen Arenen an. Aktuell lässt jedoch die verkehrliche Anbindung der Arenen, vor allem die ÖPNV-Anbindung, noch zu wünschen übrig, so dass es regelmäßig zu schwierigen Verkehrsverhältnissen in der Umgebung kommt.

Ein wichtiges Indiz für den Erlebniswert und damit die Attraktivität einer Stadt für Besucher und Einwohner ist der Städtetourismus. Mit über fünf Millionen Übernachtungen in Hotels und rund 50 Mio. Tagesgästen im Jahre 2002 ist Hamburg schon heute sehr attraktiv. Hamburg belegt im Städtevergleich hinter Berlin (2002: 11 Mio. Übernachtungen) und München (7 Mio.) Platz 3. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ergibt sich jedoch nur Platz 5. Die sehr positive Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt jedoch, dass Hamburg auf dem richtigen Weg ist, sein Potenzial auszuschöpfen.

## **Stadtbild: Eine Kaufmannsstadt mit überdurchschnittlichen Bauten, aber wenigen architektonischen Highlights**

Die lange Tradition als Kaufmanns- und Hafenstadt lässt sich in Hamburgs Stadtbild ablesen. Die Speicherstadt, die Wohnquartiere und die öffentlichen Bauten der Schumacher-Ära sind bedeutende Zeugnisse einer traditionellen Verwendung des Backsteins. Diese für Hamburg typische Architektur wurde mit der Errichtung des Chile-Hauses gekrönt.

Mit Ausnahme der Bürogebäude der HEW und der Reederei Hamburg Süd sind in den vergangenen Jahrzehnten in Hamburg aber kaum Bauwerke entstanden, die als international bekannte Beiträge zur Weltarchitektur gezählt werden können.

Die qualitativ hochwertige »Alltagsarchitektur« in Hamburg wird seit einigen Jahren vermehrt auch durch Gebäude von internationalen Architekten geprägt. So werden Ansätze zu moderner, innovativer Architektur in Ham-

burg deutlich, beispielsweise in Neumühlen oder am Alsterfleet. Bei aller Qualität muss allerdings festgestellt werden, dass es Hamburg an architektonischen Glanzlichtern fehlt, die als Landmarken das Image der Stadt international prägen, wie z. B. das Opernhaus in Sydney oder das Guggenheim-Museum in Bilbao.

### **Innere Sicherheit: Erste Erfolge sichtbar**

Zur Lebensqualität einer Stadt tragen sowohl die objektive Sicherheit als auch das persönliche Sicherheitsgefühl bei. Als Indikator für die objektive Sicherheit in einer Stadt wird die Anzahl der Straftaten je 100.000 Einwohner – die so genannte Häufigkeitszahl – herangezogen.

Im Jahre 2001 wurden in Hamburg 318.528 Straftaten registriert. Mit der daraus resultierenden Häufigkeitszahl von 18.569 wies Hamburg den ungünstigsten Wert unter den Vergleichsstädten auf, gefolgt von Berlin (16.920) und Frankfurt (15.016). Dank eines breit angelegten Bündels von Maßnahmen sank die Zahl der Straftaten im Jahre 2002 auf etwa 269.100; entsprechend ging die Häufigkeitszahl um knapp 3.000 auf 15.589 zurück. Damit liegt Hamburg im aktuellen Vergleich besser als Berlin (17.236), auf einem ähnlichen Niveau wie Frankfurt (15.578), aber immer noch deutlich schlechter als München (9.126).

### **Sauberkeit: Erhebliche Defizite im öffentlichen Raum**

Bei der Pflege und Reinigung des öffentlichen Raums sowie des öffentlichen Grüns bestehen erhebliche Defizite.

Ein ansprechendes Erscheinungsbild ist nicht nur ein maßgeblicher Faktor bei der Beurteilung des Wohnumfeldes. Sondern auch Unternehmen – vor allem die Tourismuswirtschaft sowie Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe, für die der öffentliche Raum das Entrée bildet – sind darauf angewiesen. Vielerorts übernehmen die Unternehmen daher die Pflege und Reinigung von Straßen und Plätzen. Dies gelingt in der Regel dort, wo sich die Betriebe in Interessengemeinschaften auf Quartiersebene zusammen-

schließen oder dort, wo einzelne Unternehmen in Vorleistung gehen.

### **Schulen: Viel Geld, aber wenig Erfolge**

Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist für die Jugendlichen der Grundstock ihres Berufslebens und zugleich ein unabdingbarer Standortfaktor für die Hamburger Wirtschaft; die Qualität der allgemeinbildenden Schule ist zudem für junge Familien ein entscheidender Faktor bei der Wohnortwahl.

Hamburg gibt mehr Geld pro Schüler aus als alle anderen Bundesländer: Sowohl in der Schüler-Lehrer-Relation als auch bei den Jahresausgaben pro Schüler liegt Hamburg an der Spitze. Einiges spricht aber dafür, dass diesem Mitteleinsatz kein entsprechendes Ergebnis bei der Qualität gegenübersteht.<sup>49)</sup>

Zwar gibt es keinen amtlichen bundesweiten Vergleich, und auch die PISA-Studie lässt keine Rückschlüsse auf die Schulleistungen in Hamburg zu, da sich viele Hamburger Schulen an dieser Untersuchung nicht beteiligten. Die Erfahrungen der Unternehmen deuten jedoch auf erhebliche Defizite an den Hamburger Schulen hin, insbesondere im direkten Vergleich zu Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Dafür spricht auch, dass im vergangenen Jahr erstmals mehr auswärtige als Hamburger Schulabgänger einen Ausbildungsvertrag in der Hansestadt erhalten haben.

#### **In Kürze:**

Die Lebensqualität Hamburgs beruht vor allem auf seiner Lage am Wasser, einer hohen Umweltqualität, dem vielfältigen kulturellen Angebot und einer Vielzahl bedeutender Sport- und Freizeitevents. Verbessert werden müssen die innere Sicherheit, die Sauberkeit und die Qualität der Hamburger Schulen. Ebenso fehlt es an architektonischen Highlights. Handlungsempfehlungen hierzu finden sich in den Kapiteln E.V und E.VI.

<sup>49)</sup> Näheres hierzu in: Handelskammer Hamburg, Hrsg., 2001: Hamburgs Schulen auf Leistungskurs bringen. Schüler auf das Berufsleben vorbereiten. S. 18ff

## D. Leitbild des Senats: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt

### I. Beschreibung der Senatsvorstellungen

Der Erste Bürgermeister, Ole von Beust, hatte bereits in seiner Regierungserklärung am 14. November 2001 die Vision formuliert, Hamburg zu einer wachsenden Metropole zu entwickeln. Am 11. Juli 2002 hat der Senat mit dem Leitbild: »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« seine Vision konkretisiert. In dem Leitbild werden nach einer Analyse der Ausgangslage die Ziele und die Wachstumsstrategie dargestellt. Weiter hat der Senat 83 Arbeitsaufträge an die Behörden vergeben. Am 22. Juli 2003 wurde die Fortschreibung des Leitbildes veröffentlicht. Darin werden erneut die Rahmenbedingungen und die Ziele dargestellt. Schwerpunktmäßig wird jedoch Bericht erstattet über die bisherige Umsetzung der 83 Arbeitsaufträge; weitere 16 Arbeitsaufträge werden vergeben.

Zu den für Hamburg bedeutenden Rahmenbedingungen zählt nach Ansicht des Senats zunächst einmal die demographische Entwicklung in Deutschland und in Hamburg. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auch auf die 9. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung, die für Deutschland eine schrumpfende Bevölkerung prognostiziert. Weiter werden auch die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sowie die internationale Stellung Hamburgs näher beleuchtet. Auch wenn Städterankings aus der Sicht des Senats durchaus kritisch zu hinterfragen sind, weist er darauf hin, dass Hamburg bei einer Zuordnung der Weltstädte in vier Kategorien in der Regel nur in der vierten Kategorie rangiert. Keine der 100 größten Dienstleistungsfirmen der Welt hat ihren Sitz im Hamburg. In der gleichen Kategorie wie Hamburg befinden sich z. B. auch Düsseldorf, Berlin, München, Warschau und Wien. Um im internationalen Wettbewerb der Regionen um Einwohner und Unternehmen zu bestehen und sich national zu einer »Wachstumsinsel« zu entwickeln, setzt der Senat auf die Optimierung der Standortfaktoren. Er belegt, dass Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zu Mehreinnahmen je zusätzlichem Einwohner führen werden. Aufgrund der ange-

spannten Haushaltslage lehnt er jedoch derzeit eine Ausweitung des Ausgabenvolumens ab und empfiehlt, neue Projekte über Umschichtungen und Einsparungen zu finanzieren.

Mit dem neuen Wachstumskurs verfolgt der Senat vorrangig das Ziel, Hamburgs Metropolfunktion auszubauen, sowohl national, bezogen auf das Umland und seine Rolle für Deutschland, als auch international im Ranking der Weltstädte. Im internationalen Wettbewerb soll verstärkt auch mit der Metropolregion geworben werden. Angestrebt wird ein nachhaltiger, ressourcenschonender Wachstumskurs. Zu den weiteren Zielsetzungen zählen:

- Überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums,
- Erhöhung der Einwohnerzahl,
- Sicherung der Lebensqualität und der Zukunftsfähigkeit der Stadt.

Diese Ziele sollen durch ein Bündel von Maßnahmen erreicht werden. Diese werden zu folgenden Schwerpunkten zusammengefasst:

#### 1. Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen, Verbesserung des Flächenmanagements und Förderung des Wohnangebots

Für die Wachsende Stadt sollen weitere Wohn- und Gewerbeflächen ausgewiesen werden. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch die Innenentwicklung, die Nachverdichtung und damit die Nutzung von Konversions- und Kleingartenflächen. Im Zuge der weiteren Flächenbereitstellung soll auch die Vermarktung der Flächen optimiert werden. Hierzu zählen z. B. das Angebot an neuen Dienstleistungen zur Grundstücks- und Wohnungsvermarktung sowie die Straffung der städtischen Immobilienaktivitäten. Mit dem Sprung über die Elbe nach Wilhelmsburg und Harburg soll insbesondere der Süden der Hansestadt attraktiviert werden.

## **2. Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums**

Die Wachstumspotenziale der Hamburger Wirtschaft sollen durch eine Konzentration auf besonders dynamische Wirtschaftskluster erschlossen werden. Hierzu zählen LifeSciences, IT und Medien, die Luftfahrtindustrie, Hafen und Logistik, China sowie Regenerative Energien. Auch die Ostseekooperation soll intensiviert werden. Durch die Vereinfachung des bestehenden Wirtschaftsförderungsinstrumentariums soll der Mittelstand gezielt gefördert werden. Als zentraler Ansprechpartner für kleine und mittlere Unternehmen wurde bereits bei der HWF die Position eines Mittelstandlotsen geschaffen. Zur Neukonzeption der Arbeitsmarktpolitik ist beabsichtigt, die Ansiedlung neuer Betriebe zu unterstützen, die Anstrengungen bei der Vermittlung Arbeitsloser zu erhöhen und verstärkt Zuwanderer in den Hamburger Arbeitsmarkt zu integrieren.

## **3. Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes und des Know-how-Transfers**

Zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes wurde bereits eine erste Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes beschlossen. Weitere Maßnahmen zur Neugestaltung der Hochschullandschaft sind die Einführung des Bachelor- und Masterstudien-systems und die Erhebung von Studiengebühren. Zur Verbesserung des Innovationstransfers wurde die »Hamburg Innovation GmbH« gegründet. Die Qualität der Hamburger Schulen soll z. B. durch den Ausbau des Angebots an Ganztagschulen und eine intensive Sprachförderung für Grundschüler erhöht werden. Auch eine Marketingkampagne für Hamburger Schulen ist geplant.

## **4. Steigerung der internationalen Attraktivität**

Zur Steigerung des internationalen Flairs beabsichtigt der Senat, sich verstärkt um internationale Großveranstaltungen in Sport und Kultur zu bemühen. Die Zentren sollen gestärkt werden. Große Bedeutung für die Innenstadt haben in diesem Zusammenhang

die HafenCity, die Europapassage, die Gestaltung von Domplatz und Jungfernstieg. Der Ausbau des Messe- und Kongressstandortes Hamburg und die Weiterentwicklung Hamburgs als Kulturmetropole sind geplant. Im Fokus stehen auch die Bündelung der Hamburger Marketing-Aktivitäten unter einem Dach und die Erarbeitung einer internationalen Marketingstrategie. Darüber hinaus beabsichtigt der Senat, die öffentliche Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt zu erhöhen.

## **5. Stärkung der Metropolregion Hamburg**

Die Entwicklung Hamburgs soll nicht gegen, sondern gemeinsam mit der Region erfolgen. Der Senat beabsichtigt daher, die Organisationsstruktur der Metropolregion Hamburg den Anforderungen einer wachsenden Stadt anzupassen und gemeinsam mit den Nachbarländern ein Norddeutsches Strukturkonzept zu entwickeln. Darüber hinaus ist geplant, die Zusammenarbeit mit den Metropolen Berlin und Kopenhagen/Malmö zu intensivieren.

## **6. Familienförderung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien**

Zur Förderung der Familien beabsichtigt der Senat, Familienpolitik als Querschnittsfunktion in allen relevanten Politikbereichen der Stadt zu verankern. Weiter sollen mit der Einführung eines Familienpasses Hamburger Familien Vergünstigungen bei kulturellen und sportlichen Veranstaltungen erhalten. Weiter beabsichtigt der Senat, das Kinderbetreuungsangebot stärker an die Bedürfnisse des Familien anzupassen. Zur Schaffung familienfreundlicher Arbeitsstrukturen soll verstärkt in den Dialog mit Hamburger Unternehmen getreten werden, erste Veranstaltungen wurden bereits durchgeführt. Um die »Stadtflucht« von Familien mit Kindern zu reduzieren, ist angedacht, Wohngebiete und Kleingärten stärker miteinander zu verzahnen.

## **7. Zukunftsfähigkeit und Wachsende Stadt**

Um die Zukunftsfähigkeit Hamburgs zu erhalten, strebt der Senat eine wachsende Stadt mit einem möglichst geringen zusätzli-

chen Ressourcenverbrauch an. Vor diesem Hintergrund sollen verstärkt altlastenverdächtige Flächen recycelt und attraktive Landschaftsräume erhalten werden. Auch die »urbane Landwirtschaft« soll weiter entwickelt werden.

## **8. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Mobilitätsmanagements**

Im Rahmen des Ausbaus der Verkehrstelematik beabsichtigt der Senat z. B., die Ampelschaltungen zu optimieren, die Verkehrsbeobachtung durch Kameras auszuweiten und die Verkehrsinformationsdienste auszubauen. Die Verkehrsinfrastruktur innerhalb der Metropolregion soll durch den weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Straßennetzes verbessert werden. Durch einen Ausbau der Autobahnen und des Schienennetzes der DB AG soll die Erreichbarkeit der Kernstadt der Metropolregion optimiert werden.

Die Umsetzung der Wachstumsstrategie wird von einer Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen begleitet. So wurde z. B. am 12. Juni 2003 die Aufbruchveranstaltung »Vision Tour« durchgeführt, an der 500 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Kultur teilnahmen. Spitzenvertreter aus den genannten Bereichen tagten am 3. Juli 2003 im Rahmen des Forums »Wachsende Stadt«. Eine öffentliche Diskussion zum neuen Leitbild im Internet fand ebenfalls bereits statt.

Um kurzfristig und flexibel Investitionsmittel für Projekte bereitzustellen, die unmittelbar dazu beitragen, Entwicklungen im Rahmen des Leitbildes der wachsenden Stadt zu beschleunigen, ist ein »Innovationsfonds Wachsende Stadt« eingerichtet worden. Die Umsetzung der Arbeitsaufträge begleitet eine behördenübergreifende Task-Force »Wachsende Stadt«. Sie war auch maßgeblich an der Fortschreibung des Leitbildes beteiligt.

Aus der Fortschreibung geht hervor, dass von den 83 Arbeitsaufträgen bislang 35 Aufträge vollständig und 30 zum Teil erfüllt werden konnten. Bei den 16 neuen Arbeitsaufträgen handelt es sich in einigen Fällen um Ergänzungen zu bereits erteilten Aufträgen. Dabei

können die neuen Arbeitsaufträge überwiegend dem Handlungsfeld Bevölkerung zugeordnet werden. Hierzu zählen z. B. Vorschläge zur Familienförderung und zur Förderung älterer Menschen.

Wurden im Leitbild Schlüsselprojekte wie die Entwicklung der HafenCity, der Brückenschlag nach Süden, die Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 2012 und um die internationale Gartenbauausstellung nur kurz erwähnt, werden in der Fortschreibung neben dem »Brückenschlag nach Süden« konkrete Leitprojekte genannt. Hierzu zählen die »Sportstadt Hamburg«, das »Welcome-Center Hamburg« und die »Kulturmetropole Hamburg«. Diese sind im Rahmen des Forums »Wachsende Stadt« entwickelt worden. Eine Konkretisierung der Leitprojekte ist geplant.

Weiter plant der Senat, jährlich über die Umsetzung der Arbeitsaufträge Bericht zu erstatten. Der nächste Bericht wird voraussichtlich im Sommer 2004 veröffentlicht werden.

## **II. Würdigung**

Aus der Sicht unserer Handelskammer sind die Zielsetzungen des Senats ebenso wie seine Handlungsschwerpunkte zu begrüßen und zu unterstützen. Allerdings fehlt den Zielen des Senats noch eine Konkretisierung in Form von Zahlen (z. B. Wachstumsraten von Bevölkerung und Wertschöpfung). Ebenso unterbleibt die Angabe von Zeiträumen, wann bestimmte Ziele erreicht werden sollen. Insofern kann nur sehr schwer überprüft werden, inwieweit diese Ziele erreicht worden sind und ob weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Erste Anhaltspunkte bezüglich der inzwischen durchgeführten Maßnahmen können zwar der Fortschreibung des Leitbildes entnommen werden, gleichwohl sind für den Wachstumskurs unserer Stadt konkrete Entwicklungsziele unbedingt erforderlich, um ihn nicht der Beliebigkeit preiszugeben.

Kritisch anzumerken ist, dass der Senat keine Aussagen zur erforderlichen Reform der öffentlichen Verwaltung macht. Wie leistungsfähig die Hamburger Verwaltung sein kann,

hat die Olympia-Bewerbung gezeigt. Wie leistungsfähig sie im Alltag ist, hat bei vielen Unternehmen und Investoren zu dem Eindruck geführt, dass sich die Wachstumsziele des Senats noch nicht flächendeckend in den Behörden herumgesprochen haben. Ohne strukturelle Reformen wird es aber nicht zu einer nachhaltigen Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsprozesse kommen. Was in Europa richtig ist – Reform vor Erweiterung – sollte auch in Hamburg praktiziert werden.

Positiv ist anzumerken, dass in der Fortschreibung des Leitbildes »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« nunmehr einige Leitprojekte vorgeschlagen werden. Es handelt sich dabei um den »Sprung über die Elbe«, die »Sportstadt Hamburg«, »Welcome to Hamburg« und die Stärkung der Kulturmetropole Hamburg. Um jedoch die konkrete Umsetzung der Leitprojekte für die Bürger und die Wirtschaft nachvollziehbar zu machen, sind Meilensteine zu definieren, wie dies bei allen in Kapitel E vorgeschlagenen Projekten geschieht. Ohne solche Teilschritte ist es nur schwer, die Realisierung der Leitprojekte zu verfolgen.

## E. Konzept der Handelskammer

### I. Ziele

Mit dem Leitbild »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt« beschreibt der Senat einen anzustrebenden Prozess, setzt aber kein kraftvolles, langfristiges Ziel. Hamburg muss aber der Gefahr begegnen, durch kleine Erfolge schnell wieder in Selbstgefälligkeit zu fallen, also der Beschreibung von Alt-Kanzler Schmidt als »schlafende Schöne« zu entsprechen. Nur einige Jahre das höchste Wirtschaftswachstum oder den größten Bevölkerungszuwachs zu haben, reicht nicht. Hamburg muss sich als Ziel setzen, durch nachhaltige Entwicklungen in allen relevanten Dimensionen und bei seinen internen Verwaltungsprozessen zur »Metropole der Dynamik« zu werden.

Die drei Dimensionen Bevölkerung, Wertschöpfung und Lebensqualität stehen dabei sowohl in komplementärer als auch in konkurrierender Beziehung zueinander (vgl. Seite 12). Die Ent-

wicklungsziele der wachsenden Stadt müssen daher ebenso wie die daraus abgeleiteten Handlungsfelder (vgl. Kapitel E) so formuliert werden, dass bei der Konkurrenz um die Faktoren Boden und Kapital allen drei Dimensionen im Sinne des Wachstumsziels angemessen Geltung verschafft wird.

#### 1. Wachstumsfördernde Strukturen in Politik und Verwaltung

Die Europäische Union hat vernünftigerweise vor, vor der anstehenden Erweiterung grundlegende Strukturreformen durchzuführen. Analog muss Hamburg seine eigene Verwaltung reformieren, um die Wege zum Wachstum frei zu machen.

Die Ziele in diesem Bereich sind:

- Die finanzielle Absicherung einer nachhaltigen Wachstumsstrategie im Landeshaushalt



- Eine klare Kompetenzregelung bei Verwaltungsprozessen
- Die Schaffung der effizientesten Verwaltungseinheiten unter den deutschen Metropolen
- Das Ausloben von wirksamen Anreizen für eine Wachstumsstrategie in den Bezirken.

## 2. Wertschöpfung

Hamburg sollte ein Wirtschaftswachstum anstreben, das dauerhaft oberhalb des Wachstumstrends der Bundesrepublik Deutschland liegt. Ein deutlicher Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundestrend ist allein deshalb notwendig, um den mit dem Bevölkerungswachstum einhergehenden Zustrom von Erwerbspersonen mit Arbeitsplätzen zu versorgen, bzw. diesen Zustrom überhaupt anzuregen.

Um nennenswerte Beschäftigungseffekte zu erzielen, muss das jährliche Wirtschaftswachstum über 2 Prozent liegen. Hamburg will jedoch stärker wachsen als der Bund. Deshalb ist ein um 0,8 Prozentpunkte höheres Wirtschaftswachstum Hamburgs gegenüber dem bundesdurchschnittlichen Wachstumstrend erforderlich. Dieses Ziel läge doppelt so hoch wie der durchschnittliche Wert in der vergangenen Dekade – der ohne explizite Wachstumsstrategie erreicht wurde. Nebenbedingung ist, dass das Wirtschaftswachstum höher als das Bevölkerungswachstum ausfällt, damit das Pro-Kopf-Einkommen steigt. Zugleich muss das Pro-Kopf-Einkommen der Hamburger mindestens in gleichem Maße wachsen wie das der Deutschen insgesamt.

Weiter gilt es, die Zentralität der Metropole Hamburg zu stärken, um ihre Attraktivität für überregional und international agierende Unternehmen sowie für unternehmensnahe Dienstleistungen zu stärken. Eine Schlüsselstellung für die Wachsende Stadt kommt einer starken industriellen Basis zu, die es zu sichern und auszubauen gilt. Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung sollte dauerhaft über 20 Prozent liegen.

Auch die Erwerbstätigenzahl muss sich in einer wachsenden Stadt erhöhen. Ziel ist eine jährliche Erhöhung der Erwerbstätigenzahl um 10.000 Personen. Das entspricht, bezogen auf die aktuelle Erwerbstätigenzahl, einem Zuwachs von etwa einem Prozent und liegt um 2.000 Personen höher als der Durchschnittswert der letzten fünf Jahre.

## 3. Bevölkerung

Mit der Strategie der »Wachsenden Stadt« sollte das durchschnittliche Wachstum in der letzten Dekade – das bei 10.000 Menschen p.a. lag – deutlich übertroffen werden. Hamburg sollte für die laufende Dekade ein jährliches Bevölkerungswachstum von durchschnittlich mindestens 13.000 Einwohner anstreben. Das entspricht, bezogen auf die aktuelle Einwohnerzahl, einem Zuwachs von etwa 0,75 Prozent. Dabei sollten vor allem Haushalte mit durchschnittlichem und überdurchschnittlichem Einkommen für Hamburg gewonnen werden.

Dieses Wachstumsziel kann erreicht werden durch

- eine mittel- bis langfristige Erhöhung der Geburtenrate, die spätestens ab 2010 zu den höchsten unter den deutschen Bundesländern zählen sollte (derzeit Platz 13),
- eine verstärkte Zuwanderung aus dem In- und Ausland, die sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes orientiert, und
- eine Verringerung der Abwanderung in die Hamburger Nachbargemeinden um jährlich 5 Prozent.

## 4. Lebensqualität

Die Steigerung der Lebensqualität kann nur anhand einer Reihe von Indikatoren gemessen werden, die aber die Vielfältigkeit dieser Wachstumsdimension nicht komplett abbilden können. Es sollten in diesem Zusammenhang zumindest folgende Ziele verfolgt werden:

Bis 2010 strebt Hamburg an,

- das nachweisbar leistungsstärkste Schulsystem in Norddeutschland zu haben,
- die Kinderbetreuung für berufstätige Eltern flächendeckend sicherzustellen,
- im Städtetourismus zu München aufzuschließen (in absoluten Zahlen),
- das Stadtbild durch internationale Architektur zu bereichern und
- die Zahl der Straftaten jährlich um mindestens 5 Prozent zu senken.

Die so formulierten Ziele in allen drei Dimensionen der wachsenden Stadt sind ehrgeizig, bei ernsthafter Umsetzung der Wachstumsstrategie aber erreichbar. Dies erfordert jedoch eine konsequente Verfolgung der neuen Hamburger Wachstumspolitik, und zwar neben Maßnahmen in den Dimensionen der wachsenden Stadt (Wertschöpfung, Bevölkerung, Lebensqualität) auch und besonders eine Neuausrichtung des Verwaltungshandelns in Hamburg.

## II. Wachstumsfördernde Strukturen in Politik und Verwaltung

Mit umfassenden strukturellen Reformen müssen Politik und Verwaltung den besonderen Herausforderungen begegnen, die mit dem Ziel verbunden sind, Hamburg zu einer dynamischen, wachsenden Stadt zu machen. Bürokratie ist für das Funktionieren unseres Gemeinwesens erforderlich, aber auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken. Die Verwaltung muss sich noch stärker an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen ausrichten, Abläufe müssen effizienter organisiert werden.

Besonders geht es darum, den Hamburger Haushalt stärker auf Investitionen auszurichten, die Behördenstruktur weiter zu verschlanken, das Marketing für den Standort Hamburg besser zu koordinieren und mit einem neuen Flächennutzungsplan zusätzliche Flächen für Wohnen und Gewerbe auszuweisen. Mit einer grundlegenden Reform der Bezirksverfassung müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich die Hamburger Bezirke auch als Wettbewerber zu den Städten im Umland verstehen



und sich gegenüber den Kommunen der Metropolregion als Konkurrenten um attraktive Wohn- und Gewerbegebiete behaupten.

Um Investitionen zu erleichtern, gilt es, die Bebauungsplanverfahren zu beschleunigen sowie Gesetze und Verordnungen, die Investitionen verhindern, aufzuheben oder grundlegend zu modifizieren. Damit sich die Metropolregion Hamburg auch in Zukunft im intensiver werdenden europäischen Wettbewerb behaupten kann, muss zudem die Kooperation innerhalb der Region verstärkt werden.

### 1. Den Hamburger Haushalt auf Wachstumskurs bringen

Für eine wachsende Stadt sind mehr öffentliche Investitionen erforderlich; hierzu muss die Investitionsquote (Kapitel C.I.1) im Laufe der kommenden 10 Jahre um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte jährlich gesteigert werden. Der dafür notwendige finanzielle Spielraum kann – auch ohne eine Ausweitung des Haushaltsvolumens – vor allem gewonnen werden, indem

- sich der Staat auf Kernaufgaben konzentriert,
- öffentliche Unternehmen, die für die Infrastruktur oder die langfristige Sicherung des Wirtschaftsstandorts Hamburg nicht zwingend erforderlich sind, veräußert und
- staatliche Aufgaben so weit wie möglich privatisiert werden.

So können Sachausgaben – besonders durch eine Begrenzung der staatlichen Leistungen – und Personalkosten nachhaltig reduziert werden.

### 2. Reform der Behördenstruktur

Die Reform der Behördenstruktur, die der Senat in Angriff genommen hat – insbesondere die Zusammenlegung von Ämtern und die Verwaltungskooperation mit Schleswig-Holstein – sollten konsequent fortgesetzt werden.

Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode sollte die derzeitige Struktur der Fachbehörden

**HK** Handelskammer Hamburg

## Hamburg im Wettbewerb

Hamburg im Wettbewerb mit anderen Kommunen der Metropolregion positionieren:	Metropolregion Hamburg im Wettbewerb mit anderen Metropolregionen positionieren:
<ul style="list-style-type: none"><li>• attraktive Wohngebiete schaffen</li><li>• attraktive Gewerbegebiete schaffen für Unternehmen, die einen Standort in der Metropolregion suchen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• europaweit oder deutschlandweit agierende Unternehmen gewinnen</li><li>• überregionale Verkehrsinfrastruktur ausbauen</li></ul>
<p>↓</p> <p>Gestaltungsspielraum der Bezirke stärken</p>	<p>↓</p> <p>Gestaltungsspielraum von Bürgerschaft und Senat stärken</p>

metropolregion hamburg

den beibehalten werden. Danach sollte die Neustrukturierung jedoch fortgesetzt werden, um die Anzahl der Fachbehörden von 10 auf 7 in der Endstufe zu verringern. Im Einzelnen sind weitere Reformen erforderlich.<sup>50)</sup>

- Die Behörde für Bau und Verkehr sollte zu einer **Infrastrukturbehörde** weiterentwickelt werden, die zusätzlich für die Hafen- und Flughafeninfrastruktur zuständig ist. Um alle Planungsaufgaben hier zu bündeln, sollten außerdem der Naturschutz und die Landschaftspflege in die Infrastrukturbehörde integriert werden.
- Der **Behörde für Wirtschaft und Arbeit** sollten die Berufliche Aus- und Weiterbildung sowie die Ämter für Umweltschutz und für Immissionsschutz und Betriebe zugeordnet werden, die wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftspolitik sind. Außerdem sollte die Behörde für Wirtschaft und Arbeit auch die Zuständigkeit für die öffentlichen Unternehmen (soweit sie nicht privatisiert werden) erhalten.
- Die verbleibenden Zuständigkeiten der bisherigen Behörde für Bildung und Sport sowie der Behörde für Wissenschaft und Forschung sind in einer neuen **Behörde für Bildung und Wissenschaft** zusammenzufassen. Sie sollten in der Endstufe durch die Zuordnung der Kulturbehörde in eine Behörde für Bildung, Wissenschaft und Kultur weiterentwickelt werden.
- Die **Behördenabstimmung** in Sachfragen, an denen mehrere Fachbehörden und Bezirksämter beteiligt sind, ist zu straffen. Die jeweils federführende Behörde muss künftig einen klar definierten und möglichst knapp zu bemessenen Zeitrahmen zur Stellungnahme für die betroffenen übrigen Behörden vorgeben, um Entscheidungen zu beschleunigen. Zu Abstimmungsgesprächen sind Vertreter mit möglichst weitgehender Entscheidungsbefugnis zu entsenden.

<sup>50)</sup> Handelskammer Hamburg, 2001: Hamburgs Zukunft unternehmen. Forderungen an die Bürgerschaft und den Senat 2001 – 2005, S. 28/29 – In dem Positionspapier finden sich auch weitergehende Forderungen zur Reform der Behördenstruktur.

### 3. Hamburg Marketing GmbH

Mit der Gründung einer »Hamburg Marketing GmbH« wird das Marketing der Stadt in folgenden Aufgabenbereichen neu aufgestellt:

- Entwicklung einer Dachmarke für Hamburg,
- Start einer nationalen und internationalen Standortmarketingkampagne,
- Koordination der bestehenden Marketingaktivitäten Hamburgs,
- Kommunikative Begleitung von Leitprojekten der Wachsenden Stadt,
- Event-Scouting für große internationale Veranstaltungen,
- Verknüpfung mit dem Marketing für die Metropolregion.

Ziel wird es sein, den Anspruch Hamburgs als europäische Metropole zu formulieren, die Kommunikation zu bündeln und deutlich wahrnehmbarer als bisher aufzutreten. Die Dachmarke soll Identifikation nach innen schaffen und Strahlkraft nach außen entfalten. Sowohl national als auch international ist die Erkennbarkeit und Unverwechselbarkeit eines Standorts ein wichtiges Kriterium für Menschen, die dort wohnen, arbeiten, Unternehmen gründen oder Freizeit verbringen wollen. Das Image einer Stadt lebt von den tatsächlichen Werten. Das Marketing kommuniziert sie und fügt somit Fakten und Meinungen zusammen. Die Olympiabewerbung hat gezeigt, wie sich in Hamburg dynamische Prozesse in Gang setzen lassen. Bei den Fakten (allein die Vielzahl genehmigter Sportveranstaltungen, die früher undenkbar gewesen wären) als auch bei den Meinungen (alle waren sicher, die beste Stadt für Olympia zu sein) hat sich vieles zum Positiven verändert.

Für eine erfolgreiche Arbeit der Hamburg Marketing GmbH wird es darauf ankommen, klare Ziele zu definieren und diese messbar zu machen. Dies gilt insbesondere für alle Ergebnisse, die die Gesellschaft verantwortet. Standortmarketing mit nationalen und inter-

nationalen Kampagnen bedarf vorher vereinbarter Erfolgsmaßstäbe. Auch für Leitprojekte wird es Zeitpläne und Projektverantwortlichkeiten geben müssen. Für die Arbeit der Unternehmen mit städtischem Einfluss oder öffentlichen Zuwendungen ist ein inhaltlich überzeugendes Rahmenmarketing notwendig, zudem müssen verbindliche Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. Der Prozess der Entscheidungsfindungen sollte so stattfinden, dass er Beteiligung ermöglicht, aber Entscheidungen nicht behindert. Dieses Kooperations-Angebot muss auch grundsätzlich offen sein für Hamburger Unternehmen, die national und international auftreten. Hamburgs Identität kann nur dann echt abgebildet werden, wenn sich Hamburg in seinen verschiedenen Facetten widerspiegelt, wenn sich unterschiedliche Interessen in einen solchen Prozess einbringen können. Schließlich muss – neben der Kompetenz, einen so umfangreichen Prozess erfolgreich zu führen und zu moderieren – eine administrative inhaltliche Kompetenz hinzukommen, die es ermöglicht, Leitprojekten, Events, Sportveranstaltungen und Kampagnen auch zum Erfolg zu verhelfen.

#### 4. Zukunftsorientierung kommunizieren – das Zukunftsforum Hamburg

Um wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen nicht nur in einer Fachöffentlichkeit zu diskutieren, ist ein »Zukunftsforum Hamburg« zu schaffen.

Im »Zukunftsforum Hamburg« sollten Staat, Wirtschaft und Wissenschaft regelmäßig aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen diskutieren, deren Ergebnisse offensiv nach außen kommuniziert werden, um überregionale und internationale Kompetenz und Zukunftsorientierung zu signalisieren.

Als Träger des Hamburg Forums bietet sich unsere Handelskammer an.

##### Position:

- Hamburg braucht mehr öffentliche Investitionen. Hierzu muss die Investi-

tionsquote von derzeit 10,5 Prozent stetig erhöht werden.

- Die Reform der Behördenstruktur muss konsequent fortgesetzt werden. Insbesondere ist die Zahl der Fachbehörden von 10 auf 7 in der Endstufe zu verringern.
- Mit der Gründung einer Hamburg Marketing GmbH sind das Stadtmarketing neu aufzustellen und kommunikative Aufgaben im Kontext der Wachsenden Stadt wahrzunehmen.
- Das Hamburg Marketing braucht eine Dachmarke. Diese Dachmarke muss auch Identifikation nach innen und Strahlkraft nach außen entfalten. Sie sollte von allen Unternehmen, die im Marketing aktiv sind, allen voran den öffentlichen, kommuniziert werden.
- Ein neu einzurichtendes »Zukunftsforum Hamburg« soll überregional und internationale Kompetenz und Zukunftsorientierung signalisieren.

#### 5. Neuer Flächennutzungsplan für die Wachsende Stadt

Ausgehend von dem Ziel einer dynamischen, wachsenden Stadt benötigt Hamburg jetzt einen neuen Flächennutzungsplan. Da die Aufstellung erfahrungsgemäß mehrere Jahre in Anspruch nimmt, muss mit den Vorbereitungen unverzüglich begonnen werden. Angestrebt werden sollte die Verabschiedung des neuen Flächennutzungsplans im Jahre 2007.

Allein mit der Änderung des gültigen Flächennutzungsplans können die Voraussetzungen für eine wachsende Stadt und eine koordinierte Stadtentwicklungspolitik nicht geschaffen werden.

Ein neuer Flächennutzungsplan muss mindestens 10 Prozent mehr Flächen für Wohn-, Gewerbe- und Mischgebiete ausweisen als der Flächennutzungsplan von 1973. Insgesamt sollte er hierfür rd. 33.000 Hektar bereit halten.

Der Flächennutzungsplan muss daher insbesondere neue Festsetzungen treffen für

- die Konversionsflächen, vor allem die Flächen von Bundeswehr, Bahn, Post, Telekom sowie der Krankenhäuser,
- die Hafensflächen, die in Zukunft für eine unmittelbare Hafennutzung nicht mehr benötigt werden, sowie
- einen Teil der Grünflächen (einschließlich der Kleingartenflächen) sowie der Flächen für die Landwirtschaft.

Darüber hinaus muss ein neuer Flächennutzungsplan neue Festsetzungen für diejenigen Areale treffen, deren Entwicklungspotenziale noch nicht ausgeschöpft sind. Dies sind insbesondere

- Flächen, für die Baustufenpläne gelten (vgl. Kapitel C.I.), und
- nicht oder nur unter größten Schwierigkeiten aktivierbare Gewerbeflächen.

Gewerbeflächen, die zwar in der Statistik der Behörde für Bau und Verkehr als Reserve geführt werden, aber nicht oder kaum aktivierbar sind, müssen daraufhin untersucht werden, was ihre Vermarktung bisher verhindert hat. Darauf aufbauend müssen die Flächen – etwa durch Altlastensanierung oder die Herstellung einer besseren Erschließung – marktfähig gemacht werden. Sofern eine gewerbliche Nutzung dennoch nicht in Betracht kommen sollte, sind diese Flächen als Wohngebiete auszuweisen. Grundsätzlich sollte der neue Flächennutzungsplan nur noch solche Areale als Gewerbeflächen auszuweisen, die auch als solche genutzt werden können.

### **Freiflächen neu strukturieren**

Neben den zu bebauenden Flächen müssen in allen Stadtteilen unverzichtbare Freiflächen gesichert werden, um ein hohes Maß an Lebensqualität zu erhalten. Dabei sollten für die bisherigen »grünen« Flächen<sup>51)</sup> im neuen Flächennutzungsplan die folgenden Gebietskategorien verwendet werden:

- Grün- und Erholungsflächen mit hoher Bedeutung für die Lebensqualität Hamburgs,
- Dispositionsflächen, über deren spätere Nutzung keine Festsetzung getroffen wird, und
- (wie bisher) Flächen für die Landwirtschaft, naturbestimmte und Wasserflächen sowie Grünflächen.

Als Grün- und Erholungsflächen werden solche Flächen definiert, die – insbesondere wegen ihrer Nähe zu Wohnbaugebieten – eine hohe Bedeutung als Naherholungsraum besitzen oder über eine hohe landschaftliche Qualität verfügen (vgl. Kapitel C.IV).

Als Dispositionsflächen sollten Areale ausgewiesen werden, die zwar kurz- und mittelfristig nicht bebaut werden sollten, aber langfristig als Stadterweiterungsgebiet in Betracht kommen. Mit der Einführung dieser Kategorie wird verhindert, dass die Diskussion über den Flächennutzungsplan mit Fragestellungen überfrachtet wird, die erst viele Jahre später aktuell werden. Die Aufstellung des Flächennutzungsplans kann damit merklich beschleunigt werden.

### **Querschnittsaufgabe Stadtentwicklungspolitik**

Eine wachstumsorientierte Stadtentwicklungspolitik, die für alle drei Dimensionen die Voraussetzungen für eine wachsende Stadt zu schaffen hat, muss sich im neuen Flächennutzungsplan niederschlagen.

Sie muss sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Unverzichtbar für die Wachsende Stadt ist die Bereitstellung von Flächen für Wohnen und Gewerbe.
- Die Stadtentwicklungspolitik muss sich bei der Auswahl der Standorte für Wohn- und Gewerbenutzungen vor allem an den

<sup>51)</sup> Zu den »grünen« Flächen zählen Grünflächen, Wald, Flächen für die Landwirtschaft und Naturbestimmte Flächen.

spezifischen Standortfaktoren orientieren. Dies sind vor allem die Verkehrserschließung sowie die benachbarten Nutzungen und die damit verbundenen möglichen Führungsvorteile für Bürger und Unternehmen. Besonders die Stadtentwicklungsprojekte mit hoher Dichte sollten direkt, d.h. in fußläufiger Entfernung, den S- und U-Bahnhöfen zugeordnet werden.

- An geeigneten Standorten sollte eine Durchmischung von Wohnquartieren mit gewerblichen Nutzungen ermöglicht werden, um Bürgern und Unternehmen vielfältige Führungsvorteile zu verschaffen und lebendige Quartiere zu entwickeln.

Die Ausrichtung an der Verkehrserschließung ist unverzichtbar, um möglichen Agglomerationsnachteilen einer wachsenden Stadt – insbesondere den Engpässen im Straßennetz – entgegenzuwirken. Aus diesem Grund muss parallel die Verkehrsinfrastruktur den steigenden (zu erwartenden) Leistungsanforderungen gezielt und zügig angepasst werden.

Eine solche Stadtentwicklungspolitik ist eine Abkehr von einer Politik des »muddling through«, die ihre Standortentscheidungen vor allem nach möglichen Konflikten mit benachbarten Nutzern ausrichtet. Stattdessen muss die Politik solche Konflikte eingehen, um beispielsweise bisherige Kleingartengebiete mit sehr guter Verkehrsanbindung für Wohn- und Gewerbeentwicklungen zu nutzen. Parallel muss jedoch – etwa für verloren gehende Kleingärten – rechtzeitig Ersatz geschaffen werden, was eine vorausschauende Planung voraussetzt.

#### **Position:**

Hamburg benötigt einen neuen Flächennutzungsplan. Mit den Vorbereitungen zur Aufstellung muss unverzüglich begonnen werden. Ein neuer Flächennutzungsplan muss mindestens 10 Prozent mehr Flächen für Wohn-, Gewerbe- und Mischgebiete ausweisen als der Flächennutzungsplan von 1973.

## **6. Den Wettbewerb zwischen den Bezirken intensivieren**

Strukturelle Reformen bleiben wirkungslos, wenn sie die sieben Hamburger Bezirke nicht mit einbeziehen. Die Bezirke müssen in die Lage versetzt werden, Ideen und Innovationen voranzutreiben und damit ihren Beitrag zu Wachstum und Dynamik zu leisten.

In erster Linie geht es darum, die Kompetenzen zwischen Fachbehörden und Bezirken klarer zu definieren, die finanziellen Anreize für die Bezirke für mehr Einwohner und Wertschöpfung verstärken sowie mehr Transparenz und Verlässlichkeit für die Unternehmen zu schaffen.

### **a) Kompetenzen zwischen Fachbehörden und Bezirken klarer definieren**

Das Bezirksverwaltungsgesetz von 1997 hat den Bezirken zwar zusätzliche Aufgaben zugewiesen. In dem Zusammenhang sind jedoch die Aufgaben zwischen den Fachbehörden und den Bezirksämtern nicht immer klar definiert worden. Stattdessen müssen die staatlichen Aufgaben soweit wie möglich eindeutig und abschließend entweder den Zentralinstanzen oder den Bezirken zugeordnet werden.

Der Senat ist aufgefordert, auf der Basis seiner Organisationshoheit die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Für die Zuordnung der Kompetenzen müssen die folgenden Grundsätze gelten:

- Der Status Hamburgs als Einheitsgemeinde bleibt erhalten, damit Bürgerschaft und Senat die Gesamtstadt wirkungsvoll im Wettbewerb mit anderen Metropolregionen positionieren und die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür schaffen können.
- Die Aufgaben im Einzelnen, die von den Bezirksämtern wahrgenommen werden, werden ihnen durch Verordnungen des Senats und nicht per Gesetz zugewiesen. Andernfalls wäre eine Änderung der Hamburgischen Verfassung erforderlich.<sup>52)</sup>

<sup>52)</sup> Deutelmoser, A., 2000: Die Rechtsstellung der Bezirke in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, S. 157

- Sofern gesamtstädtische Interessen berührt sind, liegt die Zuständigkeit stets bei der Bürgerschaft, dem Senat oder den Fachbehörden. Das Evokationsrecht des Senats bleibt erhalten.
- Aufgaben, die auf gesamtstädtischer Ebene effizienter und kompetenter erledigt werden können, werden hier konzentriert. Hier muss Hamburg noch stärker die Rationalisierungsmöglichkeiten ausschöpfen, die sich in einer Großstadt bieten.
- Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip werden Aufgaben, die nicht von gesamtstädtischer Bedeutung sind und die nicht effizienter und kompetenter auf gesamtstädtischer Ebene erledigt werden können, grundsätzlich den Bezirken zugewiesen.
- In Globalrichtlinien formulieren die Fachbehörden Vorgaben, an die die Bezirke bei der Umsetzung gebunden sind.
- Die Bezirke berichten dem Senat regelmäßig über ihre Aktivitäten. Diese werden von den Fachbehörden jährlich zu einer aufwands- und leistungsbezogenen Gesamtübersicht zusammengefasst. Der Mitteleinsatz pro Leistungseinheit in den einzelnen Bezirken ist jährlich zu vergleichen.
- Wenn die Fachbehörden oder die Bezirksämter zusätzliche Aufgaben übernehmen, erhalten sie die dafür erforderlichen Ressourcen.

### **Aufstellung von Bebauungsplänen – Verfahrenshoheit klar definieren**

Um die Aufstellung von Bebauungsplänen zu beschleunigen, muss die Verfahrenshoheit für die einzelnen Pläne jeweils einer Behörde übertragen werden:

- Der Senat ist für alle Bebauungspläne mit gesamtstädtischer Bedeutung – die so genannten Senatspläne – verantwortlich. Sie werden komplett von der Fachbehörde bearbeitet. Welche Bebauungspläne dazu gehören, definiert wie bisher der 8er-Katalog<sup>53</sup>. Auch in Zukunft sollten die öffentlichkeitsrelevanten Termine vor Ort stattfinden.

- Alle übrigen Bebauungspläne – die so genannten Bezirkspläne – werden den Bezirksämtern übertragen, die damit auch die Rechtsprüfung übernehmen. Die Bezirke haben einen Anreiz, rasch zu prüfen, weil sie auf Vorabgenehmigungen verzichten können.<sup>54</sup> Für die Fachbehörde besteht dieser Anreiz nicht.

Die Behördenabstimmung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bleiben hiervon im Grundsatz unberührt (zu weiteren Vorschlägen zur Beschleunigung von Bebauungsplanverfahren vgl. Kapitel E.II.7).

### **Baugenehmigungen – aus einer Hand**

Baugenehmigungen sollten wie bisher von den Bezirksämtern erteilt werden. Auf den Zustimmungsvorbehalt der Fachbehörde – etwa bei Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans oder bei Vorweggenehmigungen – muss dagegen soweit wie möglich verzichtet werden.

Sofern auf die Zustimmung der Fachbehörde nicht verzichtet werden kann, z. B. bei Vorweggenehmigungen im Bereich von Senatsplänen, sollten zwischen den Bezirksämtern und den Fachbehörden Fristen vereinbart werden, um im Sinne einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung die Genehmigungsverfahren fristgerecht abschließen zu können (vgl. Kapitel E.II.5). Fristüberschreitungen sind einmal jährlich zu veröffentlichen.

### **Bau, Unterhaltung und Reinigung des öffentlichen Raums – konsequent bündeln**

Die Zuständigkeiten für den Bau, die Unterhaltung und Reinigung von Straßen sowie anderer öffentlicher Flächen müssen klar geregelt werden, um zeitaufwändige Abstimmungsprozesse zwischen Fachbehörden und Bezirksämtern zu vermeiden. Dies betrifft auch die damit zusammenhängenden Aufgaben wie die Verkehrssicherungspflicht.

<sup>53</sup> Anlage zur Verordnung zur Weiterübertragung von Verordnungsermächtigungen im Bereich der Bauleitplanung und Landschaftsplanung.

<sup>54</sup> Für besonders schwierige Rechtsfragen bietet es sich an, dass die Bezirke vereinbaren, welches Bezirksamt welches Thema schwerpunktmäßig bearbeitet, so dass sie sich gegenseitig unterstützen können.



## Bebauungsplanverfahren

Verfahrensschritte	Das Verfahren heute				Handelskammer-Vorschlag			
	Bezirksplan		Senatsplan		Bezirksplan		Senatsplan	
o zuständige Behörde	Fachbehörde	Bezirksamt	Fachbehörde	Bezirksamt	Fachbehörde	Bezirksamt	Fachbehörde	Bezirksamt
Erarbeitung eines B-Plan-Konzepts, Information der politischen Gremien		o		o		o		o
Grobabstimmung des B-Plan-Konzepts		o		o		o		o
Aufstellungsbeschluss		o		o		o		o
Entscheidung über die frühzeitige Bürgerbeteiligung, Öffentliche Plandiskussion		o		o		o		o
Erarbeitung des B-Plan-Entwurfs		o		o		o		o
Beteiligung der Träger öffentl. Belange		o		o		o		o
Abstimmung mit Trägern öffentlicher Belange, Arbeitskreis I		o		o		o		o
Zustimmung zur öffentl. Auslegung		o		o		o		o
Auslegungsbeschluss		o		o		o		o
Öffentliche Auslegung		o		o		o		o
Prüfung der Anregungen mit den Trägern öffentl. Belange, Arbeitskreis II		o		o		o		o
Überarbeitung des B-Plan-Entwurfs		o		o		o		o
Abschließende Beratung des B-Plan-Entwurfs		o		o		o		o
Rechtsprüfung	o		o					
Erarbeitung der Senatsvorlage		o		o		o		o
Feststellung des B-Plans		o		o		o		o



Die Verantwortung für alle öffentlichen Flächen muss daher gebündelt werden, wobei möglichst große räumlich zusammenhängende Zuständigkeitsbereiche definiert werden sollten.

Zuständigkeiten für den öffentlichen Raum

	Fachbehörde	Bezirksamt
Straßen des Vorbehaltsnetzes	x	
Alle übrigen Straßen		x
Parks und Grünanlagen		x

### b) Finanzielle Anreize für die Bezirke verstärken

Die Bezirke müssen zusätzliche Anreize erhalten, sich für mehr Einwohner und Wertschöpfung in ihrem Bereich einzusetzen. Hierzu sollte der finanzielle Handlungsspielraum der Bezirke, die sich in diesem Sinne erfolgreich engagiert haben, spürbar erweitert werden. Hierzu wird

1. ein **Wettbewerbsmodells** vorgestellt, mit dessen Hilfe einmal jährlich ermittelt wird, welche Bezirke sich erfolgreich für mehr Einwohner und Wertschöpfung eingesetzt haben. Darauf aufbauend wird

2. der finanzielle Spielraum der erfolgreichen Bezirke deutlich erweitert, indem sie zusätzliche Mittel aus einem neu zu schaffenden **Investitionsfonds** erhalten.

### Den Wettbewerb operationalisieren: das Wettbewerbsmodell

Das Wettbewerbsmodell soll leicht verständlich und für die Verwaltung einfach zu administrieren sein. Da die Bezirke unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Entwicklungspotenziale haben, sollten entwicklungs- und bestandsbezogene Merkmale in das Modell einfließen:

- der aktuelle Wert für alle Indikatoren, der die Aktivitäten der Bezirke bei der Bestandspflege von Unternehmen und das Bemühen um die Einwohner widerspiegelt, und

- die Entwicklung des Vorjahrs; hierzu müssen für alle Indikatoren die aktuellen Werte mit den für das Vorjahr ermittelten Werten in Beziehung gesetzt werden.

Entwicklungschancen haben nicht nur die Bezirke mit großen Freiflächenpotenzialen, sondern alle Bezirke können durch Innenentwicklung und Konversion Reserven erschließen.

Insbesondere die folgenden acht Indikatoren kommen in Betracht:

Indikatoren für wachsende Bezirke<sup>55)</sup>

Wertschöpfungsbezogene Indikatoren:

1. Beschäftigte
2. Unternehmen
3. Gewerbesteuer
4. Ausgewiesene und erschlossene Gewerbe- und Industriegebiete
5. Grundsteuer B

Bevölkerungsbezogene Indikatoren:

6. Einwohner
7. Einkommensteuer

Die große Zahl von Indikatoren gewährleistet, dass Bezirke honoriert werden, die mit einem Bündel zielgerichteter Aktivitäten viele Indikatoren beeinflussen. Die Bestandskennziffern reflektieren den unterschiedlichen Aufwand der einzelnen Bezirke in der Bestandspflege, d.h. die Einwohner und Unternehmen im Bezirk zu halten (wofür ein großer Bezirk mehr Aufwand treiben muss als ein kleinerer), die Entwicklungskennziffer reflektiert das Bemühen, neue Einwohner oder Unternehmen zu gewinnen.

<sup>55)</sup> Der Indikator Einkommensteuer gibt den Bezirken einen Anreiz, nicht nur viele, sondern auch einkommensstarke Einwohner anzuziehen. Der Indikator »Ausgewiesenen und erschlossenen Gewerbe- und Industriegebiete (§§ 8 und 9 der Baunutzungsverordnung)« gibt den Bezirken einen Anreiz, sich für produzierende und Logistikunternehmen zu engagieren, die zunehmend von Büronutzungen verdrängt werden. Bei der Ermittlung sollten Areale mit Einzelhandelsnutzung und öffentliche Verkehrsflächen unberücksichtigt bleiben. Die Grundsteuer B spiegelt den Wert eines Grundstücks und damit seine möglichen Inwertsetzung für wirtschaftliche Aktivitäten wider.

Mit der großen Zahl von Indikatoren sowie mit der Differenzierung in Bestands- und Entwicklungskennziffern soll zudem verhindert werden, dass einzelne Bezirke schon allein aufgrund ihrer Ausgangslage oder Entwicklungspotenziale benachteiligt werden. Um dies gänzlich auszuschließen, wäre es erforderlich, das Modell zu rechnen. Das Modell selbst lässt dies zu; es bestehen aber noch Lücken hinsichtlich der Datenbasis auf Bezirksebene, die auszufüllen sind. Sollte das beispielhafte Durchrechnen des Wettbewerbsmodells ergeben, dass einige Bezirke unbillig benachteiligt würden, muss das Modell variiert bzw. um Korrekturfaktoren ergänzt werden.

Der Faktor Lebensqualität sollte nicht in das Indikatorenmodell einbezogen werden, weil er außerordentlich schwer zu operationalisieren ist. Dennoch wird die Lebensqualität bei politischen und Verwaltungsentscheidungen auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, denn die Bezirke müssen ihre Entscheidungen gegenüber den Wählern vertreten.

Zur Operationalisierung des Wettbewerbs wird folgendermaßen vorgegangen (vgl. Übersicht auf Seite 57):

1. Für alle sieben Bezirke und für alle Indikatoren wird jeweils die Bestands- und die Entwicklungskennziffer ermittelt. Die Bestandskennziffer bildet den aktuellen Wert des einzelnen Indikators ab (beispielsweise die aktuelle Bevölkerungszahl von Hamburg-Mitte: 227.200), die Entwicklungskennziffer ergibt sich aus der relativen Veränderung des einzelnen Indikators gegenüber dem Vorjahr (in Prozent).
2. Für jede Bestands- und Entwicklungskennziffer werden die Bezirke nach ihrem Rang sortiert: Auf die Bezirke werden insgesamt 15 Punkte verteilt: Der erfolgreichste Bezirk erhält 5, der zweite 4 Punkte usw.; zwei Bezirke werden mit 0 bewertet. Beispiel (in der Grafik gelb unterlegt): Der Bezirk A erhält 5, der Bezirk B 4 Punkte usw., die Bezirke F und G werden mit 0 bewertet.
3. Um den Veränderungen in den Bezirken ein größeres Gewicht zu verleihen als den Be-

## Wettbewerbsmodell: Bewertungsschema für die Hamburger Bezirke (Beispielrechnung)

Bezirke	Bestandskennziffer (aktueller Wert)							Entwicklungskennziffer (Entwicklung gegenüber dem Vorjahr)							Erfolgs- kennziffer			
	Beschäftigte	Unternehmen	Gewerbesteuer	Gewerbeflächen	Grundsteuer B	Einwohner	Einkommensteuer	Summe	Beschäftigte	Unternehmen	Gewerbesteuer	Gewerbeflächen	Grundsteuer B	Einwohner		Einkommensteuer	Summe	Faktor 2
A	5	0	3	2	3	3	4	20	2	4	5	0	0	3	1	15	30	50
B	4	2	0	1	1	4	0	12	1	3	4	0	2	4	5	19	38	50
C	3	0	0	4	0	0	1	8	4	0	3	3	0	0	2	12	24	32
D	2	5	1	0	0	5	0	13	0	2	2	1	5	5	0	15	30	43
E	1	4	5	0	5	1	3	19	0	0	1	2	4	1	0	8	16	35
F	0	3	2	5	4	2	2	18	5	1	0	5	3	2	3	19	38	56
G	0	1	4	3	2	0	5	15	3	5	0	4	1	0	4	17	34	49

standsgrößen, wird die Summe der Entwicklungskennziffern mit dem Faktor 2 multipliziert (in der Grafik ist das Produkt rot dargestellt).

- Die Erfolgskennziffer (in der Grafik in blauer Schrift) wird ermittelt, indem die Punkte, die die einzelnen Bezirke erzielt haben, addiert werden.
- Die Bezirke werden nach der Erfolgskennziffer geordnet. Der maximal erreichbare Wert beträgt 105 (35 + 70). In der Beispielrechnung schneidet der Bezirk F mit einer Erfolgskennziffer von 56 am besten ab. Die nächstbesten Bezirke sind B (wegen der besseren Entwicklungskennziffer, die bei gleich guter Erfolgskennziffer entscheidet), A, G und D. Am ungünstigsten schneiden hier die Bezirke E und C ab.

### Zusätzliche finanzielle Handlungsspielräume für die erfolgreichen Bezirke: der Investitionsfonds

Mit einem neu zu schaffenden Investitionsfonds ist der finanzielle Spielraum der – im Sinne des Wettbewerbsmodells – erfolgreichen Bezirke deutlich zu erweitern.

Der Investitionsfonds wird zur Hälfte aus Mitteln der Bezirke gespeist, indem der Senat einen Teil des Zentralbudgets, aus dem die Bezirke die Sachausgaben bestreiten, ein-

behält: im ersten Jahr 1 Prozent, im zweiten Jahr 2 Prozent usw., bis nach zehn Jahren 10 Prozent erreicht sind, jeweils bezogen auf den Wert von 2003.<sup>56)</sup> Eine entsprechende Reduzierung des Zentralbudgets kann in den Bezirken durch zusätzliche Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen werden. Die Finanzbehörde ist aufgefordert, den Investitionsfonds jeweils um einen Betrag in gleicher Höhe aufzustocken.

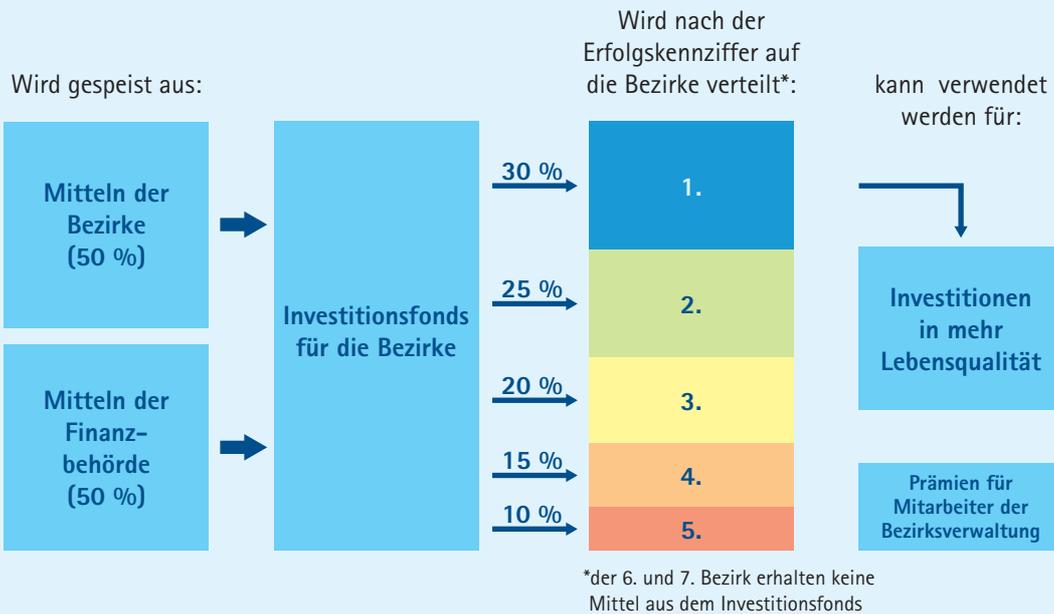
Der Investitionsfonds umfasst damit im ersten Jahr 765.000 Euro. Er wird jährlich um diesen Betrag aufgestockt, so dass sich im zweiten Jahr 1,53 Mio. Euro und im zehnten Jahr 7,65 Mio. Euro ergeben. Die Beträge werden jeweils um die Inflationsrate angepasst.

Nach den Ergebnissen dieses Wettbewerbsmodells werden die vom Senat einbehaltenen Finanzmittel nach dem folgenden Schlüssel vergeben (vgl. Grafik auf Seite 58):

- Der erfolgreichste Bezirk erhält 30 Prozent der Mittel aus dem Investitionsfonds,
- der 2., 3., 4. und 5. Bezirk erhält 25, 20, 15 bzw. 10 Prozent,

<sup>56)</sup> Unabhängig hiervon sollte die Finanzausstattung der Bezirke aufgrund der Ergebnisse des aktuellen Benchmarkingprozesses variabel gestaltet werden. Ebenso bleiben allgemeine Preissteigerungen oder Pauschalkürzungen unberührt.

## Investitionsfonds für die Hamburger Bezirke



3. die übrigen beiden Bezirke erhalten im jeweiligen Jahr aus dem Fonds keine Mittel.

Über die Mittel aus dem Investitionsfonds können die Bezirke auf der Basis entsprechender Beschlüsse der Bezirksversammlungen frei verfügen, wobei der Anteil der investiven Ausgaben mindestens 80 Prozent umfassen sollte. Daraus können sie beispielsweise den Etat für Sondermittel aufstocken – etwa für soziale und kulturelle Einrichtungen – oder in die Gestaltung des öffentlichen Raums investieren. Die Beschleunigung von Bebauungsplanverfahren durch Einschaltung externer Büros ist ebenso denkbar wie die

Verwendung der Mittel, um die Lebensqualität zu erhöhen. Vorstellbar ist auch, dass Prämien an erfolgreiche Mitarbeiter der Bezirksverwaltung ausgezahlt werden.

Der Investitionsfonds bleibt zwar im ersten Jahr mit 765.000 Euro in seiner Anreizwirkung hinter dem Modell der Finanzbehörde zurück, nach dem die Bezirke jährlich mit 1 Mio. Euro an den Baugenehmigungsgebühren beteiligt werden (vgl. Erläuterung Seite 19). Da der Investitionsfonds aber – anders als das Modell der Finanzbehörde – dynamisch gestaltet ist, entfaltet er schon vom zweiten Jahr an (1,53 Mio. Euro) eine

Der Beitrag der Bezirke und der Finanzbehörde zum Investitionsfonds im 1. Jahr (Euro)

	Hamburg-Mitte	Altona	Eimsbüttel	Hamburg-Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	Alle Bezirke
Beitrag der Bezirke (1% des Zentralbudgets)	84.130	56.200	51.320	52.420	64.080	24.830	49.530	382.510
Beitrag der Finanzbehörde								382.510
Investitionsfonds insg. im 1. Jahr (gerundet)								765.000

deutlich höhere Anreizwirkung als das Modell der Behörde. Im zehnten und in den folgenden Jahren würde der erfolgreichste Bezirk aus dem Investitionsfonds (nach dem jetzigen Stand) rund 2,3 Mio. Euro erhalten.

**c) Wirtschaftsfreundliche Verwaltung:  
mehr Transparenz und Verlässlichkeit**

Um die Bürokratiekosten, die die Unternehmen tragen müssen, soweit wie möglich zu reduzieren, müssen bei den behördlichen Genehmigungen mehr Transparenz und mehr Verlässlichkeit geschaffen werden. Die Unternehmen sollen mit einer »Stabsstelle Wirtschaft« – im Sinne eines One stop Shop – einen Ansprechpartner erhalten.

**Behördliche Genehmigungen –  
mehr Transparenz für die Unternehmen  
schaffen**

Für mehr Transparenz sollten die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien noch mehr als bisher genutzt werden.

- Alle Hamburgischen Gesetze und Verordnungen werden in hamburg.de eingestellt.
- Der Online-Firmeninformationsservice DIFIS der Hamburger Behörden sollte an geeigneter Stelle darauf verweisen und zusätzlich über die Kriterien informieren, nach denen Genehmigungen erteilt und Gebühren berechnet werden.
- Neue Informationen und Broschüren sollten möglichst zeitnah in DIFIS eingestellt

werden; der Schlagwortkatalog sollte um im Alltag gebräuchliche Bezeichnungen erweitert werden.

- DIFIS ist ab sofort mit dem Online-Angebot unserer Handelskammer, der HK 24, zu verlinken, so dass der Internetnutzer von den Basis-Informationen der HK 24 ohne Umwege zu den Online-Antragsformularen des DIFIS gelangt.

**»Stabsstelle Wirtschaft« –  
Ansprechpartner für die Unternehmen  
in den Bezirken**

Um das Antragsverfahren vor allem für die kleineren Unternehmen zu vereinfachen, sollte jedes Bezirksamt – analog zum Mittelstandslotsen bei der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) – einen Ansprechpartner für die Unternehmen benennen.

Dafür sollte unmittelbar beim Bezirksamtsleiter eine »Stabsstelle Wirtschaft« geschaffen werden, die vom Wirtschaftsbeauftragten geleitet wird. Der Stabsstelle sollte mindestens ein weiterer erfahrener Verwaltungsmitarbeiter zugeordnet werden, der mit Liegenschafts- und/oder Bauangelegenheiten vertraut ist.

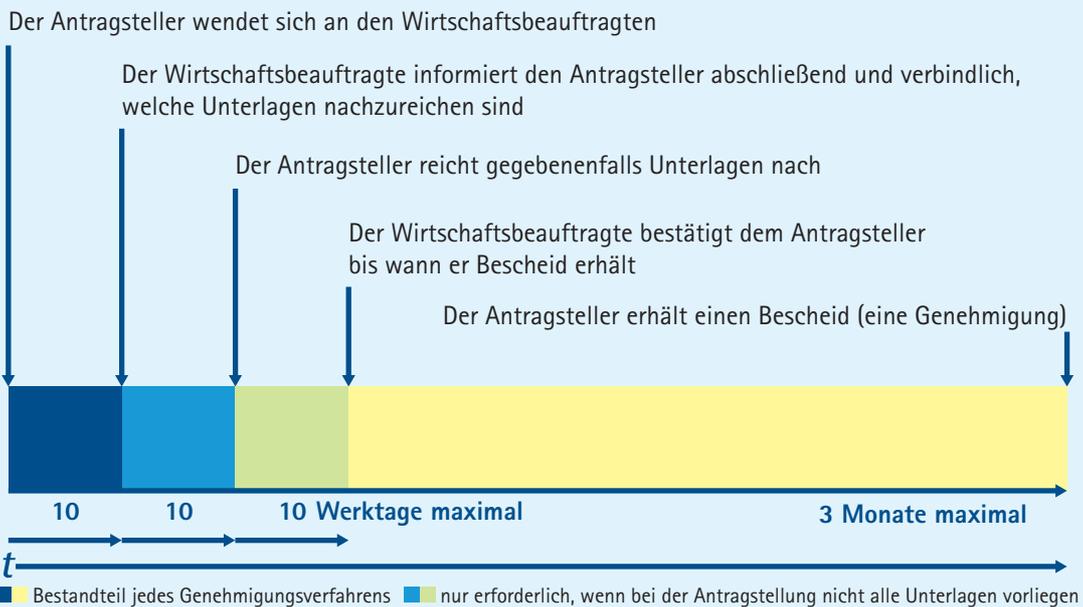
Für die »Stabsstelle Wirtschaft« und die HWF bzw. den Mittelstandslotsen wäre aus Sicht der Kunden folgende Arbeitsteilung zweckmäßig:

**Ansprechpartner für Unternehmen bei den Hamburger Behörden (Vorschlag)**

	»Stabsstelle Wirtschaft« im Bezirk	HWF/Mittelstandslotse
Zielgruppe	Hamburger Unternehmen, die eine oder mehrere Genehmigungen des Bezirksamtes benötigen	Hamburger und ansiedlungswillige Unternehmen, die <ul style="list-style-type: none"> <li>– hinsichtlich ihrer Standortwahl innerhalb Hamburgs noch unentschieden sind,</li> <li>– die Genehmigungen der Fachbehörden benötigen</li> </ul>
Kernaufgaben	vermittelt zwischen dem Unternehmer und den Dienststellen des Bezirksamtes	<ul style="list-style-type: none"> <li>– vermittelt zwischen dem Unternehmer, den Fachbehörden und ggf. den Bezirksämtern,</li> <li>– vergibt städtische Liegenschaften,</li> <li>– nimmt Beschwerden der Unternehmen gegenüber den Bezirksämtern entgegen</li> </ul>



## Klare Fristen – mehr Verlässlichkeit für den Unternehmer



Die »Stabsstelle Wirtschaft« soll im Sinne eines One Stop Shop agieren. Zu ihren Aufgaben gehört,

- die gewerblichen Antragsteller darüber zu informieren, welche Genehmigungen für ihr Vorhaben erforderlich sind und welche Unterlagen sie dafür einreichen müssen, sowie
- die Anträge und die Antragsunterlagen entgegenzunehmen und an die zuständigen Dienststellen weiterzuleiten,
- eventuelle Konflikte unter den Dienststellen – in Absprache mit dem Antragsteller – zu klären,
- für Einzelfragen ggf. Ansprechpartner in den Dienststellen zu benennen und
- den Bescheid an den Antragsteller auszuhandigen.

Die Stabsstelle verursacht zusätzliche Kosten. Dem stehen jedoch erhebliche Ein-

sparungen gegenüber, denn die Abstimmung zwischen den Dienststellen, die häufig sehr zeitraubend ist, wird wesentlich einfacher. Zudem ist mit weniger Rückfragen der Unternehmen zu rechnen.

### Klare Fristen – mehr Verlässlichkeit für den Unternehmer

Die Verwaltung ist aufgefordert, bei Genehmigungsverfahren klare Fristen zu definieren und einzuhalten. Für Baugenehmigungen sind realistisch:

- Innerhalb von zehn Werktagen nach Antragstellung muss die »Stabsstelle Wirtschaft« den Antragsteller verbindlich und abschließend darüber informieren, welche Unterlagen noch einzureichen sind.
- Hierfür sollten dem Antragsteller ebenfalls zehn Werktagen eingeräumt werden.
- Innerhalb von zehn Werktagen nach Vorliegen der kompletten Antragsunterlagen bestätigt die Stabsstelle dem Unterneh-

men, dass er spätestens zwei Monate später einen Bescheid erhält.

Im Ergebnis kann sich der Antragsteller – unter der Voraussetzung, dass er für das Nachreichen der Unterlagen nicht mehr als zehn Tage benötigt – darauf verlassen, dass er innerhalb von drei Monaten einen Bescheid hält. Dieser Zeitrahmen, der vom Senat in einer Globalrichtlinie beschlossen werden sollte, ist etwas enger als der bisherige Hamburger Durchschnitt. Bei anderen Genehmigungen sollten, abhängig von der Komplexität, kürzere oder längere Fristen definiert werden.

Die Fristen, an die sich die Verwaltung halten muss, geben dem Unternehmer mehr Planungssicherheit. Er kann seine Projekt- und Personalplanung, die Finanzierung des Vorhabens und die unternehmensinterne Gremienbefassung darauf ausrichten.

#### **Position:**

Die Kompetenzen von Fachbehörden und Bezirksämtern müssen klarer als bisher definiert und voneinander abgegrenzt werden:

- Die Verfahrenshoheit für Bebauungspläne wird jeweils einer Behörde übertragen: entweder dem Bezirksamt oder der Fachbehörde. Bei Baugenehmigungen durch die Bezirksämter wird auf Zustimmungsvorbehalte der Fachbehörde weitestgehend verzichtet.
- Die Verantwortung für den Bau, die Unterhaltung und die Reinigung des öffentlichen Raums wird gebündelt; die Fachbehörde übernimmt die Zuständigkeit für die Straßen des Vorbehaltensnetzes, die Bezirke die für alle übrigen Straßen sowie die Parks und Grünanlagen.

Die Bezirke brauchen zusätzliche finanzielle Anreize, sich für mehr Einwohner und mehr Wertschöpfung einzusetzen. Hierzu soll in einem Wettbewerbsmodell ermit-

telt werden, welche Bezirke in diesem Sinne erfolgreich gearbeitet haben. Auf dieser Basis erhalten sie zusätzliche Finanzmittel aus einem neu zu schaffenden Investitionsfonds, über deren Verwendung sie – weitgehend frei – entscheiden können.

Die Hamburger Verwaltung ist aufgefordert, private Investitionsentscheidungen zu erleichtern. Dazu gehört, dass

- Genehmigungsverfahren transparenter gestaltet werden,
- in allen Bezirksämtern eine »Stabsstelle Wirtschaft« eingerichtet wird, die im Sinne eines One Stop Shop agiert,
- durch klare Fristenregelungen bei Genehmigungsverfahren mehr Verlässlichkeit für die Unternehmen geschaffen wird.

## **7. Die Bebauungsplanung am Wachstumsziel ausrichten**

Im Sinne einer wachsenden Stadt sollten Bebauungsplanverfahren so schnell wie möglich durchgeführt werden. Hierzu müssen alle Beschleunigungspotenziale ausgeschöpft werden (zur klaren Festlegung der Verfahrenshoheit, die ebenfalls der Beschleunigung dient, vgl. Kapitel E.II.6).

### **Bebauungsplanverfahren beschleunigen**

Das Bebauungsplanverfahren bietet noch erhebliche Beschleunigungspotenziale. Über eine klare Zuordnung der Verfahrenshoheit für jeden Bebauungsplan hinaus (Kapitel C.I.1) bieten sich folgende Maßnahmen an:

- Der Senat sollte innerhalb von zwei Monaten nach der Erarbeitung des Bebauungsplan-Konzepts entscheiden, wem die Verfahrenshoheit übertragen wird; bisher dauert dies oft viele Monate. Lässt er die Frist verstreichen, fällt die Verfahrenshoheit automatisch dem Bezirk zu.

- Die Grobabstimmung erfolgt derzeit im Rahmen eines behördeninternen Gesprächs. Hierzu sollten bereits die maßgeblichen Träger öffentlicher Belange eingeladen werden, so dass die von ihnen vertretenen Belange schon im ersten Bebauungsplan-Entwurf berücksichtigt werden können. Dies erspart spätere, vielfach zeitraubende Änderungen. Hierzu sollte einmal im Monat in der Fachbehörde ein »Planungsgespräch« stattfinden, in dem die Mitarbeiter der Fachbehörde und der jeweiligen Bezirksamter neue Bebauungspläne vorstellen.
- Für die Planung von Erschließungen ist derzeit die Fachbehörde zuständig, für den detaillierteren Entwurf das Bezirksamt. Stattdessen sollten diese Aufgaben jeweils beim Träger der Verfahrenshoheit zusammengefasst werden.
- Viele Bebauungspläne kommen nicht voran, weil die Stadtplanungsausschüsse der Bezirke nicht genügend Termine für die öffentliche Plandiskussion (ÖPD) anberaumen. Diesen Engpass gilt es zu beheben. Bei Bebauungsplänen in rein gewerblich genutzten Quartieren sollte die ÖPD durch eine Besprechung ersetzt werden, die von Verwaltungsmitarbeitern geleitet wird und zu der alle betroffenen Grundeigentümer und Gewerbetreibenden eingeladen werden.
- Sofern die personelle Situation die zügige Aufstellung von Bebauungsplänen nicht zulässt, sollten die Fachbehörden und die Bezirksamter verstärkt auf private Planungsbüros zurückgreifen.
- Der Arbeitskreis Zentren bei der Behörde für Bau und Verkehr, der bei allen Bebauungsplänen zu großflächigem Einzelhandel beteiligt wird, sollte mindestens einmal monatlich tagen und seine Stellungnahmen auf seinen Arbeitsauftrag – die Auswirkungen von großflächigen Einzelhandelsvorhaben auf das Zentrengefüge zu beurteilen – beschränken.
- Mit Hilfe eines Benchmarking sollte die zuständige Fachbehörde die Dauer der

Bebauungsplanverfahren erfassen und weitere Beschleunigungspotenziale ermitteln. Hierzu sollten die Bezirke für alle Bebauungspläne die wesentlichen Verfahrensschritte der Fachbehörde anzeigen.

### **Hamburgische Baustufenpläne durch moderne Bebauungspläne ersetzen**

Um mehr Investitionssicherheit zu schaffen, muss für die Areale, in denen die Hamburger Baustufenpläne gelten, daher neues Planungsrecht geschaffen werden, indem

- ein neuer Bebauungsplan erarbeitet wird oder
- der Baustufenplan geändert wird; dabei sollten die Planungsziele im Hinblick auf die Art und das Maß der baulichen Nutzung der angestrebten Entwicklung angepasst werden. Ein überarbeiteter Baustufenplan kann damit eine vergleichbare städtebauliche Ordnungsfunktion übernehmen wie moderne Bebauungspläne.

In den kommenden zehn Jahren sollte für alle Areale mit Baustufenplänen das Planungsrecht entsprechend geändert werden. Über das Vorankommen auf diesem Weg haben alle Bezirke jährlich öffentlich zu berichten.

### **Gewerbe- und Industriegebiete sichern**

Um die alten Gewerbe- und Industriegebiete für diese Nutzungen zu sichern, sollten im jeweiligen Bebauungsplan bzw. Baustufenplan Einzelhandelsnutzungen und Büronutzungen, die nicht mit Produktion, Lagerung oder Logistik verbunden sind, ausgeschlossen werden.

Um zu verhindern, dass die ansässigen Unternehmen bezüglich möglicher Emissionen eingeschränkt werden, dürfen Wohngebiete nur in ausreichendem Abstand ausgewiesen werden.

### **Regelungstiefe von Bebauungsplänen reduzieren**

Um den Planungsaufwand auf der Seite der Investoren zu reduzieren und nicht unnötig Verwaltungskraft in den Behörden zu binden, sollte die Regelungsdichte vieler Bebauungs-

pläne deutlich reduziert werden. In der Mehrzahl der Bebauungsplangebiete besteht kein öffentliches Anliegen an detaillierten Festsetzungen.<sup>57)</sup>

Es gilt daher, die Regelungstiefe zu reduzieren. Die Festsetzungen sollten sich stattdessen an den Mindeststandards des Baugesetzbuches orientieren:

- Art und Maß der baulichen Nutzung,
- überbaubare Grundstücksfläche,
- Verkehrsflächen.

Sinnvoll sind detailliertere Vorgaben dagegen in zentralen Lagen, vor allem in der Innenstadt und den Bezirkszentren, bei Plätzen und Straßen mit öffentlichem Charakter, in überregional profilierten Gewerbegebieten und in Quartieren mit historischer oder touristischer Bedeutung.

#### **Position:**

- Die Bebauungsplanverfahren müssen weiter beschleunigt werden.
- Alle Baustufenpläne sind mittelfristig durch modernes Planungsrecht zu ersetzen.
- Zur Sicherung der alten Gewerbe- und Industriegebiete für produzierende Unternehmen sind in entsprechenden Bebauungsplänen Einzelhandels- und unverbundene Büronutzungen auszuschließen.
- Bei der Mehrzahl der Bebauungsplangebiete, in denen kein öffentliches Interesse an der Festlegung der baulichen Gestalt besteht, sollte die Regelungsdichte entsprechend zurückgenommen werden.

## **8. Gesetze und Verordnungen auf Wachstumskurs bringen**

### **a) Normative Investitionshemmnisse beseitigen**

Angesichts des Ziels, Hamburg auf Wachstumskurs zu bringen, müssen die Hamburgischen Gesetze und Verordnungen daraufhin überprüft werden, inwieweit sie in sich in der praktischen Anwendung als Investitionshemmnis erweisen.

Alle Gesetze und Verordnungen, die in ihren einschränkenden Wirkungen über bundesrechtlichen Regelungen hinaus gehen, sind im Sinne des Wachstumsziel auf ein angemessenes Maß zurückzuführen. Dazu sind alle bestehenden Regelungen innerhalb von drei Jahren aufzuheben oder zu modifizieren. Dies betrifft u. a.

- § 2 der Baumschutzverordnung,
- § 1 der Umwandlungsverordnung und
- § 83 Abs. 3 der Hamburgischen Bauordnung.

Diese Regelungen sollten nur dann in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben, wenn die zuständige Fachbehörde nachweist, dass sie dem Wachstumsziel nicht entgegenstehen, die notwendige Rechtssicherheit schaffen oder aus anderen wichtigen Gründen unverzichtbar sind.

Weitere Änderungen des Landesrechts sind erforderlich:

- Die Zweckentfremdungsverordnung für Wohnraum (§ 1) für Gebäude an stark befahrenen, vierspurigen Straßen ist aufzuheben, so dass hier gewerbliche Nutzungen ermöglicht und die Nutzungsmischung in den Quartieren verbessert wird. Gleichzeitig muss jedoch die Zweckentfremdungsverordnung in den ausgewiesenen Wohngebieten konsequent angewandt werden, um sie für Wohnnutzungen zu sichern. Damit kann der Konflikt zwischen Wohnen und Verkehr mittelfristig entschärft werden.

<sup>57)</sup> Vgl. Empirica, 2000, Stadtentwicklung und Demographie in Hamburg, S. 197f.

- Der Hamburger Mietenspiegel muss das aktuelle Mietniveau realistischer abbilden, um die Rentierlichkeit von Investitionen in den Wohnungsbau und damit mittelfristig das Wohnungsangebot zu verbessern. Hierzu sollten bei der nächsten vollständigen Erhebung Neuvermietungen (Verträge der zurückliegenden zwölf Monate) zu 50 Prozent in das Ergebnis einfließen. Ferner müssen Neubauwohnungen für einen Zeitraum von fünf Jahren und grundsätzlich die jeweilige Erstvermietung von der Anwendung des Mietenspiegels freigestellt werden.

Sehr zu begrüßen ist, dass die Finanzbehörde angesichts des absehbaren Auslaufens von Erbbaurechten die betreffenden Grundstücke an die Erbbauberechtigten veräußert, die damit eine langfristige Nutzungsperspektive für ihr Grundstück erhalten und in die Modernisierung oder in die Schaffung von neuen Wohnungen investieren können. Die Finanzbehörde ist aufgefordert,

- durch ein stärkeres preisliches Entgegenkommen die Veräußerung noch zu beschleunigen und
- neue Grundstücke auf Wunsch mit Erbbaurecht zu vergeben, um potenzielle Bauherren von den Grundstückskosten weitgehend zu entlasten.

#### **b) Volksinitiativen und Bürgerbegehren als konstruktives Instrument ausgestalten**

Für eine dynamische Entwicklung Hamburgs sollten die Volksgesetzgebung sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid als konstruktive Instrumente weiterentwickelt werden.

Dies bedeutet, dass z. B. bei Begehren, die auf die Verhinderung eines Stadtentwicklungs- oder Infrastrukturvorhabens gerichtet sind, verpflichtend auch ein alternativer Standort oder ein alternativer Realisierungsweg aufgezeigt und zur Abstimmung gestellt werden muss.

#### **Position:**

Alle Gesetze und Verordnungen, die in ihren einschränkenden Wirkungen über bundesrechtlichen Regelungen hinaus gehen, sind im Sinne des Wachstumsziel auf ein angemessenes Maß zurückzuführen. Die Volksgesetzgebung sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sollten als konstruktive Instrumente der Bürgerbeteiligung weiterentwickelt werden.

### **9. Die Kooperation in der Metropolregion ausbauen**

Damit sich die Metropolregion Hamburg im Wettbewerb der europäischen Metropolregionen behaupten kann, muss die Zusammenarbeit mit den Partnern in Schleswig-Holstein und Niedersachsen neu organisiert werden.

#### **a) Gremien der Gemeinsamen Landesplanung**

Die so genannte programmatische Ebene (Planungsrat und Regionalkonferenz) sollte aufgewertet und in ihrer Entscheidungskompetenz gestärkt werden. Neben der Überführung des Planungsrates zu einem »Ministerrat« mit der wesentlichen Aufgabe, nach Vorprüfung geplanter Kooperationsmaßnahmen und mit Genehmigung der Länderparlamente den jährlichen Finanzrahmen festzulegen, geht es vor allem darum, der Regionalkonferenz als Vertretung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte der Metropolregion die Entscheidungskompetenz für Maßnahmen und Projekte innerhalb des vorgegebenen Finanzrahmens zuzuweisen. Aufgrund dieser Kompetenzverlagerung sollten auch die hochrangigen Vertreter der Gebietskörperschaften (Bürgermeister, Landräte) statt im früheren Planungsrat in der Regionalkonferenz Sitz und Stimme haben. Darüber hinaus sollte die Regionalkonferenz von einem aus der Mitte der Regionalkonferenz für eine mehrjährige Amtsperiode gewählten Präsidenten geleitet werden, der die Metropolregion Hamburg auch nach außen hin vertritt.

(vgl. Organisationsschema auf der folgenden Seite)



# Neuordnung der programmatischen Ebene der Gemeinsamen Landesplanung

## I. Aktuelle Situation

### Planungsrat

je Land:  
zwei Staatssekretäre, ein *Vertreter der Kreise und der Gemeinden bzw. der Hamburger Bezirke*.

**Vorsitz:**  
Staatssekretär LPI, jährlich wechselnd

### Aufgaben:

Programmatische Steuerung der Zusammenarbeit in enger Rückkoppelung mit der Regionalkonferenz; Beschlussfassung über vom **Lenkungsausschuss** ausgearbeitete Maßnahmen; Bericht an die Länderparlamente

### Lenkungsausschuss

je Land:  
zwei Abteilungsleiter bzw. Amtsleiter, ein Vertreter der Kreise und der Gemeinden sowie eine Frauenvertreterin

**Vorsitz:**  
Amtsleiter Stadtentwicklung BBV, HH

### Aufgaben:

Strategische und operative Steuerung, bei Bedarf mittels Unterstützung durch thematische und Projektarbeitsgruppen.

**Geschäftsstelle:**  
Amt für Stadtentwicklung BBV HH

## II. Neuaufstellung der programmatischen Ebene

### Ministerrat

je Land:  
drei Fachminister (Landesplanung, Wirtschaft, Finanzen) – ggf. vertreten durch Staatssekretäre, Staatssekretär der Staatskanzlei

**Vorsitz:**  
Fachminister LPI, jährlich wechselnd

### Aufgaben:

Programmatische Grundsatzempfehlungen der Zusammenarbeit; Bereitstellung eines **Finanzrahmens** für die Umsetzung des operationalen Programms, seiner Leit- und Modellprojekte sowie des Regionalmarketings.

### Lenkungsausschuss

je Land:  
zwei Abteilungsleiter bzw. Amtsleiter, ein Vertreter der Kreise und der Gemeinden

**Vorsitz:**  
Gf Regionalmanagement-Agentur

### Aufgaben:

Strategische und operationale Steuerung, bei Bedarf mittels Unterstützung durch thematische und Projektarbeitsgruppen.

**Geschäftsstelle:**  
Regionalmanagement-Agentur

### Regionalkonferenz

Vertreter der Länderparlamente, der Kammern, Gewerkschaften und Verbände sowie der gesamte Planungsrat

**Vorsitz:**  
Staatssekretär LPI, jährl. wechselnd

### Aufgaben:

Beratung der vom Planungsrat beschlossenen Maßnahmen; Abgabe von Empfehlungen zur trilateralen Zusammenarbeit.

### Regionalkonferenz

Vertreter der Länderparlamente, der *Kreise und der Gemeinden (LR/BGM) bzw. der Hamburger Bezirke*, der Kammern, Gewerkschaften und Verbände sowie der Vorsitzende des Ministerrates.

**Vorsitz:**  
Präsident (von Regionalkonferenz gewählt)

### Aufgaben:

Beratung und abschließende **Entscheidung** über Grundsätze sowie Maßnahmen und Projekte der regionalen Zusammenarbeit innerhalb des vorgegebenen Finanzrahmens.

**Geschäftsstelle:**  
Organisationssitz des Präsidenten

Als weitere Änderungen in der Organisationsstruktur wird angeregt,

- die Geschäftsstelle der Gemeinsamen Landesplanung beim Amt für Stadtentwicklung in der Hamburger Behörde für Bau und Verkehr auszulagern und als Regionalmanagement-Agentur unter Dienstaufsicht der BBV zu verselbständigen und
- den Mitgliederkreis der thematischen Arbeitsgruppen (z. B. Arbeitskreise Wirtschaft, Verkehr, Tourismus, Wissenschaft & Forschung, Arbeitsmarkt) um Vertreter der Wirtschaftsorganisationen sowie gegebenenfalls der Wissenschaftseinrichtungen zu erweitern.

### **b) Neuorganisation des Regionalmarketings**

Zur Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten im Bereich des Regionalmarketings, deren Geschäftsstelle derzeit bei der Handelskammer Hamburg angesiedelt ist, muss auch das Regionalmarketing neu organisiert und in Public Private Partnership betrieben werden. Vorgesprochen wird, es zur Ausnutzung von Synergien mit der Hamburg Marketing GmbH zu verknüpfen und mit einem eigenen Mitarbeiterstab und einem festen Budget auszustatten.

In Ergänzung wird die Gründung eines Fördervereins Metropolregion Hamburg vorgeschlagen, dem als Mitglieder Gebietskörperschaften, Wirtschafts- und andere Organisationen sowie zum überwiegenden Teil Unternehmen angehören.

### **c) Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an den Erfordernissen der Metropolen ausrichten**

Zu den wichtigsten Aufgaben der Metropolregion gehört die kooperative Flächenvorsorge für ökologische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die das Bundesrecht für alle Stadtentwicklungs- und Infrastrukturvorhaben vorschreibt, die mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden sind.

Um zu verhindern, dass die Realisierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen die künf-

tige Entwicklung von Wohn- oder Gewerbegebieten behindert, muss Hamburg

- gegenüber dem Bundesgesetzgeber darauf hinwirken, dass die Metropolen einen »Ökologischen Bonus« erhalten, der die Verpflichtung, Eingriffe auszugleichen bzw. zu ersetzen, um 50 Prozent reduziert. Angesichts der Tatsache, dass Privathaushalte und Unternehmen in den Metropolen deutlich weniger Energie und Flächen in Anspruch nehmen als diejenigen außerhalb der Metropolen, ist ein solcher Bonus gerechtfertigt;
- die verbleibenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorrangig dazu nutzen, die Lebensqualität zu erhöhen – etwa durch eine Gestaltung des Straßengrüns oder die Renaturierung von Flussläufen, die nicht nur ökologischen Erfordernissen, sondern auch den Erholungswünschen der Bewohner der Metropolregion entspricht;
- die Maßnahmen, die in Hamburg nicht realisiert werden können, im Sinne einer kooperativen Flächenvorsorge in der Metropolregion umsetzen; die entsprechenden Planungen des Senats sind weiterzuführen. Dies zielt beispielsweise auf die Elbtalaue oberhalb Hamburgs oder andere Fluss- und Bachläufe. Damit können Hamburg und die Nachbarkreise gemeinsam einen Beitrag zur mehr Lebensqualität in der Metropolregion leisten.

### **d) Grenzüberschreitende Projekte vorantreiben**

Die Metropolregion Hamburg muss sich durch große grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte in Deutschland positionieren. Ein wichtiges Projekt, das im Rahmen einer grenzüberschreitenden Maßnahme bereits realisiert wurde, ist der Flughafen, dessen nördliche Landebahn bis in schleswig-holsteinisches Gebiet reicht. Weitere Projekte wären z. B.

- ein regionales S-Bahn-System und
- grenzüberschreitende Wohn- und Gewerbegebiete.

Hamburg kann mit einem neuen Flächennutzungsplan die Voraussetzungen für diese Projekte schaffen, indem es nach Absprache mit den Nachbarkreisen entsprechende Flächen ausweist.

#### **Position:**

Der Planungsrat der gemeinsamen Landesplanung der Metropolregion ist zu einem »Ministerrat« aufzuwerten, und die Regionalkonferenz muss innerhalb eines vorgegebenen Finanzrahmens die Entscheidungskompetenz über Maßnahmen und Projekte der Zusammenarbeit erhalten. Die Regionalkonferenz wählt einen Regionspräsidenten, womit die Region erstmals ein Gesicht erhält.

Die Geschäftsstelle der Gemeinsamen Landesplanung ist aus der Behörde für Bau und Verkehr auszulagern und als Regionalmanagement-Agentur zu führen. Das Regionalmarketing ist in Public Private Partnership und in Verknüpfung zur Hamburg Marketing GmbH neu zu organisieren.

Die Verpflichtung zu bundesgesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen muss für die Metropolen nach Art und Umfang um 50 Prozent reduziert werden. Die verbleibenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen gezielt für mehr Lebensqualität in der Region eingesetzt werden.

### **III. Handlungsfeld Wertschöpfung**

Für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum über dem Bundesniveau muss die Zentralitätsfunktion der Metropolregion weiter gestärkt werden, so dass Hamburg bei den Investitionsplanungen von überregionalen und vor allem international agierenden Unternehmen als eine der ersten Adresse gehandelt wird. Hierzu müssen sich Politik und Verwaltung um ein noch wirtschaftsfreundlicheres Klima bemühen, das unter den ansässigen Unternehmen die entsprechende Anerken-

nung findet, um imageprägend auch auf auswärtige Investoren zu wirken.

Darüber hinaus ist Hamburg aufgefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, Bundeseinrichtungen und internationale Einrichtungen für Hamburg zu gewinnen, um die staatliche Entscheiderzentralität zu fördern.

Zur Stärkung des Mittelstands, der den größten Teil der Arbeits- der Ausbildungsplätze schafft, kommt es vor allem darauf an<sup>58)</sup>,

- die finanzielle Mittelstandsförderung in einem zentralen Institut zu bündeln,
- eine zentrale Anlaufstelle für die gewerblichen Existenzgründer einzurichten und
- eine mittelstandsfreundliche Vergabepolitik umzusetzen.

Weitere Handlungsfelder betreffen die Förderung der Wirtschaftskluster und die Gewerbeflächenpolitik, die Stärkung der Internationalität Hamburgs, die Verkehrspolitik und die Weiterentwicklung der Bezirks- und Stadtteilzentren.

#### **1. Wirtschaftskluster fördern**

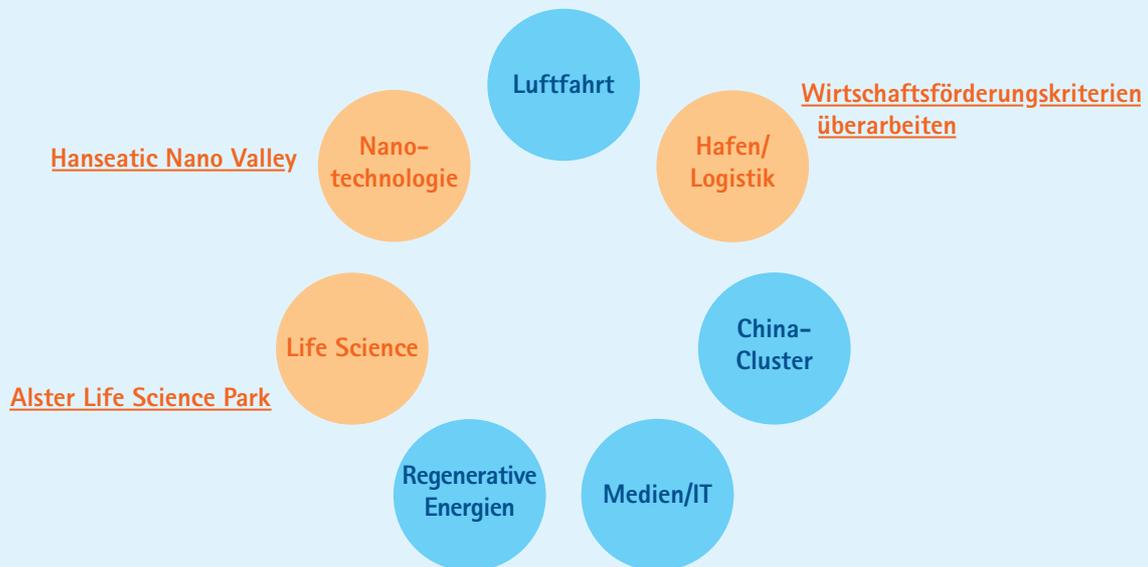
Die Cluster bilden einen wichtigen Baustein zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hamburg und nehmen in den Senatsdrucksachen zu Recht einen breiten Platz ein. Die Hamburger Cluster gilt es daher zu stärken. Im Folgenden werden die Schwerpunkte auf die Bereiche Technologie (Life Sciences und Mikroelektronik) und Logistik gelegt.

#### **Technologieparks entwickeln**

Die Clusterung von Unternehmen kann gefördert werden, indem an einem bestimmten Standort die spezifischen Standortanforderungen einer Branche in baulicher, verkehr-

<sup>58)</sup> Handelskammer Hamburg, Handwerkskammer Hamburg, Hrsg., 2002: Maßnahmen für den Mittelstand in Hamburg. Gemeinsame Positionen von Handelskammer Hamburg und Handwerkskammer Hamburg; – Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Handelskammer Hamburg, Handwerkskammer Hamburg, Hrsg., 2002: Hamburger Mittelstand. Ausgewählte Schwerpunkte zur Zukunftssicherung.

## Wirtschaftscluster fördern



licher und informationstechnischer Hinsicht in hoher Qualität bedient werden. Hierfür bieten sich Technologieparks an, die vielerorts mit großem Erfolg entwickelt wurden.<sup>59)</sup>

Die wesentlichen Erfolgsfaktoren von Technologieparks sind:

- eine authentische Profilierung, die an die Stärken des Wirtschaftsstandortes und an namhafte Unternehmen anknüpft,
- »Ankerinstitutionen« wie Universitäten oder Forschungseinrichtungen im unmittelbaren Umfeld,
- ein ausreichendes Flächenpotenzial für die weitere Entwicklung des Standorts,
- Gründerzentren als »Innovationsschmelde«, in denen vor allem neu gegründete Unternehmen eine unternehmensrelevante

Infrastruktur (von der Telefonzentrale bis zu Präsentationsräumen) vorfinden,

- ein attraktives Angebot an Gastronomie-, Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben.

### »Alster Life Science Park«

Anknüpfend an die Stärken Hamburgs im Gesundheitssektor sollte sich Hamburg verstärkt als Standort für Life Sciences profilieren. Insbesondere in den Bereichen Pharmazie, Geriatrie und Gerontologie besitzt Hamburg besondere Forschungskapazitäten, die es weiter auszubauen und zu vernetzen gilt.

Zur Förderung dieses Clusters sollten geschaffen werden:

- ein neuer Technologiepark »Alster Life Science Park«, der den in diesem Cluster aktiven Unternehmen ausreichend Entwicklungschancen bietet, und
- ein Forschungsinstitut, das als »Ankerinstitution« die internationale Ausstrahlung

<sup>59)</sup> Beispiele sind der Technologiepark für Biotechnologie in Martinsried, der Airbus-Technologiepark (ATP) und der Channel Hamburg.

## Alster Life Science Park



Fläche	Alsterkrugchaussee Groß Borstel
Größe (ha)	65
Entfernung City (km)	8
Entfernung Autobahn (km)	2
Entfernung Flughafen (km)	5
Flächennutzungsplan	Grünfläche

des Technologieparks und des Standorts Hamburg insgesamt erhöht.

Hamburg sollte sich um die Ansiedlung eines Forschungsinstituts der Fraunhofer- oder Max-Planck-Gesellschaft bemühen, das sich auf Life Sciences konzentrieren könnte. Bei solchen hochrangigen Forschungsinstituten hat Hamburg verglichen mit den Ländern Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern noch erheblichen Nachholbedarf.

Den Innovationstransfer können die Innovationsstiftung und das Hochschulforum der Wirtschaft (HWi) übernehmen, die im Sinne eines Tandems wirken könnten.

Für einen Technologiepark kommt insbesondere der Hamburger Nordwesten in Betracht, weil das Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) als eine wichtige Forschungseinrichtung und zahlreiche Life Science-Unternehmen hier ansässig sind. Insbesondere bietet sich ein Areal zwischen Groß Borstel, dem Naturschutzgebiet »Eppendorfer Moor« und der Alsterkrugchaussee an,<sup>60)</sup> das Fritz Schu-

macher in den 1920er Jahren als Standort für die Hamburger Universität vorgeschlagen hatte.<sup>61)</sup>

Dieses etwa 70 Hektar große Kleingartengebiet bietet ausreichend Entwicklungspotenzial für ein Forschungsinstitut und ansiedlungswillige Unternehmen, so dass der »Alster Life Science Park« über die kritische Masse verfügen kann, um international auszustrahlen. Die Entwicklung des Gebietes – und die damit einhergehende Umnutzung der Kleingartenfläche – könnte schrittweise erfolgen. Das Areal ist über die Alsterkrugchaussee (B 433) und den Ring 2 sowie aufgrund der Flughafennähe gut zu erreichen.

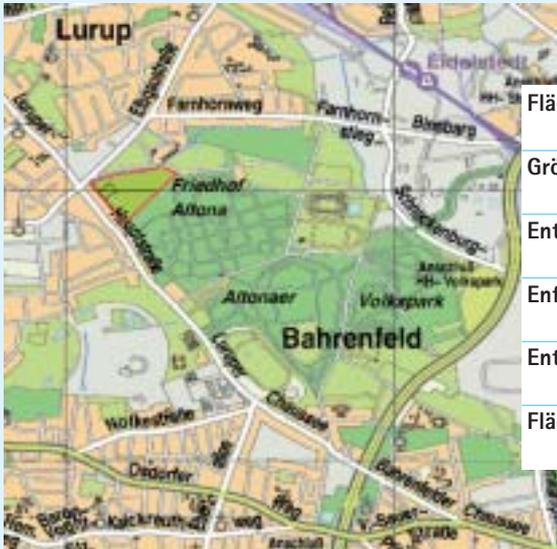
Das benachbarte Groß Borstel würde von diesem Projekt nachhaltig profitieren. Am

<sup>60)</sup> Handelskammer Hamburg, 1998: Raum für Wachstum. Gewerbeflächenangebot auf die Zukunft ausrichten. S. 38

<sup>61)</sup> Holtmann, M., 2002: Universität im Stadtteil – oder: Wie viel Universität trägt die Stadt, wie viel Stadt trägt die Universität? In: Lüthje, J., Hrsg.: Universität im Herzen der Stadt. Eine Festschrift für Dr. Hannelore und Prof. Dr. Helmut Greve. Hamburg, S. 110-124



## Hanseatic Nano Valley



Fläche	Vorhornweg
Größe (ha)	12
Entfernung City (km)	9
Entfernung Autobahn (km)	3
Entfernung Flughafen (km)	10
Flächennutzungsplan	Grünfläche

Schnittpunkt zwischen dem bisherigen Stadtteil und dem »Alster Life Science Park« könnte ein breiteres Angebot an Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben geschaffen werden. Groß Borstel könnte sich – mit einer ergänzenden Aufwertung der Grünflächen im Kern des Stadtteils – als »grüner Wissenschafts-Stadtteil« profilieren.

### »Hanseatic Nano Valley«

Auch für die Unternehmen aus dem Bereich der Mikro- und Nanostrukturen sollte ein Technologiepark geschaffen werden. Idealer Standort wäre ein Areal am Vorhornweg in Altona, das einen Kilometer vom Deutsche Elektronen Synchrotron (DESY) entfernt liegt.

### Hamburg Innovation Netzwerk (HIN!) – Zugang zu Innovationen erleichtern

Um den mittelständischen Unternehmen den Zugang zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und damit zu Innovationen zu erleichtern, braucht Hamburg eine zentrale, hochschulneutrale und wirtschaftsnahe Ver-

mittlungsstelle: das Hamburg Innovation Netzwerk (HIN!). HIN! dient dabei als Erstanlaufstelle für kleine und mittlere Unternehmen zur Problemanalyse und Vermittlung an geeignete wissenschaftliche Institute. Gemäß der Mittelstandsallianz soll diese Aufgabe von der Handelskammer und der Handwerkskammer wahrgenommen werden. Das von unserer Handelskammer initiierte Hochschulforum der Wirtschaft (HWi) stellt dabei das Lenkungsgremium für den strategischen Dialog dar.

Die geplante Koordinierungsstelle »i-Med«, die nach den Vorstellungen des Senats die Aktivitäten im Bereich Life Science zusammenfassen wird,<sup>62)</sup> sollte in das Hamburg Innovation Netzwerk HIN! integriert werden.

Für eine effiziente Finanzierung von Innovationsprojekten muss das Förderdickicht zu Gunsten des Mittelstands durchforstet und gestrafft werden. Erste Schritte in diese Rich-

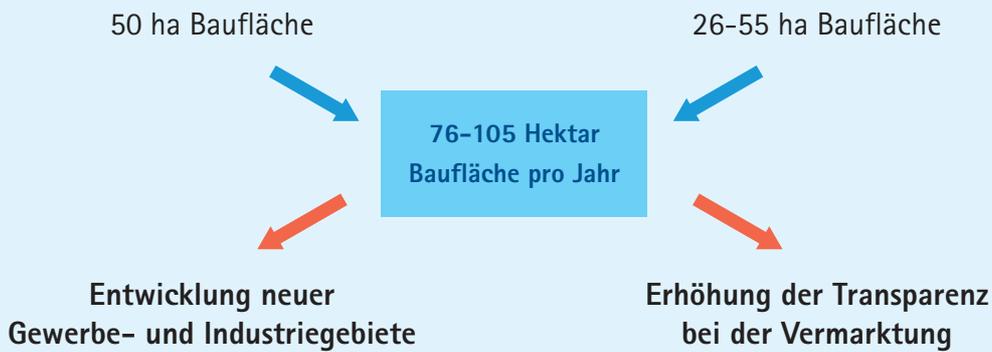
<sup>62)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, Hrsg., 2003: Fortschreibung des Leitbildes: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt, S. 37



## Jährlicher Gewerbeflächenbedarf

Jährlicher Gewerbeflächenbedarf der in Hamburg ansässigen Unternehmen:

Jährlicher Gewerbeflächenbedarf infolge von Neuansiedlungen und Erhöhung der Erwerbstätigenzahl (10.000 Personen p. a.):



Quelle: eigene Berechnungen



tung sind auch hier mit der Mittelstandsallianz eingeleitet worden, die die Gründung eines Mittelstandsförderinstituts basierend auf der Bürgerschaftsgemeinschaft, der Beteiligungsgesellschaft und der Innovationsstiftung vorsieht.

### Logistik-Cluster durch Überarbeitung der Wirtschaftsförderungskriterien fördern

Die Logistikunternehmen (einschließlich der Großhandelsunternehmen) haben für den



Logistik-Unternehmen: Auf große Grundstücke angewiesen. Foto: Peter Frischmuth/argus

Verkehrsknotenpunkt Hamburg eine sehr große Bedeutung. Um für Logistikunternehmen die Chancen zu erhöhen, städtische Flächen zu bekommen, müssen die Wirtschaftsförderungskriterien überarbeitet und Sonderkriterien für Logistiker (einschließlich Großhandels- und Lagerebetriebe) festgelegt werden. Der erzielbare Mehrwert lässt sich nicht ausschließlich an dem Verhältnis Quadratmeter/Mitarbeiterzahl messen. Hierbei muss auf die gesamte Wertschöpfungskette der Logistik abgestellt werden.

Innerhalb des Logistik-Clusters kommt dem Hamburger Hafen eine besondere Bedeutung zu, er ist seit jeher der Motor der Hamburger Wirtschaft. Derzeit wird ein neuer Hafenentwicklungsplan erarbeitet, zu dem die Anregungen der Wirtschaft gesondert erfolgen.

### 2. Angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik voranbringen

Mit einer angebotsorientierten Gewerbeflächenpolitik kann Hamburg Unternehmen anziehen und sich zugleich als attraktiver

Wirtschaftsstandort positionieren. Das bedeutet eine Abkehr von einer eher nachfrageorientierten Flächenpolitik, bei der die Verwaltung erst aktiv wird, wenn ein Investor sein konkretes Ansiedlungsinteresse bekundet. Stattdessen muss Hamburg ein differenziertes Angebot an Gewerbeflächen vorhalten und offensiv vermarkten.

In einer wachsenden Stadt müssen zusätzliche Gewerbeflächen für die bereits in Hamburg ansässigen Unternehmen bereitgestellt werden. Dieser Bedarf kann sich aufgrund von Verlagerungen, Erweiterungen und Funktionsausgliederungen ergeben. Kohlbrenner und Regioconsult ermittelten hier einen Flächenbedarf von 50 Hektar (vgl. Kapitel C.II).

Für die Neuansiedlung von Unternehmen müssen ausgehend von einer jährlichen Erhöhung der Erwerbstätigen um 10.000 Personen zusätzliche Gewerbeflächen zwischen 26 bis 55 Hektar bereitgestellt werden.<sup>63)</sup> Zusammen mit dem zusätzlichen Gewerbeflächenbedarf der bereits in Hamburg ansässigen Unternehmen ergibt sich ein jährlicher Bedarf zwischen 76 und 105 Hektar. Selbst bei einem jährlichen Bedarf von 76 Hektar muss davon ausgegangen werden, dass die Reserve an sofort-, kurz- und mittelfristig verfügbaren, städtischen Gewerbeflächen von 140 Hektar (vgl. Seite 27) in knapp zwei Jahren in Anspruch genommen sein wird.

Damit Hamburg mindestens 76 Hektar an Gewerbeflächen vergeben kann, ist eine Flexibilitätsreserve von weiteren 76 Hektar (100 Prozent) erforderlich. Nur so kann sichergestellt werden, dass auch bei Verzögerungen in der Flächenbereitstellung, die z. B. durch unvorhersehbare Altlasten verursacht werden können, stets ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen zur Verfügung steht.

Zugleich muss das Gewerbeflächenangebot den sehr unterschiedlichen Anforderungen der Unternehmen gerecht werden. Das erfordert u. a. ein regional ausgewogenes und differenziertes Angebot an vergabereifen Gewerbeflächen. Regional ausgewogen ist das



Gewerbegebiet Allermöhe: Die Wachsende Stadt braucht große Gewerbeflächen.  
Foto: Scymanska

Angebot, wenn in jedem Hamburger Bezirk mindestens 15 Hektar an vergabereifen Flächen vorgehalten werden.

Wo möglich, sollten thematisch positionierte Gewerbeflächen angeboten werden, um eine Clusterbildung zu erleichtern. Bei der thematischen Positionierung sind vor allem Großunternehmen oder Forschungsinstitute zu berücksichtigen. Eine solche Profilierung freier, flexibel zu schneidender Gewerbeflächen muss zudem mit einem gezielten Ansiedlungsmarketing verbunden werden.

### **Neue Industrie- und Gewerbegebiete entwickeln**

Für eine angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik benötigt Hamburg ausreichende Flächenreserven in allen Teilen der Stadt, die kontinuierlich entwickelt werden müssen. Neben kleineren Gewerbeflächen müssen auch große Gewerbeareale ausgewiesen werden, um auch größeren Unternehmen ausreichend Flächen anbieten zu können.

#### **Erläuterung: Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Gut Moor**

Gut Moor bietet den Bundesländern Hamburg und Niedersachsen die Chance, ein gemeinsames Gewerbegebiet zu entwickeln. Die beiden Bundesländer könnten auf diesem Wege die Planung, Ent-

<sup>63)</sup> Die durchgeführte Berechnung ergibt es aus Kapitel G.II.

## Vorschläge für Gewerbeflächen in Hamburg<sup>64)</sup>

Fläche	Größe (ha)	Entfernung City (km)	Entfernung BAB (km)	Entfernung Flughafen (km)	Flächen-nutzungsplan	Besondere Standorteigenschaften
Osdorf/Rugenfeld	40	10	4	12	Flächen für die Landwirtschaft	
Hamburg-Nordwest	60	9	1	6	Flächen für die Landwirtschaft	Nähe zum Autobahndreieck Nordwest
Hummelsbüttel	96	13	8	4	Flächen für die Landwirtschaft, Grünflächen	
Billstedt	50	9	1	13	Wald, Grünflächen	Nähe zur A 1
Billwerder-Moorfleet	80	8	1	14	Grünflächen	Ergänzung der Industrie-Flächen im Südosten
Gut Moor	200	14	1	22	Gewerbliche Flächen Landwirtschaft	Nähe zur den A 1 und 7 grenzüberschreitendes Projekt

wicklung und Vermarktung eines grenzüberschreitenden Gewerbegebiets modellhaft erproben und würden damit beide von dieser Entwicklung profitieren. Das Gewerbegebiet würde sich durch eine äußerst verkehrsgünstige Lage auszeichnen. Es befindet sich zwischen der Harburger Umgehung und der A 1, wobei der Bau einer weiteren Autobahnabfahrt sich anbieten würde. Damit würde zugleich das bereits bestehende Gewerbegebiet in Meckelfeld über eine bessere Verkehrsanbindung verfügen. Darüber hinaus werden diese Flächen von der Regionalbahnlinie in Richtung Lüneburg tangiert; hier wäre der Bau eines weiteren S-Bahnhofes denkbar. Dieser Bahnhof würde zugleich zur besseren Anbindung des Ortsteils Rönneburg beitragen.

Auch die Hamburger Konversionsflächen (frühere Bahn-, Post-, Telekom-, Krankenhaus- und Bundeswehrflächen) sollten bei Eignung verstärkt einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden. Es ist zu begrüßen, dass der Senat eine verstärkte Nutzung der

Konversionsflächen anstrebt. Die Grundeigentümer sind aufgefordert, bei der Festlegung des Verkaufspreises die Kosten für die Erschließung und die Altlastenbeseitigung angemessen zu berücksichtigen. Sofern Flächen im Besitz bundeseigener Unternehmen sind, sind etwaige spekulative Verzögerungen oder marktferne Preisvorstellungen politisch zu thematisieren.

### Transparenz bei der Vermarktung von Gewerbeflächen erhöhen

Eine angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik erfordert auch eine offensive Vermarktung der Flächen und eine größere Transparenz.

Vorbildlich ist in dieser Hinsicht Bayern. Wenn ein Unternehmer z. B. in München Gewerbeflächen sucht, kann er mit Hilfe des dortigen Standort-Informationen-Systems (SISBY) sehr schnell Informationen über Gewerbeflächen abrufen. Vergleichbare Angebote existieren in Hamburg nicht. Einen Überblick über den Hamburger Gewerbeflächenmarkt kann sich ein Unternehmer in Gesprächen mit der HWF oder den Hamburger Maklern verschaffen. Über das Internet sind vergleichbare Marktrecherchen zur Zeit nur in begrenztem Maß möglich.

<sup>64)</sup> Weitere Vorschläge ergeben sich aus: Handelskammer Hamburg, 1998: Raum für Wachstum, Gewerbeflächenangebot auf die Zukunft ausrichten.



HK Handelskammer Hamburg



## Gewerbegebiet Hamburg-Nordwest



Gewerbegebiet Hamburg-Nordwest

Wirtschaftsstruktur
Neue Suche

Grunddaten	
Größe	50 ha
Noch verfügbar	50 ha
Preis	
Eigentümer	Freie und Hansestadt Hamburg
Ansprechpartner	Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) Herr Müller Tel.: Fax: Email: hwf@hamburg.de
Bebaubarkeit	
Name des Bebauungsplans	
Ausweisung	GE
Grundflächenzahl	0,9
Geschossflächenzahl	2,4
Gebäudehöhe	
Verkehrsanbindung	
Entfernung zur City	10 km
Entfernung zum Flughafen	6 km
Entfernung zur Autobahn	1 km
Bahnstation	U-Bahnhof Niendorf-Markt (2 km)



Der Chart zur allgemeinen Darstellung des Gewerbegebiets verschafft dem Interessenten einen Überblick über die Lage des Gebiets in der Stadt sowie über die Grunddaten, die Bebaubarkeit und die Verkehrsanbindung. Von diesem Chart aus kann man den Chart zur Wirtschaftsstruktur anklicken.



HK Handelskammer Hamburg



## Gewerbegebiet Hamburg-Nordwest



Gewerbegebiet Hamburg-Nordwest

Weitere Informationen
Neue Suche

Branchenstruktur der Umgebung	Zahl der Unternehmen
Baugewerbe	333
Bergbau	1
Energie- und Wasserversorgung	8
Erbringung von öffentlichen und privaten Diensten	516
Erziehung und Unterricht	58
Fischerei und Fischzucht	1
Gastgewerbe	320
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	80
Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	2428
Immobilienwesen, Vermietung von beweglichen Sachen, Dienstleistungen	2423
Kredit- und Versicherungsgewerbe	362
Land- und Forstwirtschaft	71
Verarbeitendes Gewerbe	358
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	561



Der Chart zur Wirtschaftsstruktur des Gewerbegebiets gibt dem Interessenten Informationen zu den benachbarten Unternehmen und zur Branchenstruktur der Umgebung. Von hier gelangt man mit einem Klick wieder zurück zum Chart zur allgemeinen Darstellung.

**Erläuterung:  
Standort-Informations-System Bayern  
(SISBY)**

SISBY ist das Standort-Informations-System in Bayern. Es stellt die zentrale Anlaufstelle dar, die Standortinformationen über Gewerbeflächen (einschl. Büroflächen) in Bayern im Internet anbietet. Die Informationen über unbebaute Grundstücke erhält die IHK München, die für die Datenpflege zuständig ist, von den bayrischen Partnergemeinden. Die Informationen über die bebauten Grundstücke erhält die IHK von den Eigentümern und Maklern.

Anhand der Datenbank für unbebaute Flächen können diverse Informationen wie die Lage der Fläche, ihre Größe, die derzeitige Nutzung, die Eigentumsverhältnisse, die Verfügbarkeit, das Planungsrecht, die Verkehrsanbindung und die Erschließung abgerufen werden. Als Ansprechpartner werden Vertreter des Ministeriums, der IHK und der Gemeinde genannt.

Aus der Gewerbeimmobilienbörse (Datenbank für die bebauten Grundstücke und Büroflächen) können Informationen über die Lage, Grundstücksgröße/Nutzfläche, die Preisvorstellungen und der jeweilige Ansprechpartner (Eigentümer oder Makler) entnommen werden.

Es ist daher sinnvoll, ein datenbankgestütztes Informationssystem zur Optimierung der Flächenvermarktung auch in Hamburg anzubieten. Die Voraussetzungen hierfür sind günstig:

- Das Multifunktionale Standort-Informations-System (MUSIS) verknüpft die Daten aller Hamburger Unternehmen mit digitalen Karten. In einer Internet-Version könnte es um Daten zu verfügbaren Gewerbeflächen ergänzt werden.
- Mit der HWF gibt es eine zentrale Institution in Hamburg, die für die Vermarktung

des Standortes zuständig ist und die auch über Angebote von Hamburger Maklern informiert ist.

- Mit der Zusammenfassung der Liegenschaftsverwaltungen und der Einrichtung einer zentralen Datenbank liegen die Informationen über städtische Immobilien gebündelt vor.

Diese Informationen müssen miteinander verknüpft und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Folgendes Konzept ist hierzu geeignet:

- Es wird ein Gewerbe-Standort-Informations-System (GESIS) geschaffen, in dem zunächst die städtischen und in einem nächsten Schritt auch die privaten Angebote für Gewerbeflächen zusammengefasst werden.
- GESIS wird von der HWF gepflegt; private Angebote werden gegen eine kostenbezogene Bearbeitungsgebühr aufgenommen.
- Ausgewählte Informationen von GESIS (z. B. die Lage der Fläche, ihre Größe, die derzeitige Nutzung, die Eigentumsverhältnisse, die Verfügbarkeit, das Planungsrecht, die Verkehrsanbindung, die Erschließung, die Preisforderung und die Ansprechpartner) sind online abrufbar.
- Die visuelle Darstellung erfolgt mit Hilfe der Internet-Version von MUSIS. Neben der Lage der Fläche könnte aufgrund der integrierten Firmendaten zugleich die Wirtschaftsstruktur der Umgebung dargestellt werden.

Für die Umsetzung dieses Konzepts muss keine neue Institution geschaffen werden. Details wären mit der Liegenschaftsverwaltung, der HWF, der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und den Hamburger Maklern zu klären.

**Struktur und Entwicklungsperspektiven  
des Büroflächenmarktes ermitteln**

Auch ein gut positionierter Büroflächenmarkt kann eine erhebliche Magnetwirkung auf die

Ansiedlung von Unternehmen entfalten. Voraussetzung hierfür ist ein allgemein zugänglicher Überblick über die Struktur und die Renditeperspektiven des regionalen Immobilienmarktes. Um die Attraktivität für internationale Investoren zu erhöhen, sollte daher durch die Stadt eine Untersuchung vergeben werden, die eine Analyse der Struktur des Hamburger Büroflächenmarktes vornimmt und Vorschläge unterbreitet, mit welchen Mitteln eine Attraktivitätssteigerung erreicht werden kann. Die Ergebnisse sind allen Marktakteuren zugänglich zu machen.

### **3. Internationalität Hamburgs stärken**

#### **Instrumente zur Außenwirtschaftsförderung verbessern**

Seine führende Position als Außenwirtschaftszentrum wird Hamburg nur halten können, wenn es die Internationalisierungsreserven seiner Unternehmen ausschöpft. Für hiesige Firmen müssen daher neue Instrumente für den Einstieg ins internationale Geschäft entwickelt werden. Zur Unterstützung der Außenwirtschaftsförderung durch unsere Handelskammer bietet sich ein staatlich finanziertes »Scheckheft International« an, mit dessen Hilfe die Präsenz kleiner und mittlerer Unternehmen auf Auslandsmessen und deren Teilnahme an Außenwirtschaftsseminaren gefördert werden könnten.

#### **Internationale Kompetenzzentren bilden**

Hamburger Unternehmen unterhalten Wirtschaftsbeziehungen in alle Teile der Welt. Ebenso sind alle wichtigen Handelsnationen in Hamburg vertreten, so dass Hamburg einen »Marktplatz der Regionen der Welt« darstellt. Dies schließt aber nicht aus, dass sich die Hamburger Wirtschaftspolitik auf besondere Stärken konzentriert und Schwerpunkte in Form von internationalen Kompetenzzentren bildet. Neben der Fokussierung auf China (Partnerstadt Shanghai; vgl. Kapitel E.VI.2.), Japan (Partnerstadt Osaka) und den Ostseeraum/Osteuropa (Partnerstädte

St. Petersburg und Prag) ist es erforderlich, auch die Zusammenarbeit mit den USA (Partnerstadt Chicago) zu intensivieren.

Dabei geht es insbesondere darum, in den USA das Marketing für den Wirtschaftsstandort zu verstärken; Hamburg muss sich in den Vereinigten Staaten klar als Tor zu den Märkten der Zukunft in Mittel- und Osteuropa profilieren. Zur Stärkung von Hamburg als Tourismusdestination müssen das geplante Auswandererzentrum (vgl. Kapitel E.VI.3.) und die Auswandererdatenbank »Link to your roots« in den USA aktiv vermarktet werden. Zudem muss sich Hamburg noch intensiver für eine Non-Stop-Flugverbindung in die USA einsetzen.

Mit der EU-Osterweiterung steht Hamburg nach der deutschen Wiedervereinigung vor einer zweiten historischen Chance in seiner jüngeren Geschichte. Gerade Hamburg ist mit den künftigen EU-Ländern Polen, Tschechien und den drei baltischen Staaten wirtschaftlich eng verflochten.<sup>65)</sup> Hamburg sollte die Dynamik der EU-Osterweiterung nutzen, um der Zusammenarbeit im Ostseeraum neuen Schwung zu verleihen. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass die EU-Kommission dem Ostseeraum die gleiche Aufmerksamkeit widmet wie dem Mittelmeerraum und vergleichbare finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellt.

Mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur Europäischen Union wird Hamburgs Rolle als Scharnier zwischen den Märkten Osteuropas und denen in Übersee, insbesondere in Asien, weiter an Bedeutung gewinnen. Nicht zuletzt die über 120 japanischen Unternehmen, die an unserem Standort ansässig sind, nutzen bereits diese Brückenfunktion Hamburgs mit großem Erfolg.

### **4. Verkehrsinfrastruktur optimieren**

#### **Verkehrsdrehscheibe Hamburg ausbauen**

Für die Funktion Hamburgs als Übersee-Hafen und nordeuropäischer Verkehrsdrehscheibe sowie als dynamischer Wirtschaftsplatz ist ein bedarfsgerechter Ausbau der

<sup>65)</sup> Handelskammer Hamburg, 2002: Herausforderungen und Chancen: Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Hamburger Wirtschaft.



## Osterweiterung der EU



Straßen-, Schienen- und Luftverkehrsinfrastruktur sowie der See- und Binnenschiff-fahrtswege notwendig.

Zu den vordringlichen Infrastrukturprojekten für die wirtschaftliche Entwicklung Ham-burgs gehören

- die weitere Fahrrinnenanpassung der Unterelbe:  
Unverzichtbar ist die weitere Fahrrinnenanpassung der Unterelbe, damit auch in Zu-

kunft die größten und modernsten Contain-erschiffe der Welt den Hamburger Hafen ohne wesentliche Beschränkungen durch die Tide anlaufen und verlassen können.

- die Binnenwasserstraße Elbe:  
Ebenso unverzichtbar ist die Qualität der Elbe als Binnenwasserstraße bis nach Tschechien. Die bereits mit dem Bundes-verkehrswegeplan 1992 beschlossenen Strombaumaßnahmen an der Mittel-elbe müssen zügig durchgeführt werden.



Containerschiff HAMBURG EXPRESS: Auf eine zügige Fahrrinnenanpassung angewiesen. Foto: Keystone

Perspektivisch muss die Einbindung Ham-burgs in den nord- und zentraleuropäischen Raum auf ein neues Niveau gebracht werden. Hierzu bedarf es

- des EuroRapid<sup>66</sup>):  
Die Magnetschwebbahntechnik ist die Verkehrstechnik der Zukunft; durch ihre technische Überlegenheit gegenüber der

<sup>66</sup> Handelskammer Hamburg, 2001: Eurorapid – Lösung für die Verkehrsprobleme Zentraleuropas, internationales Verkehrssymposium am 10. Juli 2001.

Eisenbahn kann nur die künftige Mobilitätsanforderungen und ökologische Ziele in Einklang bringen. Mit einem zentral- und nordeuropäischen EuroRapid-Netz, dessen erstes Teilstück die Strecke Hamburg – Bremen – Groningen – Amsterdam sein könnte, wird Hamburg seine Verkehrszentralität innerhalb Europas maßgeblich verbessern. Diese Technik entlastet Luftraum, Autobahnen und Schienen.

- einer festen Fehmarnbelt-Querung: Nach dem Bau der Querung über den Großen Belt und der Öresundquerung ist es folgerichtig, auch auf der Vogelfluglinie mit der Fehmarnbelt-Querung eine landfeste Verbindung zwischen Puttgarden und Rødby (etwa 22 Kilometer) zu schaffen.

Zur Schaffung einer leistungsfähigen weiträumigen Verkehrsinfrastruktur müssen darüber hinaus vorrangig umgesetzt werden:

- die Landbrücke zwischen Hamburg und Lübeck mit einer elektrifizierten Bahnstrecke,
- die Fortsetzung der A 20 nach Westen mit neuer Elbquerung und Anschluss an die A 1, nach Osten als »Via Baltica« nach Polen bis zum Baltikum,
- die Weiterführung der A 250 als A 14 von Lüneburg nach Magdeburg,
- der Ausbau der A 1 Hamburg – Bremen – Dortmund und
- der Bau der Y-Trasse als leistungsfähige Schienenverbindung nach Hannover.

### **Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für die Metropolregion errichten<sup>67)</sup>**

Ein reibungsloser Verkehr setzt voraus, dass auch die regionalen Infrastrukturprojekte zügig umgesetzt werden:

- der durchgehend 8-streifige Ausbau der A 7 zwischen der neuen Anschlussstelle der A 26 und dem Autobahndreieck Nordwest,

<sup>67)</sup> Handelskammer Hamburg, 1998: Wege zu Wachstum und Wohlstand, Forderungen zum Ausbau des Hamburger Straßennetzes.

- die Hafenuferspanne (A 252) und
- die A 26 von Hamburg nach Stade.

Langfristig sollte der Bau eines Autobahnringes mit einer östlichen und westlichen Umfahrung Hamburgs angestrebt werden. Darüber hinaus müssen Engpässe im Hamburger Straßennetz beseitigt werden. Vorrangig sind der Ausbau der Ringe 2 und 3 und insbesondere ihrer Knotenpunkte mit den großen Radialstraßen.

In enger Abstimmung mit der Stadtentwicklungspolitik ist das S- und U-Bahnnetz weiter auszubauen:

- Im Zusammenhang mit dem vom Senat beschlossenen Bau der Linie U 4 von Steilshoop in die HafenCity sollte eine Verlängerung dieser Linie nach Süden konzipiert werden, die die Erschließung des Reiherstiegviertels, eine Umsteigemöglichkeit am S-Bahnhof Wilhelmsburg sowie die Anbindung der Großwohnsiedlung Kirchdorf-Süd und des Harburger Binnenhafens einschließt (vgl. Kapitel E.VI.1.).
- Zur Anbindung der Sportarenen am Volkspark, des »Hanseatic Nano Valley« (Vorhornweg, vgl. Seite 70) sowie des Osdorfer Borns sollte eine neue S-Bahnlinie geschaffen werden, die am Bahnhof Langenfelde aus der Strecke nach Pinneberg ausgefädelt wird.
- Für die Erschließung der Metropolregion sind folgende Regionalzugverbindungen als neue S-Bahnlinien einzurichten: nach Bad Oldesloe (nach einer Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Lübeck) sowie nach Tostedt und Lüneburg, wobei die HafenCity durch eine neue Station Zweibrückenstraße angeschlossen werden sollte.

### **5. Lebendige Bezirks- und Stadtteilzentren weiterentwickeln**

Zur Stärkung der Zentren sollten möglichst viele Einzelhandelsbetriebe dort integriert werden. Anknüpfend an die bisherige Funktion des Zentrums sollte Planungsrecht insbesondere für die Ansiedlung neuer Betriebs-

typen wie Fachmärkte, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Einkaufszentren in den Zentren geschaffen werden. Nur so können die gewachsenen Zentren langfristig im Wettbewerb mit nichtintegrierten Standorten bestehen.<sup>68)</sup> Ebenso sollten so weit wie möglich neue Betriebstypen der Freizeitwirtschaft in die Zentren integriert werden.

Bei der Integration von Einkaufszentren in die Bezirks- und Stadtteilzentren ist besonderes Augenmerk auf den Mikrostandort zu legen. Da die Kunden immer weniger bereit sind, größere Entfernungen zurückzulegen, müssen attraktive Einkaufsmöglichkeiten auf kleinem Raum angeboten und durch attraktive Lauflagen miteinander vernetzt werden.

Soweit keine ausreichenden Stellplatzangebote für die besonders umsatzstarken PKW-Kunden vorhanden sind, müssen zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden.

### **Standorte für Möbel-, Bau- und Gartenmärkte, Autohäuser**

Gerade bei Möbelhäusern, Bau- und Gartenmärkten sowie Autohäusern ist in der Metropolregion eine starke Nachfrage nach neuen Standorten zu erkennen. Diese Betriebe lassen sich wegen ihrer Dimensionen in der Regel kaum in die gewachsenen Zentren integrieren.

Hamburg muss diesen Unternehmen ausreichend Entwicklungsmöglichkeiten einräumen. Hierzu müssen Standorte definiert werden, die verkehrlich gut erreichbar sind und das vorhandene Zentrengefüge möglichst wenig beeinträchtigen. Das zentrenrelevante Sortiment sollte auf 10 Prozent der gesamten Verkaufsfläche begrenzt werden.

### **Zielgerichtete Entwicklung der Zentren**

Die Interessengemeinschaften, in denen sich Kaufleute, Grundeigentümer, in einigen Quartieren auch engagierte Bürger und Kul-



Bezirkszentrum Fuhlsbüttler Straße: Durch Vielfalt des Angebots attraktiv gestalten. Foto: Carstensen

turschaffende zusammengeschlossen haben, können einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität von gewachsenen Zentren leisten, indem sie die Aktivitäten vor Ort bündeln und sich für die Interessen ihres Quartiers einsetzen.

Bei der Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Interessengemeinschaften gibt es erfolgreiche Beispiele, aber auch eine Reihe von Defiziten. Die Bezirke finanzieren häufig aus »Bordmitteln« Planungs-Workshops, bei denen sich die Kaufleute stark engagieren. Die Enttäuschung setzt ein, wenn den Worten keine Taten folgen. Stattdessen sollte

- die Planung erst beginnen, wenn Finanzmittel auch für die Umsetzung zur Verfügung stehen,
- nach einem offenen Brainstorming die Ziele, die Bezirk und Interessengemeinschaft gemeinsam verfolgen, klar formuliert sowie konkrete Maßnahmen und ein Zeitplan für deren Realisierung vereinbart werden.

Die Aktivitäten der Interessengemeinschaften sowie des professionellen Quartiersmanagements, das in mehreren Hamburger Zentren bereits praktiziert wird, könnten durch neue Organisationsformen nach dem Vorbild der nordamerikanischen Business Improvement Districts (BID) zusätzliche Wirksamkeit erhalten.

Die Initiative hierzu muss von der örtlichen Kaufmannschaft oder den Grundeigentümern ausgehen. Deshalb bieten sich vor allem jene

<sup>68)</sup> Konkrete Handlungsempfehlungen zu den Bezirkszentren von Harburg und Bergedorf finden sich in zwei vor Ort-Papieren: Handelskammer Hamburg, 2002: Das Profil der Bergedorfer Innenstadt stärken; Dies., 2000: Die Harburger Innenstadt als Oberzentrum stärken.

Quartiere für eine modellhafte Umsetzung an, in denen bereits zahlreiche Unternehmen im Stadtmarketing aktiv sind. Interesse an einem Pilotprojekt wurde aus so unterschiedlichen Quartieren wie dem Neuen Wall, dem Steindamm und dem Großneumarkt signalisiert.

BIDs bieten die Chance, durch die obligatorische Einbindung aller Betroffenen eines Quartiers infrastrukturelle Defizite in Kooperation mit der öffentlichen Hand abzubauen, in attraktivitätssteigende Maßnahmen zu investieren und ein professionelles Stadtmarketing zu betreiben. Voraussetzung für dieses Modell sind eine landesgesetzliche Regelung und eine kommunale (bezirkliche) Satzung, die das Errichtungsverfahren und Befugnisse eines BID festlegt.

#### **Erläuterung: Business Improvement Districts**

Business Improvement Districts (BID) sind befristete Zusammenschlüsse von Gewerbetreibenden und Grundeigentümern eines Quartiers, die auf Initiative der Wirtschaft zustande kommen. Sie schließen sich – auf der Basis einer Pflichtmitgliedschaft – zu einem BID zusammen, so dass sie über eine mittelfristig kalkulierbare finanzielle Basis verfügen und zugleich dem Problem der Trittbrettfahrer begegnen können. Die meisten nordamerikanischen BIDs werden für zunächst fünf Jahre eingerichtet.<sup>69)</sup>

#### **Position:**

- Ausgewählte Wirtschaftscluster müssen weiter gestärkt werden. So sollten zur Stärkung der Position Hamburgs als Gesundheitsstandort ein neuer Technologiepark »Alster Life Science Park« und

<sup>69)</sup> Dokumentation eines internationalen Expertenhearings in der Handelskammer Hamburg. Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V. (BCSD), Hrsg., 2003: Business Improvement Districts (BID) – Ein Modell (auch für Deutschland?! Schriftenreihe der BCSD N<sup>o</sup> 2

als »Ankerinstitution« ein Forschungsinstitut gewonnen werden. Insbesondere für Unternehmen, die Mikro- und Nanostrukturen untersuchen, sollte ein Technologiepark »Hanseatic Nano Valley« eingerichtet werden.

- In der Gewerbeflächenpolitik ist ein Paradigmenwechsel notwendig. Es darf nicht länger der Investor mit konkretem Flächenbedarf Voraussetzung für entsprechende Angebotsplanungen sein. Vielmehr muss im Rahmen einer künftigen angebotsorientierten Flächenpolitik mit einem sofort verfügbaren Angebot in mindestens zweifachem Volumen der jährlichen Gesamtnachfrage gezielte Investorenwerbung betrieben werden.
- Zusätzliche Gewerbeflächen sollten verstärkt auf den Konversionsflächen gewonnen werden.
- In jedem Hamburger Bezirk muss mindestens ein großes zusammenhängendes Industrie- und Gewerbegebiet entwickelt werden. Weitere gewerbliche Bauflächen sind insbesondere im Norden und Westen Hamburgs zu erschließen.
- Die Transparenz des Hamburger Gewerbeflächenmarktes muss durch ein Gewerbe-Standort-Informationssystem (GESIS) optimiert werden.
- Die Wirtschaftsförderungskriterien müssen überarbeitet und um Sonderkriterien für Logistiker ergänzt werden.
- Neben der bisherigen Fokussierung auf China, Japan und den Ostseeraum/Ost-europa muss Hamburg auch die Zusammenarbeit mit den USA intensivieren.
- Zur Stärkung Hamburgs als nordeuropäische Verkehrsdrehscheibe muss die weitere Fahrrinnenanpassung der Unterelbe noch in dieser Dekade umgesetzt sowie die Realisierung des Euro-

Rapids und der festen Fehmarnbelt-Querung entschlossen vorangetrieben werden.

- Zur Entlastung des gesamten Hamburger Straßennetzes ist der Bau eines Autobahnringes um Hamburg (einschließlich der Hafenspanne), der Ausbau der Ringe 2 und 3 sowie ihrer Knotenpunkte mit den großen Radialstraßen zügig voranzutreiben.
- Das S- und U-Bahnnetz ist weiter auszubauen: mit einer Verlängerung der beschlossenen U 4 (Steilshoop – Hafencity) nach Wilhelmsburg und Harburg, S-Bahnen zu den Sportarenen am Volkspark und zum Osdorfer Born sowie nach Bad Oldesloe, Tostedt und Lüneburg.
- Die Bezirks- und Stadtteilzentren sollten zukunftsorientiert weiterentwickelt werden, indem hier Planungsrecht für neue Betriebsformen des Einzelhandels und der Freizeitwirtschaft geschaffen wird. Die Aktivitäten der Interessengemeinschaften sowie des professionellen Quartiersmanagements sollten in einem Modellprojekt nach dem Vorbild der nordamerikanischen Business Improvement Districts (BID) gebündelt werden.

## IV. Handlungsfeld Bevölkerung

Die wesentlichen Handlungsfelder für eine steigende Bevölkerungszahl sind mehr Familienfreundlichkeit, eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderungspolitik und ein nachfragegerechtes Wohnungsangebot.

### 1. Familienfreundlichkeit erhöhen

Mit einer Erhöhung der Familienfreundlichkeit, insbesondere durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, kann die Geburtenrate in Hamburg nachhaltig erhöht werden. Hierzu können finanzielle Anreize, eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und ein größeres Maß an

Flexibilität bei der Erwerbstätigkeit von Frauen (im Hinblick auf Arbeitszeit und Organisation) beitragen.

Einiges spricht dafür, dass eine umfassende Kinderbetreuung als wichtiger eingeschätzt wird als finanzielle Anreize. Eine Studie des DIW<sup>70)</sup> belegt, dass sich ein umfassendes Angebot an bedarfsgerechten Betreuungseinrichtungen positiv auf die Entscheidung für das erste Kind auswirken kann. Ebenso wie in anderen europäischen Ländern muss auch Deutschland verstärkt auf einen Ausbau der Betreuungsangebote setzen.

### Kinderbetreuung an den Bedürfnissen der Berufstätigen ausrichten

Hamburg sollte sich als die familienfreundliche Stadt profilieren, indem es insbesondere sein Angebot an Betreuungseinrichtungen für Kinder ausbaut. Erste Versuche werden aktuell mit der KiTa-Card unternommen.

#### Erläuterung: »KiTa-Card«

Mit der »KiTa-Card« – einem Gutschein, den die Eltern bei den Kindertagesstätten einlösen können – sollen sich die Betreuungsangebote stärker an der Nachfrage ausrichten. Der Wettbewerb unter den Einrichtungen soll gesteigert werden, die zentrale Planung durch die Fachbehörde entfallen. Die Eltern müssen sich jedoch nach wie vor mit einem Eigenbetrag an den Kosten beteiligen. Eine Betreuung über die Grundbetreuung von vier Stunden pro Tag hinaus kann derzeit nicht für alle Kinder angeboten werden; u. a. müssen sich – auf der Basis von behördlichen Prioritätskriterien – auch berufstätige Eltern, auf Wartezeiten einstellen.

Um eine optimale Kinderbetreuung für Berufstätige gewährleisten zu können, sind folgende Anpassungen der »KiTa-Card« erforderlich:

<sup>70)</sup> Hank, K.; Kreyenfeld, M.; Spieß, C.K., 2003: Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Diskussionspapiere 331



Kindertagesstätten: Für die familienfreundliche Stadt unverzichtbar. Foto: Caro, Kaiser

1. Das Basisangebot muss eine tägliche Betreuung von Kindern ab drei Jahren für eine Dauer von fünf Stunden umfassen, denn nur eine fünfständige Betreuung ermöglicht eine Halbtagsbeschäftigung.
2. Für eine Betreuung über das Basisangebot hinaus sollten die Eltern grundsätzlich höhere, ab einem bestimmten Einkommen kostendeckende Beiträge leisten. Es muss sichergestellt sein, dass hierfür genügend Betreuungsangebote zur Verfügung stehen.

Handlungsempfehlungen zur Betreuung von Schulkindern finden sich in Kapitel E.V.4.

#### Position:

Deutschland muss seine Anstrengungen bei der Familienförderung verstärken, dabei ist insbesondere auf den Ausbau der Betreuungsangebote zu setzen. In Hamburg muss eine vorschulische Kinderbetreuung von fünf Stunden pro Tag sichergestellt sein. Für eine darüber hinausgehende Betreuung müssen genügend Angebote bereitgestellt werden.

## 2. Zuwanderungspolitik an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausrichten

### Die »besten Köpfe« für Deutschland gewinnen – das Bundesrecht anpassen

Die Zuwanderungspolitik muss sich an den Erfordernissen der Wirtschaft und des Ar-

beitsmarktes sowie der Profilierung Hamburgs als Wissenschaftsstandort ausrichten und so volkswirtschaftlichen Nutzen generieren. Damit erhöht sie den Wohlstand des Zuwanderungslandes und findet zugleich Akzeptanz in der Gesellschaft.<sup>71)</sup> Eine Orientierung am Arbeitsmarkt schließt auch bei registrierter Arbeitslosigkeit eine Zuwanderung nicht aus, denn wegen des Phänomens des »gespaltenen Arbeitsmarktes« bestehen registrierte Arbeitslosigkeit und offene Stellen parallel. Um diesem Phänomen wirkungsvoll zu begegnen, bedarf es grundlegender Reformen zu Gunsten von mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt.<sup>72)</sup>

Für eine dauerhafte Einwanderung sind Kriterien zu Grunde zu legen, die sich insbesondere auf das Alter, die Ausbildung, auf Deutsch- und andere Sprachkenntnisse, berufliche Erfahrungen und die Integrationsfähigkeit beziehen. Hierbei sollte sich Deutschland an den Vereinigten Staaten und Kanada orientieren, die auf eine über 200-jährige Einwanderungsgeschichte zurückblicken.

Den Einwanderern muss die Perspektive eines unbefristeten Aufenthaltes eröffnet werden, damit sie ihre Lebensplanung darauf einstellen können. Dies betrifft die Integration und die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Nur so kann sich Deutschland im Wettbewerb um die »besten Köpfe« auch gegenüber anderen Einwanderungsländern behaupten.

### Hamburg als attraktives Zuwanderungsziel positionieren

Von der Zuwanderung nach Deutschland wird Hamburg besonders profitieren, wenn es gelingt, die Hansestadt als attraktives Zuwanderungsziel international zu positionieren. Hierzu sollte ein Hamburg Welcome Center geschaffen werden.

<sup>71)</sup> Die Zuwanderung aus humanitären Gründen (Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylbewerber) bleibt davon grundsätzlich unberührt. Ihre aus ökonomischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Gründen ggf. notwendige Begrenzung, z. B. durch eine Reform des Asylrechts, unterliegt der politischen Entscheidung.

<sup>72)</sup> Handelskammer Hamburg, 2002: Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem Dreisprung zu mehr Beschäftigung.

Dieses Ziel ist ein Leitprojekt der Wachsenden Stadt (vgl. Kapitel E.VI.3.).

### Integration – Fördern und Fordern

Die Zuwanderungspolitik muss ein umfassendes Integrationskonzept einschließen, das sich an die in Hamburg lebenden Ausländer und an die Zuwanderer richtet. Die wesentlichen Bausteine einer Integrationspolitik sind:

- Deutsch-Förderunterricht für alle Kinder mit Migrationshintergrund sowie für neu zuwandernde Kinder und Jugendliche, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Soweit es das Schulgesetz nicht bereits vorsieht, sollten Förderkurse für Kinder und Jugendliche eingerichtet werden. Erst nach einer erfolgreichen Sprachprüfung sollten die Kinder und Jugendlichen am regulären Unterricht teilnehmen.
- Deutsch- und Integrationskurse für Erwachsene, die bisher nicht über ausreichende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift verfügen.

Die sofortige Integration von Kindern und Jugendlichen in die Regelklassen empfiehlt sich nicht, denn mangelnde Sprachkenntnisse verhindern den angestrebten Lernfortschritt in allen Fächern. Kinder ohne Deutschkenntnisse behindern zudem den Lernerfolg aller Kinder einer Klasse ganz maßgeblich.

Die Integrationspolitik muss dem Grundsatz des Förderns und Forderns folgen. Das heißt, dass den Ausländern und Zuwanderern nicht nur Förderung angeboten wird, sondern auch, dass sie – sanktionsbewehrt – ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Integration unter Beweis stellen müssen, indem sie die Angebote wahrnehmen.

#### Position:

Die Zuwanderung sollte durch Kontingente gesteuert werden, die sich an den Erfordernissen der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der demographischen Ent-

wicklung ausrichten. Für eine dauerhafte Einwanderung sind Kriterien zu Grunde zu legen, die sich insbesondere auf das Alter, die Ausbildung, auf Deutsch- und andere Sprachkenntnisse, berufliche Erfahrungen und die Integrationsfähigkeit beziehen.

Die Zuwanderungspolitik muss von einer Integrationspolitik begleitet werden, die dem Grundsatz des Förderns und Forderns folgt.

### 3. Wohnungsangebot an der Nachfrage orientieren

Hamburg benötigt mehr Wohnungen. Als wachsende Stadt muss Hamburg nicht nur der zusätzlichen Nachfrage der hier Lebenden gerecht werden (vgl. Kapitel C.III.), sondern auch der Nachfrage der Menschen nachkommen, die nach Hamburg zuziehen. Bei einem anzustrebenden jährlichen Bevölkerungszuwachs von 13.000 Einwohnern und einer weiter steigenden Wohnfläche pro Einwohner muss davon ausgegangen werden, dass die Flächenreserve von 460 Hektar (vgl. Seite 38) in rund drei Jahren in Anspruch genommen sein wird.



Neubauwohnungen am Michel: Nachverdichtungsmöglichkeiten gezielt nutzen. Foto: Schöte

## Jährlicher Wohnflächenbedarf

Jährlicher Bedarf an Wohnungen  
bei gleichbleibender Bevölkerung:

4.300 Wohneinheiten

68 Hektar Baufläche

Jährlicher Bedarf an Wohnungen  
durch Zuwanderung (13.000 Menschen p. a.):

5.800 Wohneinheiten

93 Hektar Baufläche

161 Hektar  
Baufläche pro Jahr

Nachverdichtungspotenzial  
ausschöpfen

Neue Wohngebiete  
erschließen

Quelle: eigene Berechnungen

Um das Angebot an Wohnungen zu erhöhen, bedarf es

- guter Investitionsbedingungen für Unternehmen und private Bauherren (vgl. Kapitel E.II.8.) sowie
- eines ausreichenden Angebots an Wohnbauflächen.

Es muss sichergestellt werden, dass auch mittelfristig jährlich rund 160 Hektar Wohnbauflächen zur Verfügung gestellt werden können. Dabei ist die Vielfalt der Nachfragergruppen zu berücksichtigen, wobei ein Schwerpunkt auf familienfreundlichem Wohnen liegen sollte. Das Angebot muss sich daher nicht nur durch eine höhere Quantität, sondern auch durch eine möglichst große Vielfalt auszeichnen.

Grundsätzlich gilt, dass sozialpolitische Ziele in erster Linie durch eine Subjektförderung, d.h. durch die finanzielle Förderung von Einzelpersonen, verfolgt werden sollten. Die Objektförderung im Rahmen des »klassi-

schen« sozialen Wohnungsbaus sollte dagegen weiter zurückgefahren werden. So kann verhindert werden, dass Wohnungen geschaffen werden, die nicht der Nachfrage entsprechen.

### Nachverdichtungspotenziale auch für Wohnen nutzen

Die Verdichtungspotenziale in der Inneren Stadt müssen durch Nachverdichtung und die Nutzung von aufgegebenen Gewerbeflächen sowie früherer Bahn-, Post- und Telekomareale so weit wie möglich ausgeschöpft werden. Die vom Senat geplante systematische Erfassung der Potenziale der Innenentwicklung und die Umnutzung ehemaliger Krankenhausflächen zu Wohnbaugebieten sind insofern unterstützenswert.

Im Geschosswohnungsbau muss darauf geachtet werden, dass neben den Wohnungen für Singles und Paare auch Wohnungen für Familien entstehen. Bauformen, die bei gängiger Geschosswohnungsbau-Dichte auch Gärten, Terrassen und Dachgärten anbieten

und die insofern mit den Qualitäten des »Haus im Grünen« vergleichbar sind, müssen gezielt gefördert werden.

Auch die Verdichtungspotenziale außerhalb der Inneren Stadt müssen ausgeschöpft werden. Beispielsweise können die in den 1920er bis 1950er Jahren entstanden großflächigen Einfamilienhaus-Siedlungen in Bramfeld, Eidelstedt, Langenhorn oder Nettelnburg durch Anbauten, Dachausbauten und die rückwärtige Bebauung ergänzt werden. Grundsätzlich gilt, dass dabei der Charakter der Siedlungen zu bewahren ist.

Anstöße hierzu sind durch die Bauleitplanung zu schaffen, indem z. B. die rückwärtige Erschließung der bebaubaren Gartenflächen oder ein leichter Ausbau von Dachgeschosswohnungen ermöglicht wird.

### **Ein- und Zweifamilienhausbau außerhalb der Inneren Stadt verstärken**

Um möglichst vielen Menschen eine Wohnung mit Gartenzugang und gleichzeitig die Eigentumsbildung zu ermöglichen, müssen verstärkt Baugebiete für Ein- und Zweifamilienhäuser außerhalb der Inneren Stadt ausgewiesen werden. Nur durch eine solche Mengenstrategie kann Hamburg der Nachfrage nach Eigentumsbildung zu angemessenen Preisen begegnen.

Der verdichtete Einfamilienhausbau sollte mit kleineren Mehrfamilienhäusern durchmischt werden. Dies erhöht die Chance, dass ältere Bewohner innerhalb des Quartiers in eine kleinere Wohnung umziehen können, und trägt insgesamt zu einer stärkeren Durchmischung des Quartiers bei.

Bei der Entwicklung neuer Wohngebiete ist auf städtebauliche und sozialräumliche Qualitäten sowie ein gutes Einzelhandels- und Dienstleistungsangebot zu achten. Als Standorte kommen in Betracht:

- Sülldorf,
- die Erweiterung der Stadtteile Bergstedt und Ohlstedt,

- Fischbek (beiderseits der geplanten S-Bahn nach Stade, die hier einen Haltepunkt erhalten könnte) und Fischbeker Heide,
- Oberbillwerder,
- eine Erweiterung der größeren Dörfer in den Vier- und Marschlanden.

#### **Position:**

Hamburg braucht mehr Wohnungen. Hierzu ist – neben guten Investitionsbedingungen für Unternehmen und private Bauherrn – ein ausreichendes Angebot an Wohnbauflächen erforderlich.

Um möglichst vielen Menschen eine Wohnung mit Gartenzugang und gleichzeitig die Eigentumsbildung zu ermöglichen, müssen verstärkt Baugebiete für Ein- und Zweifamilienhäuser außerhalb der Inneren Stadt ausgewiesen werden. Zugleich muss das Nachverdichtungspotenzial so weit wie möglich ausgeschöpft werden. Ein Schwerpunkt muss auf familienfreundlichem Wohnen liegen.

#### **4. Autobahn A7 überdecken**

Mit dem geplanten Ausbau der Autobahn A7 auf acht Fahrstreifen, der im Entwurf des aktuellen Bundesverkehrswegeplans als vorrangiger Bedarf eingestuft ist, bietet sich für Hamburg eine einzigartige Chance: Der ohnehin notwendige zusätzliche Lärmschutz kann durch eine Überdeckung der Autobahn realisiert werden. Damit gewinnt Hamburg etwa 30 Hektar an zusätzlicher Fläche in attraktiver Lage. Es ist deshalb unverständlich, dass diese Maßnahme weder im Leitbild des Senats noch in seiner Fortbeschreibung enthalten ist, obwohl sie Bestandteil der Koalitionsvereinbarung ist.

#### **Ein Deckel, der alle Wachstums-komponenten befördert**

Der Autobahndeckel, der auf einer Länge von knapp drei Kilometern zwischen der Abfahrt



Autobahndeckel Düsseldorf: Beispiel für die A7 in Bahrenfeld. Foto: Ingenieurbüro Grassl GmbH

Volkspark und dem nördlichen Ausgang des Elbtunnels realisiert werden sollte, hat folgende Vorteile:

- Die Überdeckung der Autobahn bildet den Lärmschutz, der mit dem Ausbau der A 7 erforderlich wird. Damit wird die Voraussetzung für den verkehrlich unverzichtbaren Ausbau auf acht Spuren geschaffen.
- Durch die Überdeckung wird das ursprüngliche Geländeniveau aus der Zeit vor dem Autobahnbau wieder hergestellt. Damit wäre die Barrierewirkung der die Stadtteile Bahrenfeld und Othmarschen trennenden Autobahn aufgehoben.
- Auf den Deckel können »leichte« Nutzungen aus dem Umfeld wie z. B. Parkanlagen, Sport- und Freizeitflächen sowie Kleingärten verlagert werden. Diese Grünflächen tragen damit – zusammen mit dem Wegfall der Emissionen – zu einer höheren Lebensqualität in der Umgebung bei.
- Die Verlagerung der »leichten« Nutzungen würde Bauflächen für Gewerbeansiedlungen und Wohnbebauungen schaffen. Den

rund 30 Hektar »Deckelfläche« stünden rund 35 Hektar Bruttobauland im Umfeld gegenüber. Diese könnten der Stadtentwicklung im Hamburger Westen neue Impulse geben. Auch Gewerbeflächen sind in dieser Lage sehr begehrt.

### **Bund und Land teilen sich die Finanzierung**

Die Gesamtkosten des Deckelbauwerks belaufen sich auf rund 250 Mio. Euro. Im neuen Bundesverkehrswegeplan werden der Ausbau der A 7 zwischen dem Autobahndreieck Nordwest und der Abfahrt Othmarschen und die Überdeckung als »vordringlicher Bedarf« eingestuft. Für den Lärmschutz an der A 7 stellt der Bund rund 100 Mio. Euro zur Verfügung. Die übrigen Kosten müssten sich die Freie und Hansestadt Hamburg und private Investoren teilen. Der Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg könnte im Wesentlichen durch die Vermarktung von 35 Hektar stadteigener, im Zuge eines Flächentausches frei werdender Grundstücke beidseitig der Autobahn erfolgen.

Notwendig für den Erfolg des Projekts ist die Inwertsetzung der angesprochenen »Tauschflächen«. Hier sind auch Projektentwickler und private Investoren aufgefordert, mit schlüssigen Konzepten standortgerechte Nutzungsvorschläge zu unterbreiten.

### **Nutzungskonzepte kurzfristig entwickeln**

Entwicklungsfähige Baufelder im Rahmen des Flächentauschprogramms wären vor allem:

- das Kleingartengelände südlich der Behringstraße (ca. 14 Hektar): Dieses Areal befindet sich in der Nähe des Othmarschen-Parks und könnte im Norden aufgrund der verkehrsgünstigen Lage (Nähe zum Autobahnanschluss Othmarschen) zu einem Mischgebiet entwickelt werden. Südlich angrenzend könnte ein Wohngebiet entstehen, das sich wegen der Nähe zur Internationalen Schule vor allem für Angehörige der Konsulate und für Mitarbeiter ausländischer Unternehmen anbietet.

- das Kleingartengelände nördlich des Kielkamps (ca. 15 Hektar):  
Dieses Gelände könnte in ein Wohnbaugelände im Charakter der Elbvororte entwickelt werden. Durch den unmittelbaren Anschluss an den Volkspark hätte es außerordentliche Wohnqualitäten zu bieten.

Wichtige nächste Schritte sind die zügige Konkretisierung der Planungen, die Aufstellung von Finanzierungskonzepten und die Berücksichtigung des Projekts in den kommenden Haushaltsplänen Hamburgs. Für die Nutzung der Deckelfläche und die frei werdenden Randflächen ist kurzfristig ein städtebaulicher Wettbewerb durchzuführen. Daran anschließend sind erste Bebauungsplanverfahren einzuleiten.

#### Position:

Der Autobahndeckel in Bahrenfeld ist zügig zu realisieren. Die nach der Verlagerung »leichter« Nutzungen in der Umgebung frei werdenden Bauflächen sind neben der vorgesehenen Wohnbebauung auch für Gewerbeansiedlungen zu nutzen. Die genaue Gestaltung sollte über einen städtebaulichen Wettbewerb ermittelt werden.

## V. Handlungsfeld Lebensqualität

Die Vielzahl von Maßnahmen, die einen Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität in Hamburg leisten, wird im folgenden anhand der in der Ausgangslage (vgl. Kapitel C.IV.) vorgestellten Faktoren dargestellt.

### 1. Kulturelle, sportliche und Freizeitattraktivität erhöhen<sup>73)</sup>

#### Kulturpolitisches Leitbild entwickeln

In einem kulturpolitischen Leitbild für die »Kulturstadt Hamburg« sollten allgemeine Ziele festgelegt und in regelmäßigen Abständen



König der Löwen: Wichtiger Beitrag zur Attraktivität Hamburgs.  
Foto: Peter Peitsch / argus

den überprüft und fortgeschrieben werden. Aus dem Leitbild sind die zur Zielerreichung notwendigen Aktivitäten und Zielgrößen für finanzielle Förderungen abzuleiten und werden hierdurch nachvollziehbar. Bei einer derartigen Kulturpolitik werden sich die für das Hamburger Kulturangebot verantwortlichen Behörden, Einrichtungen und Personen mehr als bisher als verantwortlicher Teil der »Kulturstadt Hamburg« verstehen.

#### Hamburgs Vermarktung als »Eventstadt« optimieren

Für eine schnellere Wahrnehmung internationaler Entwicklungen im Unterhaltungsbereich und deren Umsetzung in Hamburg sollte die Funktion eines »Event-Scouts« geschaffen werden. Dieser hätte die Aufgabe, neue attraktive Großveranstaltungen zu akquirieren und die genehmigungsrechtliche Umsetzung zu begleiten. Auch der Aufbau eines Veranstaltungskalenders, der unproduktive Überschneidungen vermeidet, würde zu seinem Zuständigkeitsbereich zählen. Übertragen werden sollte diese Funktion der »Hamburg Marketing GmbH«, die Durchführung ist eng mit der Hamburg Tourismus GmbH zu koordinieren.

Ergänzend dazu ist es erforderlich, dass auf Behördenseite die Zahl der Ansprechpartner für die Umsetzung von großen Freiluftveranstaltungen reduziert wird. Statt es dem Organisator zuzumuten, Kontakt zu verschiedenen Behörden und evtl. auch zu verschiedenen politischen Gremien aufzunehmen, sollte man ihm einen Ansprechpartner auf der Behördenseite benennen, der sich für ihn der

<sup>73)</sup> Handelskammer Hamburg, 2000:  
Tourismusstandort Hamburg, die Zukunft liegt am Wasser.

Beschaffung aller erforderlichen Genehmigungen annimmt. Es sollte daher die Funktion eines »Event-Guides« geschaffen werden, die die »Stabsstelle Wirtschaft« (vgl. Seite 59) in den Bezirksämtern mit übernehmen könnte.

### ÖPNV-Anbindung von der AOL-Arena und der Color Line-Arena verbessern

Um die Verkehrsanbindung der Arenen zu verbessern, müssen die Planungen für den Bau einer S-Bahnlinie von Langenfelde über die Arenen zum Osdorfer Born forciert werden.



Sportarenen am Volkspark: Besserer ÖPNV-Anschluss dringend erforderlich. Foto: Scymanska

Beim Betrieb dieser S-Bahn könnte ähnlich verfahren werden wie bei der S-Bahn, die künftig zum Flughafen führt. Dort sollen die Züge im S-Bahnhof Ohlsdorf geteilt (»geflügelt«) werden: Ein Zugteil fährt zum Flughafen, der andere Zugteil nach Poppenbüttel.

### Parks und Erholungsflächen – für die Zukunft erhalten und weiterentwickeln

Die Parks und Erholungsflächen, die wichtige Erholungs- und Freizeitfunktionen haben und von denen einige auch touristisch von großer Bedeutung sind, gilt es für die Zukunft zu erhalten. Dazu gehört auch, dass hier verstärkt Freizeiteinrichtungen – wie z. B. die Wasserski-Anlage auf dem Neuländer See in Harburg – und gastronomische Angebote ermöglicht werden.

Vor allem die Gebiete in der Nähe der Wohnstadtteile und solche mit einer hohen landschaftlichen Qualität sind wichtige Naherholungsräume. Hierzu zählen

- die großen öffentlichen Parks: Planten un Blomen, der Stadtpark in Winterhude, der Altonaer Volkspark, der Jenisch-Park, der Öjendorfer Park und der Harburger Stadtpark,
- das Niendorfer Gehege, die angrenzende »Stellingener Schweiz« und der Klövensteen sowie
- die Naturschutzgebiete wie die Boberger Niederung und der Duvenstedter Brook.

### Highlights im Hamburger Stadtbild schaffen

Bei der Weiterentwicklung des Stadtbilds gilt es, die gegebenen Qualitäten zu bewahren, gewachsene Standorte zu stärken und gleichzeitig neue herausragende Bauten und Quartiere zu schaffen:

- Mit dem Mut zu architektonischen Highlights muss Hamburg die europäische und die internationale Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machen. Dabei darf das Hochhaus nicht länger auf der Tabu-Liste für Bebauungspläne in Hamburg stehen.



Deichtorcenter: Hamburg braucht mehr spektakuläre Architektur. Foto: Jörg Hempel

- Die prägenden Elemente des Hamburger Stadtbilds müssen erhalten und durch Neubauten zeitgemäß, aber am historischen Vorbild orientiert, weiterentwickelt werden. Hierbei sollte allen Standorten mit Wasserbelegenheit besonderes Augenmerk zu teil werden.
- Für die Plätze der Innenstadt müssen kurzfristig die bestehenden Gestaltungskonzepte umgesetzt werden. Privates Engagement ist zu fördern.

## 2. Innere Sicherheit und persönliches Sicherheitsgefühl erhöhen<sup>74)</sup>

Sicherheit ist ein Standortfaktor. Kriminalität gefährdet den Standort Hamburg. Der Senat muss deshalb an seiner vor zwei Jahren eingeschlagenen konsequenten Sicherheitspolitik festhalten, um die objektive Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl weiter zu erhöhen. Zugleich sind Anreize zu schaffen, die zur Pflege und Reinhaltung des öffentlichen Raumes beitragen.

### Aggressiven Belästigungen im Alltag entgegentreten

Um die Innenstadt wieder zu einem für alle Hamburger und für Touristen attraktiven Quartier zu machen, wurde ein Konzept zur Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in Hamburg erarbeitet. Dies gilt es auch in Zukunft konsequent umzusetzen, um aufdringliches Betteln, unbefugtes Nächtigen, wildes Plakatieren und Verunreinigungen zu verhindern bzw. stark einzuschränken. Der »Runde Tisch St. Jacobi« zeigt Wege auf, wie dies konsensual gelöst werden kann. An besonders neuralgischen Punkten in der Hamburger City sollte verstärkt eine Videoüberwachung eingesetzt werden.

#### Erläuterung: »Runder Tisch St. Jacobi«

Der »Runde Tisch St. Jacobi«, an dem Vertreter der City-Kaufmannschaft, der Kir-

chen, der sozialen Initiativen sowie von Polizei, Behörden und unserer Handelskammer beteiligt sind, hat sich zum Ziel gesetzt, soziale Probleme in der Innenstadt auf eine Weise zu lösen, die möglichst allen Betroffenen gerecht wird. Ergebnisse der Arbeit sind

- die Aktion »Ein Dach für Obdachlose«, mit der Projekte gefördert werden, die Hilfsbedürftige aus ihrer Notlage befreien und dafür sorgen, dass sie eine Wohnung und einen Arbeitsplatz erhalten, um sie so Schritt für Schritt wieder in die Gesellschaft integrieren,
- ein »Stützpunkt für Obdachlose« in der Innenstadt, wo Obdachlose sanitäre Anlagen benutzen und ihr Gepäck in Schließfächern unterbringen können.

### Straftaten konsequent verfolgen und Kriminalprävention stärken

Alle Straftaten, auch sogenannte »Bagatelldelikte«, müssen weiterhin konsequent verfolgt und geahndet werden. Andernfalls wächst die Gefahr, dass Bürger das Vertrauen in den Rechtsstaat, in die Arbeit der Polizei und Justiz verlieren. Prävention ist nicht allein eine polizeiliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in die möglichst viele Institutionen einzubinden sind. Ziel ist, Tätern das Begehen von Straftaten zu erschweren und das Risiko zu erhöhen, gefasst und bestraft zu werden. Bürger müssen noch besser aufgeklärt werden, Unternehmen ihre innerbetriebliche Sicherheit optimieren. Durch weniger Straftaten auf Grund besserer Prävention werden Kräfte freigesetzt, die zum Beispiel bei der Bekämpfung der Kriminalität dringend benötigt werden. Weniger Straftaten verbessern zugleich das Wirtschaftsklima am Standort Hamburg.

#### »Police Private Partnership« verstärken

Seit dem 11. November 2002 besteht nach Vorbild anderer deutscher Städte eine Vereinbarung zwischen der Hamburger Polizei und

<sup>74)</sup> Handelskammer Hamburg, 1999: Innere Sicherheit – eine Gemeinschaftsaufgabe, Kriminalität bekämpfen statt verwalten.

sieben privaten Hamburger Sicherheitsdienstleistern über ein verstärktes Zusammenwirken bei der Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung. Sowohl zur Entlastung der öffentlichen Haushalte als auch zur effektiveren Aufgabenerfüllung ist eine Übertragung konkreter hoheitlicher Aufgaben wie z. B. bei der Verkehrsüberwachung und bei Gefangenentransporte denkbar. Damit könnten zwei Ziele erreicht werden: Private können diese Aufgaben preisgünstiger erbringen, und die Polizei kann sich auf ihre Kernaufgaben bei der Verbrechensbekämpfung konzentrieren. Hamburg könnte hier eine Vorreiter-Rolle beim Thema »Police Private Partnership« übernehmen.

### 3. Sauberkeit im öffentlichen Raum optimieren

#### Gepflegter öffentlicher Raum – Anreize für Engagement der Wirtschaft schaffen

Solange die öffentliche Hand die Pflege und Reinigung des öffentlichen Raum nicht befriedigend lösen kann, muss sie der Wirtschaft mehr Anreize geben, sich hierfür zu engagieren. Um solche Anreize zu schaffen, sollten die Bezirke Vereinbarungen mit den Interessengemeinschaften (IG) schließen, zu denen sich in vielen Quartieren Unternehmen und Grundeigentümer zusammengeschlossen haben. Hier kann es um folgende Inhalte gehen:

#### Kooperationen in der Pflege und Nutzung des öffentlichen Raumes

Aktivitäten der Wirtschaft (IG)	Mögliche konkrete Umsetzung	Aktivitäten des Bezirksamts (der Fachbehörde)	zeitlicher Horizont
Die Unternehmen beteiligen sich finanziell an Maßnahmen im öffentlichen Raum	Neupflasterung einer Fußgängerzone, Beleuchtung, Möblierung	Projekte werden zeitlich vorgezogen	einmalig
Unterhaltung, Reinigung des öffentlichen Raums	Pflege von Brunnen und Blumenbeeten	Das Bezirksamt räumt der Interessengemeinschaft ein zeitlich und räumlich begrenztes Verfügungsrecht für den öffentlichen Raum ein: gebührenfrei oder zu reduzierten Gebühren	mehrere Jahre

In einem Pilotprojekt sollte eine Vereinbarung zwischen einem Bezirk und einer Interessengemeinschaft getroffen werden, die Modellcharakter für andere Quartiere hat.

Mit dem Investitionsfonds (Kapitel E.II.6) erhalten die Bezirke den finanziellen Spielraum, um Bauvorhaben zu unterstützen. Unabhängig davon sollten sie die Einnahmen aus Sondernutzungsgebühren, die im Wesentlichen von den Gewerbetreibenden in den Quartieren aufgebracht werden, aufkommensnah verwenden.

Parallel dazu sollte der Senat einen Wettbewerb in der Pflege von Blumenrabatten im öffentlichen Raum ausloben. Einzelpersonen, Hausgemeinschaften oder Unternehmen, die »ihre« Grünbereiche besonders schön pflegen, sind jährlich öffentlich auszuzeichnen.

### 4. Schulen auf Leistungskurs bringen<sup>75)</sup>

Mit einem leistungsstarken Schulsystem, das allen Schülern optimale Entwicklungsperspektiven bietet, hat Hamburg die Chance, sich bundesweit als Wirtschaftsstandort und innerhalb der Metropolregion als attraktiver Wohnort zu profilieren.

Hierzu muss die Reform des Hamburger Schulsystems entschlossen fortgesetzt werden:

- Nach wie vor fehlt es an einer unabhängigen Institution zur Evaluierung der einzelnen Schulen. Es genügt nicht, in Bildungsplänen Mindeststandards festzulegen. Eine

<sup>75)</sup> Handelskammer Hamburg, 2001: Hamburgs Schulen auf Leistungskurs bringen, Schüler auf das Berufsleben vorbereiten.



Schulen in Hamburg: Entscheidendes Kriterium für die Standortwahl. Foto: Caro, Kaiser

neu zu gründende »Stiftung Schultest« könnte unabhängig und neutral kontrollieren, ob die Mindeststandards greifen und eingehalten werden.

- In den Bildungsplänen müssen wirtschaftliche Inhalte eine größere Rolle spielen als bisher vorgesehen ist. Hierzu sollte ab der Sekundarstufe I ein eigenes Schulfach »Wirtschaft« eingeführt werden.
- Abschlussprüfungen sind so zu gestalten, dass in jedem Fach ein Teil der Prüfungsinhalte zentral von der Behörde vorgegeben, ein anderer Teil jedoch von den Schulen gestaltet wird. So können Bildungsstandards eingehalten sowie schul- und lehrerspezifische Inhalte vertieft werden. Um die Qualität der einzelnen Schulen vergleichbar und transparent zu machen, sollten die Ergebnisse der zentralen Prüfungsinhalte nach einigen Jahren in aggregierter Form veröffentlicht werden.
- An Hauptschulen sollten die Bildungspläne mehr praktische Elemente umfassen. Die Praxisphasen sollten vorrangig außerhalb der regulären Unterrichtszeiten stattfinden; von ihrem Gesamtumfang her sollten sie aber nicht in Konkurrenz zur dualen Ausbildung treten.
- Das Angebot an Ganztagschulen muss deutlich ausgeweitet werden, damit Schüler intensiver lernen können und besonders die Kinder und Jugendlichen, die zu Hause wenig Anregungen bekommen, ihre Talente erkennen und entwickeln können. Ganztagschulen bereiten die Jugendlichen

zudem besser auf den Arbeitsalltag vor. Hamburg könnte hier eine Vorreiterrolle übernehmen und damit seine Attraktivität für Familien mit Kindern deutlich erhöhen. Es ist anzuerkennen, dass der Senat das Angebot an Ganztagschulen zunächst in sozialen Brennpunkten ausweitet, damit benachteiligte Jugendliche bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt erhalten. Zusätzlich muss aber – im Zusammenhang mit der Einführung des Abiturs nach 12 Jahren – auch das Ganztagsangebot an Gymnasien erhöht werden.

- Die Schulen müssen mehr Autonomie erhalten. Dazu gehört, dass die Schulleiter die erforderlichen personalpolitischen Kompetenzen erhalten, die bisher die Behörde wahrnimmt: Sie sollten Lehrer einstellen und entlassen sowie Abmahnungen aussprechen können.
- Ergänzend zu den verbesserten Betreuungsangeboten für Kinder im Vorschulalter (vgl. Kapitel E.IV.1.) sollte in allen Schulen ein Mittagessen für die Schüler angeboten werden. Außerdem sollte die Hausaufgabenbetreuung am Nachmittag ausgeweitet werden; hierfür kommen die Neueinstellung von Mitarbeitern mit einfacher pädagogischer Qualifikation und ein verstärktes ehrenamtliches Engagement vor allem von Eltern in Betracht.
- Die Reform der Hamburger Berufsschulen, die im Rahmen einer Stiftung öffentlichen Rechts in ihrer Autonomie gestärkt und durch Wirtschaftsvertreter mitgestaltet werden sollen, ist konsequent voranzutreiben.

#### Position:

- In einem kulturpolitischen Leitbild für die »Kulturstadt Hamburg« sind allgemeine Ziele festzulegen und in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und fortzuschreiben.
- Hamburg kann sich als »Eventstadt« stärker profilieren, wenn in Zukunft ein »Event-Scout« eingesetzt wird und die

»Stabsstelle Wirtschaft« beim Bezirk zusätzlich die Funktion eines »Event-Guides« für die Durchführung von Freiraum- und Großveranstaltungen übernimmt.

- Die ÖPNV-Anbindung der AOL-Arena und der Color Line-Arena ist verbesserungsbedürftig. Die Planungen eines S-Bahnanschlusses sind zu forcieren.
- Die prägenden Elemente des Hamburger Stadtbildes müssen grundsätzlich erhalten werden. Zugleich muss Hamburg durch architektonische Highlights die internationale Öffentlichkeit auf seine neue Dynamik aufmerksam machen.
- In einem sich verschärfenden Standortwettbewerb ist Sicherheit zunehmend ein Standortfaktor, gerade für Familien mit Kindern. Der Senat muss seinen eingeschlagenen Weg der Sicherheitspolitik daher konsequent fortsetzen.
- Die Bezirke und Fachbehörden müssen verstärkt Anreize für die Unternehmen und Grundeigentümer schaffen, die sich für die Pflege und Reinigung des öffentlichen Raums einsetzen, etwa, indem sie ihnen hier (beschränkte) Nutzungsrechte zu angemessenen Konditionen einräumt. Für mehr privates Engagement ist ein Wettbewerb auszuloben.
- Die Qualität der Hamburger Schulen muss deutlich verbessert werden, damit sie ihren Schülern optimale Entwicklungschancen bieten. Hierzu zählen insbesondere
  - eine unabhängige und neutrale »Stiftung Schultest«, die die einzelnen Schulen evaluiert,
  - die Einführung eines Schulfachs »Wirtschaft« an allen Schulen ab der Sekundarstufe I und mehr Praxiselemente an Hauptschulen,
  - mehr Ganztagsschulangebote, auch an Gymnasien,

- zentrale Elemente in den Abschlussprüfungen,
- umfassende personalpolitische Kompetenzen für Schulleiter,
- das Angebot eines Mittagessens in den Schulen und die Ausweitung der Hausaufgabenbetreuung.

## VI. Leitprojekte

Die Wachsende Stadt muss für die Menschen bildlich und nachvollziehbar werden, deshalb muss das Leitbild durch sehr konkrete Leitprojekte unterlegt werden.<sup>76)</sup> Leitprojekte müssen eine Dimension haben, die mehrere Handlungsfelder berührt und deren Umsetzung mehrere Legislaturperioden beansprucht. Sie müssen zudem eine hohe emotionale Identifikationsmöglichkeit für alle Bevölkerungskreise haben. Um dem Fortschritt in der Projektumsetzung verfolgen zu können, müssen sie in bedeutende Abschnitte – in Meilensteine – unterteilt werden können. In jeder Legislaturperiode – auch in der laufenden – sind in jedem Projekt mindestens zwei Meilensteine so weit voranzutreiben, dass ihre Realisierung nicht mehr in Frage steht.

Nachfolgend werden exemplarisch fünf Leitprojekte vorgeschlagen, die für die Wirtschaft eine besondere Bedeutung haben und dem zuvor formulierten Anspruch gerecht werden; dabei werden alle drei Dimensionen der wachsenden Stadt berücksichtigt. Das erste und das dritte Projekt haben ihre primäre Ausrichtung auf den Bevölkerungszuwachs durch Schaffung attraktiven Wohnraums und gezielte Einwanderungswerbung. Das zweite Projekt befördert das Wirtschaftswachstum durch die Fokussierung auf ein besonders wichtiges Cluster. Das vierte und fünfte Projekt schließlich zielt auf eine weitere Attraktivitätssteigerung Hamburgs und die Erhöhung der Lebensqualität. Mit der Auswahl

<sup>76)</sup> Diese Projekte decken sich zum Teil mit den vom Senat in der Fortschreibung vorgestellten Leitprojekten, deren Konkretisierung bleibt allerdings gegenüber den hier vorgestellten Projekten zurück.



dieser Projekte geht jedoch keine Abwertung der anderen in den Handlungsfeldern vorgestellten Maßnahmen einher.

Das zentrale Leitprojekt der Wachsenden Stadt – die HafenCity – ist nicht Teil dieser Vorschläge, weil dieses Projekt bereits im Realisierungsprozess ist. Der Wille des Senats, die Realisierungsgeschwindigkeit noch zu erhöhen, ist richtig und zu unterstützen. Denn wie kein anderes Projekt steht die HafenCity für den Anspruch Hamburgs, seine Position als internationale Metropole zu untermauern. Dem müssen auch Architektur und kulturelles Angebot entsprechen.

### 1. Hamburgs Brückenschlag nach Süden

Seit 1937 sind Harburg und Wilhelmsburg Teile Hamburgs. Die Insel Wilhelmsburg im Stromspaltungsgebiet zwischen der City und Harburg ist die größte Flussinsel Europas. Mit einer Fläche von mehr als 35 Quadratkilometern umfasst sie ca. fünf Prozent des Hamburger Stadtgebiets und stellt für Hamburg als »Wachsende Stadt« ein sehr bedeutendes Flächen- und Entwicklungspotenzial dar. Bisher ist Wilhelmsburg durch die Elbe, die in den Köpfen vieler Menschen fest als eine politische und topographische, mental scheinbar unüberwindbare Grenze zwischen der Innenstadt und Harburg empfunden wird, stark vom restlichen Stadtgebiet separiert. Durch die Hafennutzung, insbesondere durch die Freihafengrenze, erscheinen weite Teile Wilhelmsburgs als nahezu isoliert. Die Verwal-

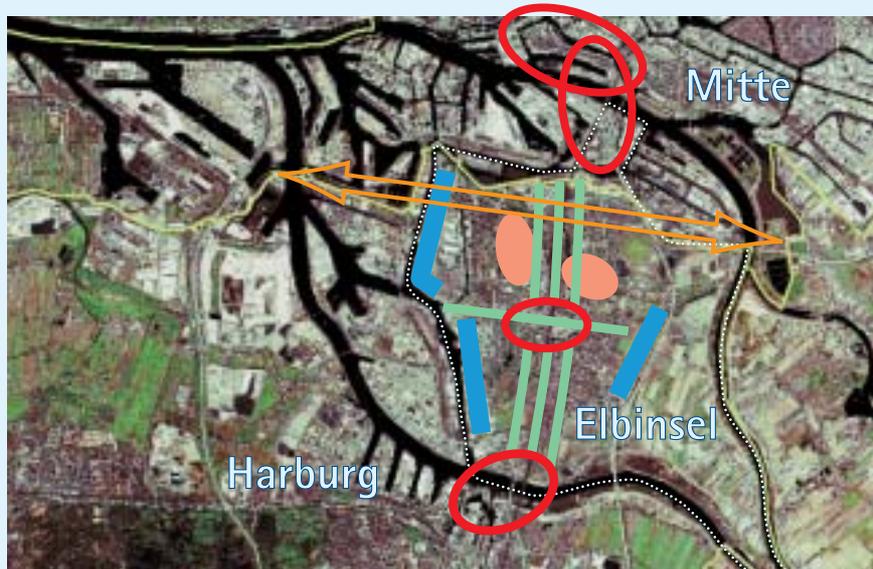
tungszuständigkeit für dieses – geographisch klar durch die Elbe umrissene – Gebiet teilen sich die zwei Bezirke Mitte und Harburg und, da weite Teile Wilhelmsburgs zum Hafengebiet zählen, das Amt Strom- und Hafenbau der Behörde für Wirtschaft und Arbeit.

Der »Sprung über die Elbe« soll nicht als ein Sprung auf die Elbinsel verstanden werden. Ziel ist vielmehr die Entwicklung einer städtebaulichen Achse, die die Hamburger Innenstadt mit der City von Harburg verbindet.

Wichtigster Entwicklungsschritt für diese Achse ist die Entwicklung der Elbinsel, da Wilhelmsburg Potenziale vorhält, die bislang aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Probleme von einem negativen Image überdeckt werden. Probleme wie mangelnde Sicherheit und Ordnung, hoher Ausländeranteil, problembehaftete Schulen, sozial instabile Wohngebiete wie z. B. Kirchdorf Süd, Kontamination von Böden, sind zu lange nicht beachtet worden. Da bei der Standortfrage für die Ansiedlung von Unternehmen und Bewohnern weniger objektive Beweisbarkeit, als vielmehr das subjektive Empfinden die entscheidende Rolle spielt, müssen Politik und Verwaltung die positiven Entwicklungen, die seit ca. zwei Jahren mit der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg eingeleitet wurden, durch nachhaltige Investitionen unterstützen.

Wilhelmsburg hat das Potenzial, zu einem attraktiven, zentralen Stadtteil zu werden. Dies belegen auch die vielfältigen städtebaulichen

## Brückenschlag nach Süden



Entwicklungsschwerpunkt IGS 2013 Gewerbliche Nutzung Neue Wohnbauflächen

Entwürfe, die im Rahmen der internationalen Entwurfswerkstatt »Sprung über die Elbe« im Juli 2003 erarbeitet worden sind.

Positiv gekennzeichnet wird Wilhelmsburg durch

- die Zentrumsnähe,
- die Nachbarschaft zur HafenCity,
- die vielfältigen Wasserlagen,
- die Möglichkeiten für viele Sport- und Freizeitaktivitäten,
- den Zuschlag für die Internationale Gartenschau 2013,
- ein großes Flächenangebot (Brach- und Konversionsflächen),
- eine reizvolle kleinteilige städtebauliche Struktur und
- eine gute Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz.

Für die Entwicklung einer städtebaulichen Achse zwischen HafenCity und Harburg haben folgende Projekte Schlüsselfunktionen:

### Meilenstein: Brücke über die Norderelbe

Wichtigstes Startsignal für eine Entwicklung der Elbinsel wäre der Bau einer Brücke über die Norderelbe, da bislang eine direkte Anbindung der Elbinsel an die nur vier Kilometer entfernte Innenstadt fehlt. Das Beispiel der Erasmus-Brücke in Rotterdam macht deutlich, welche Entwicklungen durch den Bau einer Brücke eingeleitet werden können. Als integraler Baustein des Standortkonzeptes für die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2012 wurde eine neue Elb-Brücke bereits thematisiert, darüber hinaus war der Entwurf einer solchen Brücke Thema des Hamburger Architektur- und Ingenieurbaupreises 2003. Ergänzend könnte die Elbe mit einer Gondelbahn überspannt und damit gleichzeitig die touristische Attraktivität Hamburgs erhöht werden.<sup>77)</sup>

<sup>77)</sup> Idee von Prof. von Gerkan, präsentiert am 1.09.2003 vor dem Abendblatt-Forum im Hotel Elysée.

## **Meilenstein: Hafenquerspange realisieren**

Wilhelmsburg ist durch viele Verkehrswege wie z. B. den Autobahnen A 1 und A 252 und der Bundesstraße B4/75 sowie Fernbahntrassen gut an das überregionale Verkehrsweernetz angebunden. Seit Jahrzehnten wird die Hafenquerspange zwischen den Autobahnen A7 und A1 von der Wirtschaft und der Politik gefordert, ohne dass der Bau dieser – auch für die verkehrliche Entlastung des Reiherstiegviertels – dringend benötigten Straßenverbindung in Angriff genommen wurde. Für eine leistungsfähige Verkehrsführung in Wilhelmsburg muss die Hafenquerspange unverzüglich realisiert werden. Hierbei muss die Lage der Trasse und die baulich-konstruktive Ausformulierung der Hafenquerspange unbedingt dahingehend gestaltet werden, dass sie mit einer stadträumlichen Verknüpfung von Wilhelmsburg mit der Innenstadt vereinbar ist.

## **Meilenstein: ÖPNV-Verbindung zu Land und Wasser schaffen**

Die große Herausforderung für die Stadtentwicklung Hamburgs besteht letztendlich in der Entwicklung Wilhelmsburgs zu einem attraktiven Standort für Wohnen und Arbeiten, da die Elbinsel als potenzielles Bindeglied zwischen den wichtigen Stadtentwicklungsprojekten Hamburgs – der HafenCity und dem Harburger Binnenhafen – liegt. Obwohl diese bedeutenden Projekte durch den Reiherstieg verbunden sind, bestehen derzeit keine wassergebundenen ÖPNV-Erschließungen, von denen auch Wilhelmsburg profitieren könnte. Darüber hinaus sollten möglichst zeitnah Entwicklungsplanungen für eine schienengebundene ÖPNV-Anbindung (U-Bahn), die eine direkte Anbindung des Reiherstiegviertels zur Innenstadt herstellt, vorgenommen werden.

## **Meilenstein: Masterplan für Wohnen und Arbeiten erarbeiten**

Durch die Vorbereitungen und die Ausrichtung der Internationalen Gartenschau (IGS) 2013 wird Wilhelmsburg wichtige Impulse erfahren. Das Konzept der IGS 2013 enthält viele Projekte, die die Standortbedingungen auf der Elbinsel verbessern können. Diese müssen nun zeitnah in Angriff genommen

werden, damit sich parallel zu den Vorbereitungen für die IGS 2013 wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung in Wilhelmsburg einstellen. Zeitnah hierfür müssen entwickelt werden:

- ein Masterplan mit konkreten Entwicklungsplänen für Wohnen und Arbeiten
- ein Stadtteilmanagement zur Stärkung des lokalen Handels
- eine kurz- und mittelfristige Konzentration auf eine Attraktivitätssteigerung der Quartiers
- eine Qualitätsoffensive an den Schulen
- Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten (attraktive Zugangsmöglichkeiten zu den Wasserflächen)

Um in Wilhelmsburg eine qualitative Verbesserung der Lebensqualität und des Wohnumfeldes zu erwirken, muss – neben einer Verbesserung der allgemeinen Situation an den Schulen – eine offensive Baupolitik betrieben werden. Wilhelmsburg bietet viele Potenziale, um »Wohnen am Wasser« in der Stadt umzusetzen. Die ehemals wirtschaftlich genutzten Kanäle geben Wilhelmsburg attraktive Wasserlagen, die in direkter Nähe zu den bereits erschlossenen Wohn-Gebieten liegen. Das Projekt auf dem Gelände des ehemaligen Freibads an der Zeidlerstraße zeigt auf, welche Möglichkeiten in Wilhelmsburg für die Schaffung neuer attraktiver Wohnangebote mit Wasserbelegenheit bestehen.

Über die Nachverdichtung und die Aufwertung des Bestands hinaus bietet Wilhelmsburg ein großes Flächenpotenzial um weitere Wohnbauflächen auszuweisen. Mit einem Angebot von günstigem Bauland und der Einführung zeitlich und räumlich begrenzter Modifikationen der Hamburger Bauordnung – insbesondere im Wilhelmsburger Osten – mit exemplarischem Charakter für das gesamte Stadtgebiet sollte ein Prozess eingeleitet werden, durch den

- a) die bisherige Stigmatisierung überwunden wird, damit die Elbinsel für alle Hamburger

als Wohn- und Arbeitsort in Betracht kommt;

- a) die Nutzer, die die Vorteile der Elbinsel erkennen, motiviert wären, dort zu wohnen oder zu investieren.

Wilhelmsburg hat ein großes Potenzial an Gewerbeflächen und damit an zusätzlichen wohnortnahen Arbeitsplätzen. Insbesondere der Reiherstieg bietet aufgrund des großen Flächenpotenzials und der Wasserbelegenheit beste Voraussetzungen für die Entwicklung zu einem innovativen Industrie- und Gewerbegebiet. Da die östlich an den Reiherstieg grenzenden Flächen auf lange Sicht im Hafengebiet verbleiben werden, bietet es sich an, die westlich des Reiherstiegs gelegenen Flächen zu einem Gewerbegebiet mit einem hohen Anteil von Dienstleistungsangeboten zu entwickeln. Eine Profilierung muss hierbei in besonderer Weise aus der Wasserbelegenheit und dem Charakter einer städtebaulichen Entwicklungsachse resultieren.

#### **Meilenstein: Zuständigkeiten klar zuweisen**

Die historische Chance bei der Entwicklung der Elbinsel liegt in der Absicht, die Insel nicht nur von Norden nach Süden zu entwickeln, sondern auch die Entwicklungen im Harburger Binnenhafen von Süden über die Elbe auf die Elbinsel übergreifen zu lassen. Um die besondere Bedeutung der Entwicklung Wilhelmsburg für das Projekt »Wachsende Stadt« herauszustellen, sollte die bestehenden Verwaltungszuständigkeiten entflochten werden. Um gezielt die notwendigen Veränderungen vor Ort einzuleiten, ist ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich, das nur durch die Beschränkung der Verwaltungszuständigkeit für die gesamte Elbinsel Wilhelmsburg auf den Bezirk Harburg erreicht werden kann. Zudem ist das Hafengebiet auf den Bereich zu beschränken, der für die künftige Entwicklung des Hafens unverzichtbar ist.

#### **Position:**

Um die Potenziale der Elbinsel in den nächsten Jahren intensiv entwickeln zu können, muss Wilhelmsburg besser mit dem umliegenden Stadtgebiet – im Norden wie im Süden – verknüpft werden, beim Individualverkehr ebenso wie beim ÖPNV. Mit einem offensiven Angebot von Bauflächen für Gewerbe und Wohnen und einer Aufwertung der Quartiere kann die Elbinsel zu einem attraktiven Stadtteil für alle Hamburger werden.

Meilensteine für den »Brückenschlag nach Süden« sind:

- der Bau einer zusätzlichen Brücke über die Norderelbe,
- die Realisierung der Hafenuferspanne (A 252),
- die Schaffung einer ÖPNV-Verbindung zu Land und zu Wasser,
- die Erarbeitung eines Masterplans für Wohnen und Arbeiten,
- die klare Zuweisung von Zuständigkeiten.



## 2. China Cluster Hamburg

Hamburger Unternehmen unterhalten Wirtschaftsbeziehungen in alle Teile der Welt. Umgekehrt sind alle wichtigen Handelsnationen in der Hansestadt vertreten, so dass Hamburg vom »Tor zur Welt« längst zum »Marktplatz der Welt« geworden ist. Diese Vielfalt sollte sich verstärkt auch in der Form von internationalen Kompetenzzentren (Clustern) manifestieren. Exemplarisch sollte dies am Aufbau eines China Clusters praktiziert werden.

Hamburg verfügt über besonders enge außenwirtschaftliche Beziehungen zu China, eine der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Erde mit dem Potenzial, sich zu einer der weltweit bedeutendsten zu entwickeln. Dies zeigt sich besonders in der engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit der Partnerstädte Hamburg und Shanghai.

So sind in Hamburg allein aus der Volksrepublik China 300 Unternehmen aktiv. Hinzu kommt eine weitverzweigte chinabezogene Infrastruktur von Verbänden und Forschungseinrichtungen, die Hamburg europaweit die führende Rolle zuweisen. Dieses Alleinstellungsmerkmal gilt es weiter auszubauen und zugleich besser zu vermarkten. Um diesen Anspruch zu untermauern, ist der Senat aufgefordert, zügig ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

### Meilenstein: »China Plaza« in der HafenCity

Eine für die HafenCity geplante, speziell auf chinesische Anforderungen ausgerichtete Immobilie bietet die Chance,

- optimale Bedingungen für die Ansiedlung und Expansion chinesischer und europäischer Unternehmen und damit verbundener Institutionen zu schaffen und
- weltweit auf die in Hamburg gebündelte China-Kompetenz aufmerksam zu machen.

Hierzu sollte flankierend eine Marke »China Cluster Hamburg« kreiert werden, die – in Abstimmung mit der Vermarktung der HafenCity – weltweit positioniert werden sollte.

Als Kristallisationskern sollte eine China-affine Immobilie – »China Plaza« – geschaffen werden, die als Public Private Partnership betrieben werden könnte.<sup>78)</sup> Sie sollte sich auf die Neuansiedlungen von chinesischen und europäischen Firmen konzentrieren, aber auch chinesische Gastronomie, chinesischen Einzelhandel und Flächen für kulturelle Veranstaltungen vorhalten. Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung dieser Immobilie ist eine kostenmäßige Vorzugsbehandlung der ansiedlungswilligen Unternehmen.

<sup>78)</sup> Hierzu erarbeitet im Auftrag des Senats unsere Handelskammer in Kooperation mit der HWF eine Machbarkeitsstudie, die bis Ende des ersten Quartals 2004 vorliegen wird.

Im »China Plaza« und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft sollten die Voraussetzungen für ein Cluster geschaffen werden, d. h. für die Ansiedlung chinesischer Unternehmen, von Dienstleistern, z. B. Rechtsanwälten, Beratern und Übersetzern, sowie von europäischen Unternehmen und Institutionen, die chinabezogen arbeiten. Darüber hinaus sollten in Hamburg weitere Angebote für »chinesisches Leben« ausgebaut werden, z. B. mit einem chinesischen Kindergarten, Angeboten zur traditionellen chinesischen Medizin sowie mit gehobenen Gastronomie- und Einzelhandelsangeboten. Ebenso sollte im China Cluster ein chinesisches Kulturangebot geschaffen werden. Unterstützung verdient ferner die Planung einer weiteren »China-Immobilie« im Channel Hamburg<sup>79)</sup>.

### **Meilenstein: Konferenzreihe »China meets Europe«**

Um die weltweite Aufmerksamkeit für den China-Standort Hamburg zu verstärken, ist eine Konferenzreihe unter dem Motto »China meets Europe« zu etablieren. Maßstab hierfür sind internationale Veranstaltungen wie das World Economic Forum in Davos und die Sicherheitskonferenz in München, bei denen sich Spitzenpolitiker und renommierte Unternehmer regelmäßig treffen und austauschen können.

Allein von seiner Funktion als Veranstaltungsort würde Hamburg profitieren; zugleich könnte es international auf seine spezifischen Kompetenzen aufmerksam machen. Ein Konzept für die Konferenz »China meets Europe« hat unsere Handelskammer erarbeitet; der Senat hat seine Unterstützung angekündigt.

### **Position:**

Der Senat sollte zügig ein Konzept für ein China-Cluster vorlegen.

Meilensteine für das China Cluster sind:

- der Bau einer speziellen Konzeptimmobilie »China Plaza«,
- eine erste Konferenz »China meets Europe«, die Ende 2004 stattfinden soll.

<sup>79)</sup> vormals Channel Harburg im Harburger Binnenhafen.



### 3. Hamburg Welcome Center

Als prosperierende Metropole ist Hamburg auf die Zuwanderung der »besten Köpfe« angewiesen. In erster Linie sollte sich die Zuwanderung an den Erfordernissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sowie der Profilierung Hamburgs als Wissenschaftsstandort orientieren. So stiftet sie volkswirtschaftlichen Nutzen und findet zugleich Akzeptanz in der Gesellschaft. Hierzu sind entsprechende Kriterien für die Auswahl der Zuwanderer zu definieren (vgl. Kapitel E.IV.2.).

Angesichts des Wettbewerbs unter den Zuwanderungsländern und -städten, im Besonderen mit den Metropolen in den traditionellen Einwanderungsländern USA und Kanada, müssen sich Deutschland und Hamburg international viel stärker als attraktive Zuwanderungsziele positionieren. Dies erfordert, dass das Bundesrecht geändert wird (vgl. Kapitel E.IV.2.). Zugleich muss Hamburg seine Marketinganstrengungen stärken und den Besuchern und (potenziellen) Zuwanderern ein breitgefächertes Service-Angebot bieten.

#### **Meilenstein: »Hamburg Welcome Center« errichten**

Im »Hamburg Welcome Center« sollen hoheitliche Aufgaben und Serviceleistungen, die für Zuwanderer relevant sind, fachlich und räumlich zusammengefasst werden. Damit sollen insbesondere diejenigen Menschen angesprochen werden, die gerade nach

Deutschland eingereist sind oder die sich, z. B. für Familienangehörige oder Freunde, über die Chancen einer Zuwanderung nach Hamburg erkundigen möchten.

Zu den hoheitlichen Aufgaben, die das »Hamburg Welcome Center« erledigen sollte, zählen das Erteilen von Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnissen sowie die Anmeldung beim Einwohnermeldeamt. Ergänzend sollten Serviceleistungen angeboten werden wie die Unterstützung bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach einer Schule, einem Kindergartenplatz und einer Betreuungsmöglichkeit für Kinder. Außerdem sollte das »Hamburg Welcome Center« über alle Institutionen informieren, die Zuwanderern die Integration erleichtern, etwa die Angebote der Kirchen, anderer Religionsgemeinschaften und der Sportvereine.

Das »Hamburg Welcome Center« sollte zugleich die Besucher Hamburgs ansprechen und ihnen alle Angebote der Hamburg Tourismus GmbH (HHT) offerieren.

Als Standort für das »Hamburg Welcome Center« bietet sich der für den Domplatz geplante Neubau an. An diesem zentralen innerstädtischen Standort könnte Hamburg sein Ziel, ein attraktives Zuwanderungsziel zu werden, gegenüber über den Hamburgern und den Besuchern auch architektonisch dokumentieren. Ein stark frequentiertes »Hamburg Welcome Center« würde zugleich die Funktion des Domplatzes als Bindeglied

zwischen Mönckebergstraße/Alster und HafenCity weiter stärken.

### **Meilenstein: »Hamburg Immigration Board« berufen**

Hamburg braucht einen politischen und gesellschaftlichen Konsens über Quantität und Struktur der Zuwanderung. Hierzu sollte ein Spitzengremium aus Vertretern von Wirtschaft, Politik, Arbeitsverwaltung, Hochschulen, Gewerkschaften, Kirchen und des konsularischen Korps vom Senat berufen werden. Dieses Expertengremium könnte die Zahl der Zuwanderer und die Kriterien, nach denen die Zuwanderer ausgewählt werden, definieren und entsprechende politische Entscheidungen vorbereiten.

### **Meilenstein: »Hamburg Info-Points« einrichten**

In den ausländischen Büros und Repräsentanzen der Freien und Hansestadt Hamburg, unserer Handelskammer sowie der Unternehmen, an denen Hamburg beteiligt ist, werden **»Hamburg Info-Points«** eingerichtet, die über unternehmerische und berufliche Chancen in der Hansestadt, über das deutsche Zuwanderungsrecht, die Angebote des **»Hamburg Welcome Center«** sowie über Stipendien für Studierende und Graduierte informieren. Um auch emotional für Hamburg zu werben, bieten sich **hamburg-typische Kneipen** nach dem Vorbild der St. Petersburger **»Tschaika«** (Möwe) an. Ein solches Konzept könnte von einem Hamburger Unternehmen entwickelt und im Franchise-Verfahren verwirklicht werden.

### **Meilenstein: Patenschaftsbörse einrichten**

Mit Hilfe einer neu zu schaffenden Vermittlungseinrichtung könnten Bürger und Unternehmen eine Patenschaft für Zuwanderer und ihre Familien übernehmen. Die Paten wären Ansprechpartner für die Neu-Hamburger und würden ihnen den Einstieg in das neue Lebensumfeld erleichtern. Als Vorbild bietet sich die entsprechende Praxis in Toronto an. Die Umsetzung sollte analog der Kultur- und die Sportlerbörse unserer Handelskammer erfolgen.

Gerade die Einwohner der mittel- und osteuropäischen Länder, die im Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union werden, sollten gezielt angeworben werden. In den Beitrittsländern gibt es zahlreiche gut ausgebildete Menschen, die für Hamburger Unternehmen und Hochschulen interessant sind und die sich ohne größere Schwierigkeiten in das hiesige Wirtschaftssystem und die deutsche Gesellschaft integrieren könnten.

#### **Position:**

Hamburg muss sich international als attraktives Zuwanderungsziel positionieren, insbesondere in den Beitrittsländern Osteuropas. Dazu gehört, vor Ort für Hamburg zu werben und in unserer Stadt die bürokratischen Hürden zu minimieren bei gleichzeitiger Ausweitung der Serviceangebote. Meilensteine für eine offensive Zuwanderungspolitik sind:

- die Errichtung eines **»Hamburg Welcome Centers«**,
- die Berufung eines **»Hamburg Immigration Boards«**,
- die Einrichtung von **»Hamburg Info-Points«**,
- die Einrichtung einer Patenschaftsbörse.



#### 4. »HafenWelt Hamburg«

Die touristische Attraktivität ist ein besonders aussagekräftiges Anzeichen für die Lebendigkeit einer Stadt. Werden Gäste angezogen, so ist die Stadt auch für ihre Bewohner lebenswert. Über 5 Millionen Übernachtungen in Hotels und rund 50 Millionen Tagesgäste sprechen dafür, dass Hamburg bereits heute sehr attraktiv ist. Die Wachsende Stadt braucht aber auch einen »touristischen Leuchtturm«, um noch mehr Neugierde auf Hamburg auszulösen.

Leider hat Hamburg noch kein Alleinstellungsmerkmal im Bereich des Städtetourismus, das untrennbar mit der Stadt verbunden ist. Hamburg ist die Musicalhochburg Deutschlands und mit St. Pauli und der Reeperbahn verfügt die Stadt über ein weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekanntes Vergnügungsviertel. Beide Bereiche sind seit Jahren die Säulen des Hamburg-Tourismus, sie sind jedoch grundsätzlich auch in anderen Metropolen darstellbar. 70% aller Deutschen verbinden mit dem Begriff Hamburg zunächst Hafen und Schifffahrt, danach – mit ziemlichem Abstand – kommt St. Pauli. Dies spiegelt sich jedoch kaum im touristischen Angebot der Stadt wider.

Das Beispiel Wolfsburg zeigt, welche imageprägende Wirkung ein touristisches Großprojekt haben kann: Mit der »Autostadt Wolfsburg« wurde eine Attraktion geschaffen, die aus einer eher als langweilig eingestuften In-

dustriestadt eine touristische Perle gemacht hat. Seit Eröffnung haben über 7 Millionen Menschen die Autostadt besucht, 2,1 Mio. Besucher allein im Jahr 2002. Nur 25% davon waren »Abholer« ihres neuen VW, dies belegt eindrucksvoll die neu geschaffene Attraktivität. Dabei hat Wolfsburg geschickt die vorhandenen Assoziationen aufgegriffen und mit touristischem Erlebnis gefüllt.

Hamburg ist Hafenstadt, also braucht Hamburg einen touristisch erlebnisreichen Hafen! Derzeit gibt es bereits eine beeindruckende Vielfalt touristischer Aktivitäten im und am Hafen; sie werden nur nicht einer Marke zugeordnet und sind ohne eine solche gemeinsame Marke nur schwer zu kommunizieren. Genannt seien:

- CAP SAN DIEGO
- RICKMER RICKMERS
- U-Boot U-434
- Museumshafen Övelgönne
- Mininatur Wunderland
- Hamburg Dungeon
- Dialog im Dunkeln
- Gewürzmuseum
- Zollmuseum
- der Alte Elbtunnel
- der Fischmarkt mit der Fischauktionshalle

- die Landungsbrücken
- Traditionsfahrten auf historischen Schiffen, z. B. dem Dampfer SCHAARHÖRN
- das Museum der Arbeit mit der Außenstelle Hafen
- die Hafentrundfahrt auf Rädern
- und natürlich »He lücht« – die klassische Hafentrundfahrt

Zusammengenommen dürften die Besucherzahlen dieser Attraktionen die Besucherzahlen aller Hamburger Museen bereits heute weit übersteigen. Das touristische Potenzial des Hafens wird damit aber nicht annähernd ausgeschöpft.

Vorgeschlagen wird als Leitprojekt für die Wachsende Stadt die Bündelung aller hafenbezogenen touristischen Aktivitäten unter einer Marke

### **HafenWelt Hamburg**

Das touristische Angebot unter dieser Marke ist kontinuierlich auszubauen. Vordringlich ist die Realisierung von 5 weiteren Attraktionen, die sich schon im Bau oder in konkreter Planung befinden:

#### **Meilenstein: Einrichtung eines Traditionsschiffhafens im Sandtorhafen**

Im ältesten offenen Hafenbecken der Stadt sollen historisch wertvolle, öffentlich zugängliche Schiffe ihren Liegeplatz bekommen. Dieses Projekt ist Bestandteil der HafenCity. Die Schaffung der Infrastruktur – insbesondere der Pontonanlage – ist durch die Stadt beschleunigt zu realisieren, damit im Sommer 2004 der Betrieb eröffnet werden kann. Als Betreiber steht die Stiftung Hamburg Maritim bereit mit ihrer Flotte historischer Schiffe, u. a. dem Dampfer SCHAARHÖRN und dem Lotsenschoner No. 5 ELBE. Zusätzlich könnten hier auch die Schiffe der Hamburger Museen gezeigt werden. Der Stiftung ist aufzuerlegen, in der Saison am Sonnabend und Sonntag jeweils eine offene Gästefahrt mit einem historischen Motor- und Segelschiff durchzuführen.



Lotsenschoner No. 5 ELBE: Highlight für die touristische Erlebbarkeit des Hamburger Hafens.

Foto: Stiftung Hamburg Maritim

#### **Meilenstein: Schaffung einer »Erlebniswelt Hafen« auf dem Areal der »50er Schuppen«**

Im Zuge der denkmalgerechten Restaurierung der 50er Schuppen auf dem Kleinen Grasbrook durch die Stiftung Hamburg Maritim ist der nördliche Teil des Areals – die Schuppen 51 B sowie 52 A und B – als Erlebnismuseum herzurichten. Thematischer Schwerpunkt im Schuppen 51 B wird der konventionelle Hafenumschlag, ergänzt mit Produkt-Museen aus den Archiven Hamburger Unternehmen. Im Schuppen 52 B wird der Schiffbau thematisiert, ergänzt um alte Handwerke, wie Reepschläger und Fassmacher, die vor Ort ausgeübt werden sollen. Der Schuppen 52 A ist temporären Ausstellungen und Großveranstaltungen vorbehalten. Die Restaurierung erfolgt auf Basis privater Finanzierung durch die Stiftung. Für den Ankauf eines repräsentativen historischen Stückgutschiffes – das zur Demonstration des Stückgutumschlages unverzichtbar ist – sind zusätzliche öffentliche Mittel bereitzustellen. Ferner sind die erforderlichen Genehmigungen für den Betrieb der »Erlebniswelt« im Hafengebiet zu erteilen.

#### **Meilenstein: Bau und Betrieb eines historischen Auswandererzentrums auf der Veddel**

Über Hamburg sind mehr als 5 Millionen Menschen ausgewandert, vor allem in die USA. Hamburg hat – im Unterschied zu den anderen Auswanderungshäfen in Europa – zwei Alleinstellungsmerkmale: Alle Auswanderer sind in

den Original-Listen namentlich aufgeführt; derzeit werden diese Listen digitalisiert<sup>80)</sup>. Ferner gibt es in Hamburg auf der Veddel noch einen Originalschauplatz: Das Gelände des 1903 – 1906 von Ballin für die HAPAG gebaute Auswandererstadt auf dem sich noch der Torso eines letzten authentischen Schlafpavillons befindet. Die Stiftung Hamburg Maritim hat ein Konzept ausgearbeitet, wie hieraus ein Auswandererzentrum zu entwickeln ist, von dem hohe Ausstrahlungskraft nach Amerika ausgehen dürfte. Mit Übernahme der hälftigen Investitionen unterstützt die Stadt dieses Projekt ausdrücklich.

### **Meilenstein: Überführung der privaten Schifffahrts- und Marinesammlung von Prof. Peter Tamm in ein öffentliches Museum**

Die Stadt hat mit der Bereitstellung des Kaispeichers B in der HafenCity und finanzieller Mittel in Höhe von 30 Mio. € die Voraussetzungen geschaffen, die weltweit größte private Schifffahrts- und Marinesammlung in ein öffentliches Museum zu überführen. Dieses gilt es nun, entschlossen umzusetzen, damit in weit stärkerem Maße als bisher Besucher hieran Anteil haben können.

### **Meilenstein: Bau eines Großaquariums in der HafenCity**

Hamburg verfügt nicht über ein Großaquarium auf internationalem Niveau wie z. B. in Genua, Osaka oder Sydney. Das in Planung befindliche Überseequartier in der HafenCity bietet sich hierfür als Standort an. Dabei muss über das Angebot der attraktiven »Sea Life« – Aquarien in Qualität und Umfang deutlich herausgegangen werden, um eine Spitzenstellung in Nordeuropa zu bekommen. Ein entsprechendes Konzept liegt mit der »Ocean World«<sup>81)</sup> bereits vor. Über die GHS Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung ist die Realisierung entschlossen voranzutreiben.

### **Meilenstein: Einrichtung einer touristischen »Circle-Line« im östlichen Hafen**

Zur Vernetzung der touristischen Attraktionen am Wasser ist zusätzlich zu den klassi-

schen Hafenrundfahrten in der Saison ein Barkassen-Rundfahrtendienst mit 3 – 4 Abfahrten pro Stunde einzurichten. Haltepunkte sind an allen besucherstarken Attraktionen vorzusehen, dazu sind entsprechende Anleger erforderlich. So könnte der Tourist von Attraktion zu Attraktion fahren und seine Verweildauer an Land ganz nach persönlichem Interesse bestimmen – jeder Venedig-Besucher wird diese komfortable Art der Stadtbesichtigung per Vaporetto gerne erinnern. Erforderlich hierfür ist es, alle Wasserstraßen im Hafengebiet freizuhalten und diese auch nicht durch Zuschüttung von Brücken zu unterbrechen.

Ergänzt um die genannten fünf Projekte, würde Hamburg über eine in Europa einzigartige Erlebnisvielfalt im maritimen Bereich verfügen. Für die Umsetzung in eine entsprechende touristische Nachfrage ist ein gezieltes, neu zu konzipierendes Marketing erforderlich. Die Marke »HafenWelt Hamburg« ist über die Hamburg Tourismus GmbH (HHT) zu bewerben, hierfür sind zusätzliche Anschubmittel seitens der Stadt bereitzustellen.

Die gut eingeführte »Hamburg-Card« sollte aus diesem Anlass themenspezifisch ausgeweitet und zu einer Kartenfamilie weiterentwickelt werden. Neben der bisherigen Karte, die das Grundangebot darstellt und bereits den HVV-Fahrschein einschließt, sollten Karten mit ergänzenden Leistungen angeboten werden. Dabei ist ein einheitlicher Standard auf elektronischer Basis unverzichtbar.

### **Meilenstein: Schaffung einer »Hamburg-HafenCard«**

Die »Hamburg-HafenCard« sollte die einzu-richtende Hafenrundfahrt entlang der Attraktionen sowie den Besuch von drei Attraktionen der HafenWelt einschließen. Zusätzlich sollte eine nennenswerte Eintrittsermäßigung bei allen weiteren touristischen Angeboten der HafenWelt gewährt werden. Die Erlöse aus der HafenCard sind – nach Abzug der Kosten für die in Anspruch genommenen Leistungen – der HHT für die Bewer-

<sup>80)</sup> [www.hamburg.de/link-to-your-roots](http://www.hamburg.de/link-to-your-roots)

<sup>81)</sup> [www.ozeanarium.de](http://www.ozeanarium.de)

bung der HafenWelt Hamburg bereitzustellen. Darüber hinaus sollten in Kooperationen mit Hotels und Verkehrsunternehmen (Bahn, Bustouristik) Paketangebote unterbreitet werden. Schließlich könnten in die Hafen-Card auch themenbezogene Kulturangebote (z. B. Jedermann in der Speicherstadt) integriert werden.

Unverzichtbar für die Realisierung des Projekts HafenWelt Hamburg ist ferner der zügige Aufbau eines touristischen Wegweisungssystems im Hafen, das für Autofahrer wie für Fußgänger leicht lesbar und verständlich ist. Unter Federführung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit ist ein solches System zeitnah zu realisieren.

#### **Position:**

Hamburg muss den Assoziationen, die die Stadt hervorruft, ein adäquates touristisches Angebot setzen. Unter der Marke HafenWelt Hamburg sind die bisherigen maritimen Angebote zu bündeln und durch weitere zu ergänzen. Über die HHT ist die Marke offensiv zu bewerben. Meilensteine für die Entwicklung der HafenWelt sind:

- die Einrichtung eines Traditionsschiffhafens im Sandtorhafen,
- die Schaffung einer »Erlebniswelt Hafen« auf dem Areal der »50er Schuppen«,
- der Bau und Betrieb eines historischen Auswandererzentrums auf der Veddel,
- die Überführung der privaten Schiffsfahrts- und Marinesammlung von Prof. Peter Tamm in ein öffentliches Museum,
- der Bau eines Großaquariums in der Hafencity,
- die Einrichtung einer touristischen »Circle-Line« im östlichen Hafen,
- die Schaffung einer »Hamburg-Hafen-Card«.



## 5. Pole Position: Sportmetropole Hamburg

Mit der Olympia-Bewerbung wurde auch in Hamburg schlagartig klar, welche Bedeutung der Sport in einer Metropole hat. Mit der Entscheidung des Nationalen Olympischen Komitees wurde ebenso deutlich, dass Hamburg im deutschen Sport eher als Entwicklungsregion angesehen wird.

Sport wurde in Hamburg bis in die jüngste Vergangenheit hinein fast ausschließlich als Privatangelegenheit des Einzelnen gesehen. Die gesellschaftliche und die wirtschaftliche Dimension wurden unterschätzt. Die sportpolitische Ausrichtung war unausgewogen Breitensportorientiert und verließ sich vollständig auf den »Wohlfühlfaktor«. Offenbar ignoriert wurden der vorbildhafte Charakter des Leistungssports für den Breitensport und seine inspirierende Wirkung. Ein umfassendes integrales Entwicklungskonzept für die eng miteinander verzahnten Bereiche des Leistungs- und Breitensport liegt nicht vor.

Zu einer pulsierenden Metropole gehört ein pulsierendes Sportleben. Dies ist vor allem für die Hamburger selbst anzustreben, denn Sport treiben ist gesund, bringt Spaß und schafft ein positives Lebensgefühl. Es ist aber auch unverzichtbar, um Hamburg eine realistische Chance im Wettbewerb um herausragende internationale Sportereignisse einzuräumen. Unser Ziel muss sein, dass die Menschen, die in Europa im Jahre 2010 über Sport reden, über Hamburg sprechen.

Um Hamburg als führende Sportmetropole in Europa zu etablieren, ist es ausgehend von den vorhandenen Strukturen notwendig, entsprechende Entwicklungsmaßnahmen schnell einzuleiten und konsequent umzusetzen:

### **Meilenstein: Integriertes Sportkonzept erarbeiten**

Hamburg muss für sich zügig ein integrales Sportentwicklungskonzept erarbeiten, das sowohl den Bedürfnissen einer Metropole hinsichtlich des Breitensports als auch hinsichtlich des Leistungssports gerecht wird. Letzterem bedarf dabei besondere Aufmerksamkeit, da hier die Defizite besonders groß sind. Fachbehörde, Hamburger Sportbund und – nicht zuletzt wegen des unverzichtbaren Sponsorings durch die Wirtschaft – unsere Handelskammer sollten gemeinsam ein solches Konzept erarbeiten.

### **Meilenstein: Kader schmieden und Meister machen**

Um Spitzensportler in Hamburg zu entwickeln und ihnen das Umfeld für einen dauerhaften Verbleib in der internationalen Leistungsspitze zu bieten, müssen konsequent Leistungskader zusammengestellt werden. In ihnen dürfen nur die Athleten berücksichtigt werden, die nachweislich die Perspektive auf einen nachhaltigen internationalen Erfolg besitzen. Die Kadermitgliedschaft sollte dem Prinzip folgen: Meister machen und Meister sein. Die Kader und ihre Mitglieder sollten



Triathlon in der Binnenalster: Hamburg auf dem Weg zur deutschen Sportmetropole. Foto: upsolut event gmbh

einheitlich und zentral als Leistungsvorbilder und Sportbotschafter Hamburgs vermarktet werden. Sofern erforderlich, müssen ergänzend spezielle Leistungssportvereine für die aussichtsreichen Hamburger Individualsportler gegründet werden sollten.

### **Meilenstein: Infrastruktur der Sport- und Trainingsstätten verbessern**

Die bestehenden Sport- und Trainingsstätten müssen sukzessive dahingehend ertüchtigt werden, dass sie von ihrem Zustand, der Ausstattung und der zeitlichen Nutzungsmöglichkeit sowohl den Anforderungen der Leistungssportler als auch der Breitensportler gerecht werden. Vor dem Hintergrund, dass Hamburg bereits über 2.335 Sportstätten verfügt, sollte eine Neuerrichtung von Anlagen nur dann erwogen werden, wenn keine der bereits bestehenden Sportstätten für die zielgruppengerechte Ausübung eines Sports auch nach vertretbaren Umbauten geeignet erscheint. Bei etwaigen Neuerrichtungen sollten vorrangig vor einem kommunalen Bau und Betrieb die Möglichkeiten eines kommerziellen Angebotes beziehungsweise einer Public Private Partnership geprüft werden. Darüber hinaus ist die Einrichtung und der Ausbau von Landesleistungszentren zu prüfen. Innerhalb eines Jahres sollte vom Hamburger Sportbund und der Fachbehörde ein Aktionsplan Sportinfrastruktur vorgelegt werden.

### **Meilenstein: Modernes Leichtathletik-Stadion**

Die Leichtathletik ist die Kernsportart Olympischer Spiele. Außerhalb der Spiele und der

Weltmeisterschaften zieht sie aber nicht genügend Zuschauer an, um große Stadien zu füllen. Hamburg braucht – neben einer generellen Verbesserung der Sportinfrastruktur – deshalb ein Leichtathletik-Stadion neuen Typus, in dem die Zuschauer nicht mehr außerhalb der 400m-Laufbahn sitzen, sondern in Seh- und Hörweite der Athleten. Eine der vorhandenen Anlagen in Hamburg sollte so ausgebaut werden, dass Leichtathletik zu einem besonderen Sporterlebnis für die Zuschauer wird; dabei ist hinzunehmen, dass hier nicht alle Leichtathletik-Disziplinen ausgerichtet werden können. In den dort durchzuführenden Disziplinen wäre Hamburg so jedoch in der Lage, das attraktivste regelmäßige Leichtathletik-Meeting Europas ausrichten.

### **Meilenstein: Sportgroßveranstaltungen im Format einer europäischen Metropole**

Um als Sportmetropole vor Ort, aber auch national und international wahrgenommen und anerkannt zu werden, muss Hamburg als Ausrichter nationaler und internationaler Meisterschaften (Welt- und Europameisterschaften, -pokalendkämpfe sowie Deutsche Meisterschaften) insbesondere in den olympischen Kernsportarten stärker in Erscheinung treten. Ebenso wie die Zahl der Meisterschaftsausrichtungen sollte auch die Anzahl der Events in zugkräftigen Trendsportarten weiter erhöht werden. Mit dieser Form der erlebnisorientierten Veranstaltungsausrichtung können neue, zukunftssträchtige Bereiche des Sports frühzeitig entdeckt und an unsere Hansestadt gebunden werden. Dabei sollte der bereits sehr erfolgreich beschrittene Weg, Leistungssportwettkämpfe mit Breitensportelementen zu kombinieren konsequent weiterverfolgt werden. Innerhalb von sechs Monaten sollten Hamburger Sportbund e.V. und Fachbehörde einen langfristigen Aktionsplan vorlegen, der dem Ziel genügt: Jedes Jahr eine deutsche Meisterschaft, alle zwei Jahre eine internationale Meisterschaft.

### **Meilenstein: Die Fachwelt des Sports als regelmäßiger Gast in Hamburg**

Neben den aktiven Sportveranstaltungen zum Mitmachen und Zuschauen sollten nationale und internationale sportfachliche und sportpo-

litische Tagungen und Kongresse verstärkt für Hamburg akquiriert werden. Wo sich die Experten und Verantwortlichen des Sports versammeln, besteht für die lokalen Einrichtungen und Institutionen des Sports eine hervorragende Möglichkeit, sich zu präsentieren, ihre Anliegen zu positionieren und an den aktuellen, zukunftsweisenden Entwicklungen frühzeitig teilzuhaben. Gemeinsam sollten Hamburger Sportbund und Fachbehörde unter Einbeziehung von einschlägig erfahrenen Veranstaltern zeitnah einen Aktionsplan vorlegen, welche Veranstaltungen hierfür in Frage kommen.

### **Meilenstein: Sportwissenschaftliches Kompetenzzentrum Hamburg aufbauen**

Insbesondere im Leistungssport, aber auch für den Breitensport und die Sportartikelhersteller nimmt der Einfluss der Sportwissenschaften stetig zu. Erkenntnisse der Sportmedizin, der Trainingswissenschaften, des Sportgerätebaus, des Sportmanagements, der Sportvermarktung besitzen gleichermaßen für die Athleten, Trainer, Betreuer, Veranstalter, Funktionäre und Produktentwickler eine enorme Bedeutung. Unter Einbeziehung von Experten aus dem Sport, den Wissenschaften und den Unternehmen mit Sportbezug sollte die Stadt unter Federführung der Behörde für Bildung und Sport ein Konzept für den Aufbau eines Kompetenzzentrums Sportwissenschaften Hamburg erarbeiten und einen Umsetzungsplan für den Zeitraum von maximal acht Jahren vorlegen. Bereits kurzfristig sollten Anreize für international anerkannte Kapazitäten auf den Feldern Sportmedizin und Trainingswissenschaften gesetzt werden, sich in Hamburg anzusiedeln. Zudem sollten die bereits bestehenden Kompetenzzentren besser miteinander vernetzt werden.

### **Meilenstein: Wirtschaftskluster Sport einrichten**

Um die Sportbranche in Hamburg nachhaltig zu entwickeln, sollten gezielt Unternehmen

mit besonderer Kernkompetenz und Bekanntheit im Bereich der Sportartikelherstellung, des Vertriebs, der Vermarktung und des Veranstaltungsmanagements in Hamburg angesiedelt werden. Die Stadt sollte einen Gewerbepark Sport ausweisen, mit dem eine möglichst gemischte Gewerbeansiedlung im Sportbereich angestrebt werden sollte. Er sollte nach Möglichkeit in unmittelbarer Nähe zu den Sportarenen am Volkspark angesiedelt werden. So könnte Hamburg einem Unternehmenscluster Sport ein dynamisches, innovatives und sich wechselseitig inspirierendes Umfeld in der Nähe der wichtigen Austragungsstätten bieten, das in Verbindung mit einem angegliederten Erlebnispark Sport einen besonderen Anziehungspunkt auch für sportinteressierte Besucher darstellen könnte<sup>82)</sup>.

#### **Position:**

Sport ist im besonderen Maße geeignet, die internationale Bekanntheit der Stadt und die Attraktivität für ihre Bürger zu erhöhen. Deshalb muss die Sportpolitik viel stärker auf den Leistungssport ausgerichtet und verstädtigt werden. Meilensteine auf dem Weg Hamburgs an die Spitze der europäischen Sportmetropolen sind:

- die Erarbeitung eines integrierten Sportkonzeptes,
- die Einrichtung von Leistungskadern für Spitzensportler,
- die Verbesserung der vorhandenen Sportinfrastruktur,
- die Errichtung eines modernen Leichtathletikstadions,
- die Akquisition bedeutender internationaler Wettbewerbe,
- die Ausrichtung internationalen Sportfachtagungen,
- der Aufbau eines sportwissenschaftlichen Kompetenzzentrums,
- die Einrichtung eines Wirtschaftsklusters Sport.

<sup>82)</sup> Erfolgreiche Beispiele entsprechender Erlebniszentren sind die sogenannten »NIKETOWNS«, die sich nicht nur an den amerikanischen Standorten wie zum Beispiel Chicago inzwischen zu erstrangigen Tourismusattraktionen mit mehr als einer Million Besucher jährlich entwickelt haben, sondern auch in Deutschland, wo in Berlin das erste europäische NIKETOWN 1999 eröffnet wurde.

## F. Anhang

### I. Zur Grundlage der Wachstumsstrategie für die Metropole Hamburg

Die räumliche Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft (Agglomeration) durch eine steigende Zahl von Arbeitskräften und den Zufluss von Kapital bietet für die beteiligten Bürger und Wirtschaftssubjekte so lange Vorteile, wie die mit der Agglomeration verbundenen positiven externen Effekte die negativen externen Effekte überwiegen.

Positive externe Effekte (Agglomerationsvorteile) entstehen beispielsweise durch die unentgeltliche Inanspruchnahme öffentlicher Güter (z. B. Verkehrsinfrastruktur, Nähe zu staatlichen Wissenschaftseinrichtungen), durch die Nähe zu Absatz- und Beschaffungsmärkten oder durch die hohe Kommunikationsdichte (Fühlungsvorteile). Eine Zunahme der Bevölkerung würde bei gleichem Angebot an öffentlichen Gütern (konstante Staatsausgaben) auch dazu führen, dass jeder Bürger im Durchschnitt weniger für die Finanzierung der Leistungen beitragen muss. Ermöglicht wird dann entweder die Senkung der Steuerbelastung der Wirtschaftssubjekte oder der Abbau der Staatsverschuldung. Beides wird allerdings umso geringer ausfallen, wie zusätzliche Infrastruktur-Investitionen durch die Agglomeration notwendig werden.

Zu berücksichtigen ist, dass in bestimmten Bereichen die Grenzkosten der Zuwanderung gleich null sind, weil Infrastruktureinrichtungen oder die Umwelt noch nicht an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und die Zuwanderung keine negativen externen Effekte verursacht. Schließlich würde die zunehmende Agglomeration der erkennbaren demographischen Entwicklung und der Überalterung der Gesellschaft entgegenwirken. Voraussetzung ist, dass vor allem jüngere, gut qualifizierte und damit knappe Arbeitskräfte zuwandern (komplementäre Arbeitskräfte), um die herum sich auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten und damit höhere Einkommen für Arbeitslose und gering qualifizierte Arbeitskräfte eröffnen.

Negative externe Effekte (Agglomerationsnachteile) werden beispielsweise durch Verkehrsstaus, zunehmende Umweltbelastungen oder steigende Bodenpreise verursacht. Nutzeneinbußen durch negative externe Effekte entstehen generell dort, wo die öffentliche Infrastruktur an ihre Kapazitätsgrenze stößt und zusätzliche öffentliche Mittel zu ihrer Erweiterung aufgebracht werden müssen. Mögliche negative externe Effekte der Zuwanderung (Zuwanderung überwiegend oder teilweise in das Sozialsystem oder von substitutiven Arbeitskräften) sind durch eine gezielte Zuwanderungspolitik zu vermeiden.

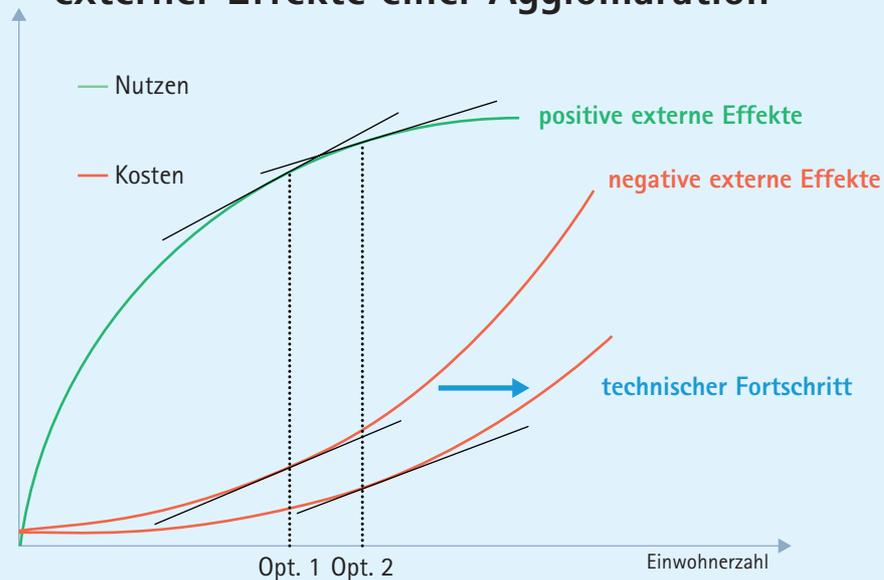
Raum- und wohlfahrtsökonomisch ist es erstrebenswert, die räumliche Konzentration so weit voranzutreiben, bis das Ballungsoptimum erreicht ist. Dieser Optimalzustand liegt vor, wenn die Differenz zwischen den in Geldwert umgerechneten Agglomerationsvorteilen (Nutzen) und den ebenfalls monetär bewerteten Agglomerationsnachteilen (Kosten) am größten ist.

Diese gesamtwirtschaftliche Betrachtung schließt allerdings nicht aus, dass individuell bestehende oder empfundene negative externe Effekte stärker gewichtet werden als die positiven externen Effekte. Trotz allgemeiner Vorteilhaftigkeit der Agglomeration ist dann entsprechend mit Widerständen zu rechnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auf der Grundlage der Theorie des kollektiven Handelns<sup>83)</sup> kleinere Gruppen von Gegnern der wachsenden Stadt sich besser organisieren lassen als eine große Mehrheit der Befürworter – mit den entsprechenden Folgen hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung und des politischen Einflusses. Umso notwendiger ist es, deutlich zu machen, dass es nicht um Wachstum per se, sondern um quantitatives und qualitatives Wachstum von Bevölkerung, Wirtschaft und Lebensqualität geht.

Der Wachstumsstrategie für die Metropole Hamburg liegt die Annahme zugrunde, dass das Ballungsoptimum noch nicht erreicht ist,

<sup>83)</sup> Olson, M., 1968: Die Logik kollektiven Handelns. Tübingen

## Wirkungsweise positiver und negativer externer Effekte einer Agglomeration



eine weiter steigende Konzentration somit mehr Agglomerationsvorteile als -nachteile mit sich bringen wird. Diesen Zusammenhang verdeutlicht die nachstehende Grafik, wobei Nutzen und Kosten der positiven und negativen externen Effekte der Agglomeration als Funktion der Einwohnerzahl dargestellt werden.

Mit zunehmender Einwohnerzahl steigt durch die Wirkung der positiven externen Effekte der Nutzen (grüne Kurve) mit jedoch abnehmenden Grenzerträgen. Gleichzeitig erhöhen sich als Folge negativer externer Effekte die Kosten der zunehmenden Ballung (rote Kurve) mit steigenden Grenzkosten. Das erste Ballungsoptimum (Opt. 1) stellt sich bei einer Einwohnerzahl ein, wo Grenznutzen und Grenzkosten gleich hoch sind, der Abstand zwischen der Nutzen- und der Kostenfunktion mithin am größten ist.

Durch technische Innovation lässt sich erreichen, die negativen externen Effekte der Ballung zu reduzieren und das Ballungsoptimum auf der Abszisse weiter nach rechts zu ver-

schieben (Opt. 2), so dass eine zusätzliche Steigerung der Einwohnerzahl bei höherem Wohlfahrtsgewinn möglich ist. Beispiele für die Senkung von Agglomerationsnachteilen durch den technischen Fortschritt sind die in Kooperation mit der Wirtschaft entwickelten Luftreinhalteprogramme, die Reduzierung der Gewässerbelastung, die angebotsseitige Verlagerung des Individualverkehrs auf den ÖPNV, »intelligente« Verkehrsleitsysteme oder innovative Verdichtungskonzepte im Wohn- und Gewerbebau.

Metropole	Einwohner/km <sup>2</sup> 2001	Bevölkerungs- entwicklung 2001/1995 in % p.a.
<b>Hamburg</b>	<b>2.271</b>	<b>0,18</b>
Amsterdam	3.357	0,40
Wien	3.735	0,08
Brüssel	6.062	0,53
Kopenhagen	6.100	0,76

Anhaltspunkte dafür, dass sich die Metropole Hamburg deutlich links vom Optimum 1 be-

findet, bieten Vergleiche mit anderen europäischen Metropolen, die eine wesentlich höhere Einwohnerdichte aufweisen und dabei zumeist auch einen höheren Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahrzehnten verzeichneten.

Ungeachtet dieses Vergleichs ist nach der raumwissenschaftlichen Forschung für Metropolen jedoch kein allgemein gültiges Ballungsoptimum zu definieren. Das Ballungsoptimum wird für jede Großstadt individuell nach den Gegebenheiten der Stadtstruktur, der demografischen Struktur sowie im Kontext mit stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen nur annäherungsweise zu bestimmen sein.

## II. Zur Geschichte der Hamburger Bezirke

Während der Weimarer Republik besteht das Land Hamburg aus den vier Stadtgemeinden Hamburg, Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht sowie 27 Landgemeinden. Nach der territorialen Neugliederung durch das Groß-Hamburg-Gesetz (1937) umfasst das Land zunächst fünf Städte – Hamburg, Bergedorf, die bisher preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg – sowie 44 Landgemeinden. Sie werden 1938 zur Einheitsgemeinde Hamburg zusammengefasst, die zunächst zentral verwaltet wird. Nach der Bombardierung Hamburgs im Sommer 1943, die eine dezentrale Verwaltung der Stadt erzwingt, werden die Ortsämter gegründet.

1949 – Das Bezirksverwaltungsgesetz teilt Hamburg in sieben Bezirke ein; die Ortsämter bleiben erhalten. Die Bezirksämter nehmen Aufgaben wahr, die ihnen vom Senat zugewiesen werden.

1981 – Die Kommission zur Überprüfung von Verbesserungsmöglichkeiten in der Hamburger Verwaltung, die so genannte Haas-Kommission, legt ihren Bericht vor. Die Stellung der Bezirke im Verhältnis zu den Zentralinstanzen rückt in den Mittelpunkt der Diskussion.

1997 – Das Bezirksverwaltungsgesetzes wird novelliert. Es regelt die Zuständigkeiten der

Bezirke, insbesondere in der Bauleitplanung und im Haushaltswesen, teilweise neu.

1998 – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid werden in das Bezirksverwaltungsgesetz aufgenommen.

## III. Berechnung des für die Neuansiedlung von Unternehmen erforderlichen Gewerbeflächenbedarfs

Zur Ermittlung des für die Neuansiedlung von Unternehmen erforderlichen Gewerbeflächenbedarfes wurde eine Berechnung durchgeführt, deren Determinanten die gewerbeflächenbeanspruchenden Erwerbstätigen<sup>84)</sup> und der Flächenbedarf je Erwerbstätigen bilden. Hinsichtlich des Flächenbedarfs je Erwerbstätigen liegen unterschiedliche Flächenangaben vor:

- Die Hamburger Wirtschaftsförderung geht von einem Flächenbedarf je Erwerbstätigen von 100 m<sup>2</sup> aus.
- Das aus dem Jahre 1987 stammende sog. GIFPRO-Regionsmodell (GIFPRO steht für Gewerbe- und Industrieflächenprognosemodell) geht dagegen von einem Flächenbedarf je Erwerbstätiger von 182 bis 238 m<sup>2</sup> aus.<sup>85)</sup>

<sup>84)</sup> Hierzu zählen Erwerbstätige aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe und 40 Prozent der Erwerbstätigen aus dem Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

<sup>85)</sup> Bauer, M; Bonny, H.W., 1987: Flächenbedarf von Industrie und Gewerbe – Bedarfsberechnung nach GIFPRO, Dortmund.

Berechnung des zusätzlichen Bedarfs an Gewerbeflächen aufgrund von Neuansiedlungen (2 Varianten)

**Gewerbeflächenbeanspruchende Erwerbstätige bei 10.000 zusätzlichen Erwerbstätigen<sup>86)</sup>**

Verarbeitendes Gewerbe	1.200
Baugewerbe	400
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.040

**Variante 1:  
Ermittlung des Flächenbedarfs bei 100 m<sup>2</sup> / Erwerbstätiger**

Gewerbeflächenbeanspruchende Erwerbstätige	2640
Flächen pro Erwerbstätiger in m <sup>2</sup>	100

**Flächenbedarf bei 100 m<sup>2</sup> / Erwerbstätiger 264.000**

**Variante 2:  
Ermittlung des Flächenbedarfs in Anlehnung an das GIFPRO-Modell**

Gewerbeflächenbeanspruchende Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe	1.200
Flächen pro Erwerbstätiger in m <sup>2</sup>	238
Flächenbedarf in m <sup>2</sup>	285.600

Gewerbeflächenbeanspruchende Erwerbstätige im Baugewerbe, Handel, Verkehr u. Nachrichtenüberm.	1.440
Flächenbedarf pro Erwerbstätiger in m <sup>2</sup>	182
Flächenbedarf in m <sup>2</sup>	262.080

**Flächenbedarf aufgrund des GIFPRO-Modells 547.680**

Für die Neuansiedlung von Unternehmen müssen zusätzliche Gewerbeflächen zwischen 26 bis 55 Hektar bereitgestellt werden.

<sup>86)</sup> Bei der Ermittlung der gewerbeflächenbeanspruchenden Erwerbstätigen wird von der prozentualen Verteilung der Erwerbstätigen in Hamburg auf die Wirtschaftsbranchen im Jahre 2002 ausgegangen.

## Summary

Amid the fierce competition between major European cities to attract a high-calibre workforce, private investment capital, and their share of the international limelight, complacency is a guaranteed recipe for failure. Hamburg's business community therefore embraces the Hamburg Senate's blueprint for the future of the City titled "Hamburg – a City on the Move." The blueprint gives the City direction, a common purpose, and spells out how this purpose can be achieved. It is the rallying call that we have all been waiting for.

For any city, the three main measures of growth are population, value added, and quality of life. Hamburg must enhance all three of these factors in a way that increases the affluence and quality of life of its residents. Put simply, it has to be attractive to potential, new residents – pro-actively targeting those who are willing and able to contribute their talents and creativity to the benefit of all. A growing city also needs to attract new businesses in order to increase the level of local value added. Hamburg will only truly prosper if its economy grows faster than its population. Neither of these two factors is achievable unless the City offers its residents a sustained high quality of life. After all, only attractive cities will draw new people and new business.

The time has come to significantly step up the pace of change and "walk the talk." For Hamburg to achieve growth, it needs to completely re-think several key policy areas. In particular, it needs to provide sufficient space for residential and commercial development in a way that promotes Hamburg as development-friendly city without detracting from its green image. Hamburg's current land-use plan is not conducive to future growth and urgently needs to be replaced with one that is. Hamburg needs to go further in positioning itself as a technology centre and an attractive cosmopolitan city with a unique, maritime charm. Hamburg needs to do all it can to be a family-friendly city, while at the same time pursuing a proactive immigration policy, fronted by a "Hamburg Welcome Centre." This initiative must be supported by aggressive communication measures, such as the establishment of a high impact umbrella brand for the City. Finally, the City must demonstrate that it is serious about securing its future by substantially increasing the level of public-sector capital investment.

Hamburg must establish structures that promote growth, streamline its political decision-making processes, and provide government that is more focussed on the needs of its citizens and businesses. The City could serve as a nationwide model of non-bureaucratic government. Hamburg's district authorities can and must play an important part in the City's growth strategy. For instance, they could set up new investment funds to provide additional incentives for new enterprise, and actively promote concrete development projects in their respective administrative districts.

The City of Hamburg lies at the heart of a greater metropolitan region that is home to 4.1 million people. This outlying region must be included in the City's development strategy in order for the entire area to grow, become more efficient, and raise its international profile. Unrestrained competition within the region is therefore an absolute must – be it to the east, between Geesthacht and Lüneburg, or to the west, between Altona and Pinneberg.

If Hamburg's government policymakers and administrative bodies demonstrate their commitment to achieving these goals by implementing a new, systematic growth strategy, the region's business community, cultural and sporting institutions, and other areas of public life will quickly swing in behind the initiative. Such an initiative would enjoy the same level of consensus and support that so typified Hamburg's bid to host the Olympic Games. It must be our common goal to transform this 'Sleeping Beauty' of a city into a vibrant economic centre. As the mouthpiece of some 118,000 local businesses and a workforce of 800,000, the Hamburg Chamber of Commerce will do all it can to support the City's government in its efforts.

# An overview of the business community's roadmap to growth

Over the years the Hamburg Chamber of Commerce has expressed its position and formulated proposals on a number of policy issues – all of them centred around achieving sustained economic growth. The table below lists a selection of Hamburg Chamber of Commerce Position Papers published over the last few years. In continuation of the Cham-

ber's fundamental focus on growth, the present position paper further expands on its previous recommendations, and identifies additional policy areas that are of particular concern to the local business community. The result is a comprehensive growth plan for Hamburg, the "City on the Move."

## Focus on growth: areas requiring attention

	Policy and government	Value added	Population	Quality of life
Areas covered by this position paper	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Marketing Hamburg</li> <li>- Financial incentives for Hamburg's district authorities</li> <li>- Business-friendly government</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Land for industrial and commercial use</li> <li>- Technology parks</li> <li>- Technology transfer</li> <li>- Transport infrastructure</li> <li>- Internationality</li> <li>- Hamburg's suburban business districts</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Family-friendliness</li> <li>- Immigration</li> <li>- Integration</li> <li>- Housing development</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hamburg as an attractive tourist destination</li> <li>- Parks and recreational areas</li> <li>- Hamburg's city image</li> <li>- Internal security</li> <li>- Keeping the city clean</li> <li>- Education</li> <li>- Sports</li> </ul>
Areas covered by previous position papers (selection only) <sup>1)</sup>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Budgetary consolidation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Room for growth – roadmap for future commercial and industrial zoning</li> <li>- Metropolitan regions in a competitive environment</li> <li>- Vision for the Greater Hamburg region. Guidelines for the HafenCity (HarbourCity) urban development plan.</li> <li>- Reforming tertiary institutions in Hamburg</li> <li>- Technology framework under the microscope</li> <li>- The road to growth and prosperity: suggestions for upgrading Hamburg's roading network</li> <li>- Opening up the labour market</li> <li>- It's time for some radical changes: Hamburg's public-sector budget</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hamburg as a tourist destination: the future lies on the waterfront</li> <li>- Internal security – a challenge for the whole community</li> <li>- Performance-orientation for Hamburg's schools</li> </ul>

<sup>1)</sup> These Position Papers are available at the Hamburg Chamber of Commerce Service Centre (see page 119).

Hamburg needs to grow in order to become a dynamic cosmopolitan centre. This will require structural reforms of the City's political and administrative system. The City also needs to promote growth in its value-added industries, its population, and the quality of life it offers its citizens. The following specific measures are necessary to achieve this:

### **Structural reform of Hamburg's political and administrative systems:**

1. Hamburg needs more public-sector capital investment. It needs to increase its investment ratio, currently 10.5% of its regional GDP, by 0.5% a year over the next ten years (see page 49).
2. The reform of the City's administrative bodies must be continued across the board. In particular, the number of ministries must be reduced from ten to seven (see page 49).
3. Hamburg needs a central brand for its marketing activities. It needs to establish its own marketing company, Hamburg Marketing GmbH, to review the City's marketing activities and communicate the "City on the Move" growth message. This central brand must be communicated by all of Hamburg's public-sector companies that engage in marketing activities (see page 50).
4. The City needs to set up a "Hamburg Future Forum" to signal to Germany and the rest of the world that Hamburg is fully committed to systematically implementing a strategy, which will ensure its future prosperity (see page 51).
5. Hamburg needs a new land-use plan, preparations for which must be initiated without delay. The new plan must allocate at least ten percent more land for residential, commercial/industrial, and mixed-use zones than the current plan, which was adopted in 1973 (see page 51).
6. The jurisdictions and functions of Hamburg's ministries and its District Offices need to be more clearly defined and delimited. In particular, jurisdiction for urban development plans should rest completely with either the relevant District Office or the Ministry of Civil Engineering and Transport (see page 53).
7. Hamburg's district authorities should be encouraged to compete for real financial incentives to actively attract new residents and generate increased value added. Their performance in this respect could be evaluated under the auspices of a competitive model (see page 55).
8. The Chamber calls upon Hamburg's government bodies to more actively facilitate private investment. This includes making permit procedures more transparent, streamlining regulations (for instance, those pertaining to deadlines and notice periods), and setting up a "Business Information Centre" in each District Office, which provides businesses with a single point of contact on all regulatory and administrative matters falling within the jurisdiction of that District Office (see page 59).
9. Hamburg's urban development planning procedures need to be further streamlined. The volume of regulatory requirements associated with urban development plans should be pared down to the level prescribed by statute (see page 61).
10. Hamburg's building zone plans are outmoded. In the medium-term these need to be replaced by modern urban development laws (see page 62).
11. To keep existing commercial and industrial zones available for businesses in the manufacturing sector, retail and non-manufacturing office uses should be excluded from the corresponding urban development plans (see page 62).
12. In order to encourage economic growth, those of Hamburg's statutes and regulations which are more restrictive than their federal counterparts should be scaled back as far as possible (see page 63).
13. Hamburg's citizens have certain rights to initiate legislation directly and lodge petitions for state-level referendums. These rights should be developed into constructive avenues for citizens' input and participation (see page 64).
14. The Joint Regional Planning Council of the states of Hamburg, Schleswig-Holstein, and Lower Saxony (Planungsrat der

gemeinsamen Landesplanung) should be upgraded to a 'Council of Ministers' of the three states. Similarly, the Joint Regional Conference (Regionalkonferenz) of these three states should be empowered to make decisions on joint measures and projects, subject to pre-defined budgetary constraints. The Regional Conference should elect a Regional President, a move that would for the first time give the region a public figurehead. The Office for Joint Regional Planning (Geschäftsstelle der Gemeinsamen Landesplanung) should be separated from the Ministry of Civil Engineering and Transport and run as a separate regional management agency. Regional marketing should be done via public-private partnership and in conjunction with the City's marketing company (see page 64).

#### **Value added:**

15. Selected economic clusters should be further strengthened. For example, to consolidate Hamburg's status as a leading health-research centre, the City should establish an "Alster Life Sciences Park", which is centred around a research institute as well as a "Hanseatic Nano Valley" technology park for companies engaged in research into micro- and nano-structures (see page 67).
16. Hamburg's commercial and industrial land use policy is due for a paradigm shift. The City's current policy is largely demand-driven: at present, commercial/industrial land use planning is only carried out in response to investment proposals from external parties. This is wrong. The City's planning authorities should instead be pro-actively targeting potential investors. At the same time, they should ensure that the amount of commercial and industrial space available for immediate use is no less than twice the actual level of demand (see page 71).
17. More effort is required to secure new industrial and commercial space on land areas converted from other uses (see page 73).
18. Each administrative district should have at least one large, integrated industrial and commercial estate. Additional commercial/industrial-zoned areas are required near the City's northern and western boundaries (see page 73).
19. Hamburg must make its market for commercial and industrial space more transparent by setting up a Commercial and Industrial Zone Information System (GESIS) (see page 73).
20. The City needs to revise the eligibility criteria for its business development assistance programmes. In particular, it needs to introduce special criteria for logistics operators (see page 71).
21. As well as maintaining its current focus on China, Japan, and the Baltic Region/Eastern Europe, Hamburg must intensify its relations with the USA (see page 76).
22. To secure its position as Northern Europe's transport hub, Hamburg must complete the remaining stages of the Lower Elbe shipping-channel development project by the end of this decade and forge ahead with the Hamburg-Amsterdam EuroRapid rail link as well as the Fehmarnbelt Fixed Link project (see page 77).
23. An Autobahn ring circling the City, including a link section through the port area, is needed to take the pressure off the inner city roading network. In addition, Ring Roads 2 and 3 need to be upgraded to improve the flow of traffic at the main junctions with the City's main radial roads (see page 78).
24. The suburban-rail and underground-rail networks are in need of further expansion. Specifically, the City needs to extend its planned U4 underground line (Steilshoop – HafenCity) to Wilhelmsburg, and provide suburban rail links to the Volkspark sports arena, as well as to Bad Oldesloe, Tostedt, and Lüneburg (see page 78).
25. Hamburg needs to take a fresh, forward-looking approach to developing its suburban business districts by putting in place planning laws that facilitate new retail, leisure, and entertainment concepts. The activities of the community interest groups and the professional district development authorities should be

coordinated along the lines of the Business Improvement Districts formed by cities in the USA (see page 78).

### Population:

26. Germany needs to put more resources into family-support initiatives, focussing in particular on expanding the country's childcare services. At the very least, Hamburg's state government must ensure that there are sufficient pre-school facilities to provide a minimum of five hours' care a day for each child. A range of additional childcare services must also be available (see page 81).
27. Immigration should be governed by sound demographic management and a quota scheme that reflects the needs of the local economy and the labour market. Permanent residence permits should be conditional on criteria such as age, education, fluency in German and other languages, job experience, and the extent to which the candidates are likely to be successfully integrated into society (see page 82).
28. Our immigration policy must be linked to an integration scheme that accords with the "help to those who help themselves" principle (see page 83).
29. Hamburg needs more housing. For this, the City needs to create a favourable investment climate for corporate and individual property developers, and provide sufficient real estate for new residential housing. To enable as many people as possible to have housing with garden access, while at the same time facilitating home ownership, Hamburg's urban planners need to increase the number of sites zoned for single- and two-family homes outside the central city area. At the same time, they must endeavour to make optimum use of spare, unused housing capacity in established neighbourhoods. The ultimate focus must be on family-friendly housing (see page 83).
30. The much-discussed noise-protection shield for the A7 Autobahn in Bahrenfeld should be constructed as soon as possible. The resulting new residential real estate should be used predominantly for

high-quality housing developments (see page 85).

### Quality of life:

31. Hamburg needs a cultural policy framework that defines the overarching objectives for the City's cultural scene. These objectives should be reviewed and updated at regular intervals (see page 87).
32. Hamburg could further enhance its image as an "event city" if it were to create an official "Event Scout" position and if the proposed "Business Information Centres" in the District Offices were to provide "event guide" services to facilitate open-air and other major events (see page 87).
33. The local public transport service for the AOL and Color Line arenas needs to be improved; a suburban rail link is absolutely essential (see page 88).
34. Hamburg needs new architectural highlights to draw international attention to its new, dynamic self-image without, however, overshadowing or altering its traditional landmarks and characteristic appearance (see page 88).
35. As the pace of inter-city competition for new residents picks up, safety, especially for families with children, is gaining in importance. It is therefore imperative that Hamburg's Senate maintains its focus on this area (see page 89).
36. Hamburg's district authorities and relevant government departments need to provide greater incentives for companies and owners of private property to participate actively in the maintenance and care of the City's public spaces, for instance, by awarding limited rights of use over public spaces at reasonable rates. The City needs to devise a competitive model to foster greater private-sector involvement in this area (see page 90).
37. Hamburg needs to dramatically increase the quality of its primary and secondary schools if it is to offer its young people the best-possible future prospects. Specific measures to achieve this include:
  - establishing an independent and neutral "School Testing Foundation", tasked with evaluating each individual school,

- introducing a "Business Studies" subject at senior secondary level in all high/secondary schools and more practical content in junior high/secondary modern schools' (Hauptschulen) curricula,
- providing more all-day schooling (the current norm is for morning-only schooling) at all secondary schools,
- standardising the key elements of school-leaving/graduation examinations,
- devolving full authority for school staffing to school principals, and
- providing lunch facilities at schools and increasing the availability of supervised homework classes (see page 90).

### **Five lead projects to ensure Hamburg's future prosperity**

The "City on the Move" growth concept needs to become a tangible reality for the general public. It is therefore vital to establish lead projects that will span several terms of government and that have strong emotional appeal. Like several other major projects that are already under way, such as the HafenCity (HarbourCity) urban development, the five lead projects outlined below are particularly important for Hamburg's economy and place equal emphasis on all three growth factors (population, value added, and quality of life). The milestones for each project are listed under the relevant project headings.

- **Bridge to the south (see page 93)**

The City's planners should forge ahead with an exciting and dynamic urban development corridor between the HafenCity development near the city centre and the Harburg district in the south. This corridor involves the targeted development of the Elbe islands of Veddel and Wilhelmsburg. The milestones for this "Bridge to the south" are:

- 38. construction of another bridge over the Norderelbe stretch of the River Elbe,
- 39. implementation of an Autobahn link (the proposed A 252) across the port area between the A1 and the A7 to the south of the Elbe River,

- 40. creation of a local public transport link over land and water,
- 41. formulation of a master plan for housing and employment in the area, and
- 42. clear delimitation of public-sector responsibilities, accountabilities and administrative jurisdiction.

- **Hamburg China Cluster (see page 97)**

Hamburg should facilitate the development of a China Cluster in the HafenCity area by making available suitable real estate and providing specialized services for Chinese residents. Key milestones for this cluster of Chinese commercial and cultural activity include:

- 43. the construction of a special "China Plaza" combined residential/commercial building in the HafenCity area, and
- 44. staging the first "China meets Europe" conference in 2004.

- **Hamburg Welcome Center (see page 99)**

Hamburg must position itself internationally – and particularly in the EU accession countries of Eastern Europe – as an attractive immigration destination. This means promoting Hamburg in the target countries and, back here in Hamburg, minimizing public-sector bureaucracy while expanding the range of immigration services. Key milestones for a pro-active immigration policy include the establishment of the following bodies:

- 45. "Hamburg Welcome Centre"
- 46. "Hamburg Immigration Board"
- 47. "Hamburg Information Points" in target countries
- 48. "Sponsorship Exchange."

- **"HafenWelt Hamburg" (HarbourWorld Hamburg) (see page 101)**

Hamburg should put more resources into marketing itself as an attractive port city. This will involve fast-tracking the development of tourist attractions in and around the port, and coordinating the marketing and promotion of these attractions under a new

"HafenWelt Hamburg" brand. Major milestones for developing this concept include:

49. creating a traditional-style port in the City's historic Sandtorhafen dock area,
50. creating a "Maritime Experience" theme zone around the historic "50er Schuppen" port sheds,
51. building an attractive Emigration Centre on the Elbe island of Veddel,
52. transferring the private Peter Tamm shipping and maritime collection to a public museum,
53. constructing a large-scale aquarium in the HafenCity area,
54. establishing a "Circle Line" tour boat operation in the eastern section of the Port, and
55. introducing a "Hamburg-HafenCard" concession card for tourists.

- **Pole position: Hamburg as a leading sporting location (see page 105)**

Sport is an excellent means of raising Hamburg's international profile. To make it work, the City needs to provide a boost to this sector by providing targeted assistance to competitive sports and by further developing its sporting infrastructure. It also needs to attract its share of international sporting events. The milestones along the way to making Hamburg one of Europe's leading sporting locations include the following:

56. developing an integrated sports plan,
57. establishing talent squads for top sportspeople,
58. enhancing the existing sporting infrastructure,
59. construction of a modern track-and-field stadium,
60. attracting key international sporting events,
61. hosting international sports conferences,
62. establishing a centre of excellence for sports research, and
63. establishing an economic cluster centred around sports.

In unserer Reihe **Standpunktepapiere (S)** sind bislang folgende Titel erschienen:

- S 1 Nur radikale Maßnahmen helfen** (1996)  
Hamburg und sein Staatshaushalt (z. Zt. vergriffen)
- S 2 Arbeitsmarkt auf dem Prüfstand** (1997)  
10 Punkte für mehr Beschäftigung (z. Zt. vergriffen)
- S 3 Die Zeitenwende schaffen** (1997)  
Forderungen an die neue Bürgerschaft und den neuen Senat (z. Zt. vergriffen)
- S 4 Raum für Wachstum** (1998)  
Gewerbeflächenangebot auf die Zukunft ausrichten
- S 5 Wege zu Wachstum und Wohlstand** (1998)  
Forderungen zum Ausbau des Hamburger Straßennetzes
- S 6 Innere Sicherheit – eine Gemeinschaftsaufgabe** (1999)  
Kriminalität bekämpfen statt verwalten
- S 7 Pro statt Contra Transrapid** (1999)  
Technologiestandort Deutschland in der Schwebel
- S 8 Hamburger Hochschulen reformieren** (1999)  
Mehr Freiheit für unternehmerisches Handeln
- S 9 Vision für die Metropole** (1999)  
Leitlinien für die Hafen City in Hamburg
- S 10 Tourismusstandort Hamburg** (2000)  
Die Zukunft liegt am Wasser
- S 11 Metropolregionen im Wettbewerb** (2000)  
Zentralitätsfunktion Hamburgs stärken
- S 12 Hamburgs Zukunft unternehmen** (2001)  
Forderungen an die Bürgerschaft und den Senat 2001–2005
- S 13 Hamburgs Schulen auf Leistungskurs bringen** (2001)  
Schüler auf das Berufsleben vorbereiten
- S 14 Mehr Markt für den Arbeitsmarkt** (2002)  
Mit dem Dreisprung zu mehr Beschäftigung
- S 15 Herausforderungen und Chancen** (2003)  
Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Hamburger Wirtschaft
- S 16 Maßnahmen für den Mittelstand** (2003)  
Gemeinsame Position von Handelskammer Hamburg und Handwerkskammer Hamburg
- S 17 Metropole der Dynamik** (2003)  
Hamburgs Weg in die europäische Spitze

Bestellungen richten Sie bitte an:

Handelskammer Hamburg | Service-Center | Adolphsplatz 1 | 20457 Hamburg  
Fax-Nr.: 040 / 36 13 8 – 401 | E-Mail: [service@hk24.de](mailto:service@hk24.de) | Internet: [www.hk24.de](http://www.hk24.de)

(Bei Bestellung von mehr als 5 Exemplaren wird ein Kostenbeitrag von 4 Euro zuzüglich Versandkosten erhoben.)

